

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben  
von Dr. Emil Ebering.

— Heft 240 —

---

## Jean Louis De Lolme und sein Werk über die Verfassung Englands

Von

**Dr. Edith Ruff**

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

Printed in the United States of America

## Meinen lieben Eltern!



## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung und Problemstellung.	9
I. Leben De Lolmes, seine Persönlichkeit, seine kleineren englischen Schriften.	11
1. Leben De Lolmes bis zum Jahre 1781. — In Genf, sein Aufenthalt in England von 1768 an.	
2. Die in England entstandenen Schriften: A Parallel between the English constitution and the former government of Sweden, 1772. The History of the Flagellants, 1777. Introduction to De Foes History of the Union, 1787. Observations relative to the Taxes upon Windows and Lights, 1788. Observations upon the late national embarassment, 1789. Observation on the power of Individuals, to prescribe by testamentary dispositions the particular future uses to be made of their property, 1798.	
3. Das weitere Leben bis zum Tode 1806.	
4. Charakteristik seiner Persönlichkeit.	
II. Die Genfer Verfassungstreitigkeiten der sechziger Jahre und De Lolmes Anteil an der Genfer Politik.	37
1. Die Genfer Verfassung von 1738. — Die Einteilung der Bürgerschaft in fünf Klassen. — Die verschiedenen Organe der Genfer Regierung.	
2. Ursachen der Genfer Unruhen der 60er Jahre. — Verurteilung der Schriften Rousseaus. — Eintreten der „Représentants“ für Rousseau gegen die „Négatifs“. — Der literarische Kampf um Rousseau.	
3. De Lolme, Anhänger der „Représentants“, sein Eintreten für Rousseau. — Die anonymen politischen Flugschriften, die De Lolme zugeschrieben werden.	
III. Die Verfassung von England.	47
1. Geistige Lage Europas um 1770, Aufnahme des Werkes.	
2. De Lolmes Darlegung und Auffassung der englischen Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis zum Jahre 1688. — Darstellung der englischen Verfassung in ihren einzelnen	



Teilen. — Trennung der Regierungsgewalten in England und ihre harmonische Zusammenarbeit. — Unterschied der englischen Verfassung von der anderer Länder, ihre charakteristischen Vorteile.

3. Kritische Betrachtung des Werkes.

4. Einordnung in die Englandliteratur der Aufklärung. — Auffassung der englischen Staatsverfassung bei Locke, Bolingbroke, Montesquieu, Blackstone, Schlözer und Burke.

IV. Stellung De Lolmes zu Montesquieu und Rousseau, Kritik des Werkes durch Dupont de Nemours.

76

1. Montesquieus „Esprit des Lois“ das staats-theoretische Vorbild für De Lolme. Versuch einer praktischen Anwendung der Montesquieuschen Grundsätze für den besten Staatsaufbau.

2. De Lolmes Stellungnahme gegenüber der Staatsauffassung Rousseaus und dessen Begriff der Volkssouveränität.

3. Kritische Auseinandersetzung des Physiokraten Dupont de Nemours mit dem Werke De Lolmes.

V. Einfluß der „Constitution de l'Angleterre“ auf die Staatsauffassung des vormärzlichen deutschen Liberalismus.

89

1. Die englische Staatsverfassung in der Auffassung der deutschen Liberalen.

2. Das Verfassungsideal von Ernst Brandes, beeinflusst durch Montesquieu und De Lolme.

3. Das Verfassungsideal von Fr. Chr. Dahlmann, gebildet nach den Darstellungen Montesquieus und De Lolmes.

Schluß: Die Bedeutung von De Lolmes „Englischer Verfassung“.

100

Literatur- und Quellenverzeichnis.

103

### Vorwort.

Die Anregung zu vorliegender Arbeit erhielt ich von meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Willy Andreas in Heidelberg. Auch an dieser Stelle möchte ich ihm für die weitgehende Förderung meiner Studien, die er mir angedeihen ließ, meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Ebenso will ich nicht verfehlen, für das bereitwillige Entgegenkommen und besonders für die Erlaubnis der Benutzung von Manuskripten der Direktion der Genfer Bibliothèque publique et universitaire und den Herren der Archives d'Etat hiermit meinen Dank abzustatten.

Heidelberg, Sommersemester 1933.

Digitized by the Internet Archive  
in 2024



### *Einleitung und Problemstellung.*

An der ideengeschichtlichen Vorbereitung der französischen Revolution hat auch die Schweiz literarisch mitgearbeitet. Vor allem aus Genf, dem protestantischen Zentrum französischen Geisteslebens, ging eine Reihe von Männern hervor, die direkt oder indirekt an der grundlegenden Änderung des Gesellschaftslebens beteiligt sein sollten. Alle französischen Revolutionäre, von Sieyès bis Marat, hatten sich an den Ideen J. J. Rousseaus begeistert. In Genf selbst jedoch war man gegen Ende des 18. Jahrhunderts immer mehr von den staats-theoretischen Ansichten Rousseaus abgekommen und hielt eine parlamentarische Regierung nach dem Vorbild Englands für die geeignetste Staatsform. Man wandte sich sowohl gegen eine absolute Monarchie wie gegen eine schroffe Republik, von der man ebensowenig die erwünschte Ruhe und Ordnung im Staat erhoffte. Das politische Gleichgewicht der Gewalten, die Einheit der Exekutive, verkörpert in der Dynastie — das Zweikammersystem, in einem Wort, die englische Verfassung, so wie sie von Außenstehenden angesehen wurde, schien allein imstande, dem Staatsleben wirkliche Sicherheit zu gewährleisten. Zur „Genfer Tradition“ — unter diesem Namen faßte man diejenigen Denker zusammen, die die englischen Verfassungszustände priesen — gehörte auch De Lolme, der der englischen Verfassung sogar ein eigenes Buch gewidmet hat. Trotz seiner Bedeutung hat De Lolme noch nicht die Würdigung gefunden, die ihm angemessen wäre. Teilstudien über De Lolmes Hauptwerk „La Constitution de l'Angleterre“, und den Einfluß dieses Buches für die Formung des englischen Verfassungsbildes finden sich zwar vor. So vor allem von R. Lennox: „Edmund Burke und sein politisches Arbeitsfeld“ (1923), und von Th. Wilhelm: „Die englische Verfassung und der vormärzliche deutsche Liberalismus“ (1927). Die neueste Untersuchung über De Lolme stammt von einem

Schweizer, Möckli-Cellier: „La Révolution française et les écrivains Suisses romands“ (1931). Das Buch De Lolmes über die englische Verfassung wird hier als eine Widerlegung der Theorien Rousseaus aufgefaßt. Doch fehlt noch vollkommen eine Gesamtdarstellung der Persönlichkeit und Werke De Lolmes, sowie seines Einflusses auf Mit- und Nachwelt. Als ein Beitrag zu der allgemeinen Bedeutung Genfs im Zeitalter der Aufklärung soll vorliegende Studie aufgefaßt werden.

Der biographische Teil der Arbeit konnte nur kurz behandelt werden; jedoch wurde nun das wenige, was man bisher vom Leben De Lolmes wußte, durch nähere Studien im Staatsarchiv zu Genf richtig gestellt. Auch die Erforschung des Anteils, den De Lolme an den Genfer Unruhen der 60er Jahre genommen hat, hat ergeben, daß noch im „Recueil généalogique Suisse“ (1902) seine Teilnahme am Genfer politischen Leben falsch dargestellt wurde. Darum sei auch diesem Lebensabschnitt ein besonderes Kapitel gewidmet, besonders auch, weil er für De Lolmes spätere Einstellung zu Verfassungsfragen sehr wichtig ist.

Doch soll im Mittelpunkt dieser Untersuchungen das Hauptwerk De Lolmes stehen „La Constitution de l'Angleterre“, da De Lolme diesem Buch allein seine Berühmtheit verdankte. Aus diesem Grunde ist auch eine ausführliche Analyse dieses Werkes am Platze. Es soll darin dargelegt werden, wie, im Vergleich zu den bekannten Verherrlichern der englischen Zustände im Aufklärungszeitalter, De Lolme England und seine Verfassung sah. Bei der ausgedehnten Literatur, die sich mit den Staatstheorien Montesquieus und Rousseaus befaßt, erübrigt sich eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesen beiden Denkern, die den Haupteinfluß auf De Lolme ausübten. Viel wesentlicher für diese Untersuchung ist die scharfe Kritik, der Dupont de Nemours, einer der führenden Physiokraten, in einem Brief an den Erbprinzen von Baden das Werk De Lolmes unterzog. Im Schlußkapitel wird der Versuch gemacht, darzutun, welchen Einfluß De Lolme auf Deutschland, zeitlich am spätesten, ausübte durch eine Darstellung des Englandbilds der deutschen Liberalen, mit besonderer Berücksichtigung von Brandes und Dahlmann.

## I.

### Leben De Lolmes, seine Persönlichkeit.

#### Seine englischen Schriften.

Jean Louis De Lolme entstammte einer alten Genfer Familie, die während der Hugenottenverfolgungen im 16. Jahrhundert aus Frankreich ausgewandert war und sich in Genf niedergelassen hatte. Ein Ahne, Pierre De Lolme de Châtel en Forez, erhielt im Jahre 1570 das Recht eines „Bürgers von Genf“. Jean Louis De Lolme wurde am 28. Oktober 1741 als Sohn des Jean Louis De Lolme, „Citoyen de Genève“, geboren. Wie schon mehrere Mitglieder der Familie sollte auch er die Advokatenlaufbahn einschlagen und wurde darum von früher Jugend an auf diesen Beruf vorbereitet. Sehr begabt und von äußerst schneller Auffassungsgabe, eignete er sich un- gemein rasch die Kenntnisse, die für die Aufnahme an einer Hochschule erforderlich waren, an, so daß er schon mit 14 Jahren (1755) als ordentlicher Studierender der Rechte an der Genfer Universität<sup>1</sup> immatrikuliert werden konnte. Seine ganze Studienzeit verbrachte er an diesem Institut, nur von Zeit zu Zeit unternahm er größere Reisen nach Italien, Frankreich und Deutschland. An der Universität bewies er von neuem seine außergewöhnliche Begabung, so daß er mit 21 Jahren daran dachte, sich selbständig zu machen. Darum wandte er sich mit der Bitte, sich als Notar niederlassen zu dürfen, an den Genfer Rat (17. Sept. 1762), und trotz seines jugendlichen Alters wurde er zur Notariatsprüfung zugelassen. Im Register des Rates vom 24. Sept. 1762 kann man lesen, daß De Lolme alle Examensfragen sehr gut beantwortete, und daß die Prüfungskommission dahin entschied, er könne trotz seiner Jugend unter die Notare der Stadt aufgenommen werden. Allerdings durfte er bis zu seinem 25. Lebensjahre nicht allein seinen Beruf

---

1. s. „Le livre du rector“, Archives d'Etat, Genf.



ausüben, sondern mußte seinen Verwandten, Jean Louis De Lolme l'aîné<sup>2</sup>, Notar und Advokat, gegenzeichnen lassen. 1763 wurde er als Advokat zugelassen und übte diesen Beruf bis 1768 aus. Seine Notariatsakte sind noch erhalten und gehen vom 25. Oktober 1762 bis zum 21. April 1768<sup>3</sup>.

Der junge, sehr begabte Advokat hatte aber nicht nur für die Jurisprudenz allein Interesse. Er beschäftigte sich auch noch mit dem, was alle Gemüter seiner Vaterstadt zu jener Zeit in Atem hielt, nämlich mit dem Konflikt zwischen Bürgerschaft und Regierung, und nahm einen regen Anteil an den politischen Unruhen und Verfassungsstreitigkeiten der Genfer Republik. Er war ein Parteigänger der „Représentants“ (Volkspartei, Anhänger Rousseaus) und verteidigte durch Wort und Schrift deren Forderungen. In der bekanntesten von diesen: „Purification des trois points de droit souillés par un anonyme“ (1768), wandte er sich in einem äußerst heftigen und ausfallenden Ton gegen die Garantiestaaten Frankreich, Zürich und Bern. Von Rechts wegen durften diese nur dann in die innerpolitischen Verhältnisse Genfs eingreifen, wenn die Verfassung von 1738 verletzt werden würde. De Lolme bestritt unter Hinzuziehung seines ganzen juristischen Könnens das Eintreten dieses Falles, ereiferte sich jedoch in seinen Argumentationen derartig, daß er nicht mehr die nötigen Grenzen für eine wissenschaftliche Diskussion einhielt. Um allen Unannehmlichkeiten, die diese Schrift in Genf nach sich ziehen könnte, aus dem Wege zu gehen, zog er es vor, seine Vaterstadt einige Zeit zu meiden und nach England zu gehen, das zu jener Zeit das Exil vieler politisch Verfolgter war.

Verfassungsfragen hatten ihn schon in Genf beschäftigt, jetzt wollte er auch die Verfassung anderer Länder näher kennen lernen, und besonders die englische zog seine ganze Aufmerksamkeit an. So widmete er die ersten Jahre seines England-

---

2. De Lolme nannte sich zum Unterschied von seinem Verwandten beruflich nur Delorme le jeune. Überhaupt während seiner ganzen Zeit in Genf schrieb er sich immer Delorme, J. L. Delorme, l'avocat, Delorme, notaire, und Delorme le jeune ist ein und dieselbe Person. Erst in England schrieb er sich De Lolme LL. D.

3. s. „Minutes du Jean Louis Delorme le jeune“, Arch. d'E.

aufenthaltes ausschließlich dem Studium der englischen Verhältnisse. Seine früheren Studien, seine Erfahrungen auf dem Gebiet des politischen Parteilebens und eigene Schriften über das Gleichgewicht der Gewalten hatten ihn derartig vorbereitet, daß er die fundamentalen Gesetze, den wirklichen Daseinsgrund der englischen Verfassung begreifen und ebenso die notwendigen Auswirkungen dieses verwickelten Organismus unterscheiden konnte, des Werks von sechs Jahrhunderten und eines großen Gesetzgebers, des Nationalcharakters!

Nach sechsmonatlichem Studium hatte er die Ansichten, die er früher in Genf vertreten hatte, vollständig geändert, so daß er sogar wagte, was sich vor ihm noch kein Engländer zugeτραut hatte, eine Darstellung der Verfassung von England zu geben, verglichen mit der republikanischen Staatsform und den anderen europäischen Monarchien. De Lolme glaubte den Stoff so zu beherrschen, daß er selbst den Engländern zu beweisen suchte, ihre Verfassung gewähre ihnen die wahre Freiheit, die mehr wert sei als alle illusorische Freiheit der reinen Demokratien. Dieses Werk „La Constitution de l'Angleterre“, das zuerst 1771 in Amsterdam in französischer Sprache erschien, machte ihn mit einem Schlag auf dem Kontinent berühmt. Es erschien 1775 auch in englischer Sprache und hatte in England einen ebenso großen Erfolg. Angesehene englische Staatsmänner zollten ihm Anerkennung. So fand er den Beifall des geistreichen Lord Chesterfield, des Verfassers der berühmten „Letters to his son“ und des freisinnigen Rechtsgelehrten Littleton. Im Oberhaus wurde er von Lord Chatham, dem älteren Pitt, mit großer Hochachtung genannt, ebenso von Camden, dem Lord Chancellor von England. Kein geringerer als der Verfasser der Juniusbriefe<sup>4</sup> schließt die Vorrede der Gesamtaus-

---

4. Sir Franzis Philip gilt heute als Verfasser der Juniusbriefe, und danach ist die Behauptung Dr. Busbys, die er in seinem Buch „Arguments and facts demonstrating, that the letters of Junius were written by John Lewis De Lolme LL. D., advocate,“ 1816, aufstellt, irrig. Busby war durch die Tatsache, daß bei der Gesamtausgabe der Juniusbriefe (1772) im Vorwort eine Stelle aus De Lolmes Werk (Buch II cap. XII) in englischer Sprache wörtlich zitiert wird, genau wie dies in der erst 1775 erschienenen englischen Ausgabe geschah, veranlaßt, Junius mit De Lolme zu identifizieren. Dies dürfte sich so erklären, daß De Lolme gleich



gabe seiner Artikel mit einem Satze aus De Lolmes Werk und einer Empfehlung dieses Buches. Er rühmt es als „ein tiefes, gründliches und geistvolles Werk“. Man darf wohl annehmen, daß ein solches Urteil von dieser weithin sichtbaren Stelle aus De Lolme nicht wenige Leser in England verschafft hat. Durch die zahlreichen Auflagen seines Buches wird dies auch äußerlich bewiesen. Den finanziellen Erfolg, den er sich ersehnt hatte, trug ihm das Werk jedoch nicht ein. Er lebte in London in bitterster Armut und mußte sehr oft seine Wohnung wechseln. Als ihn eines Tages ein guter Freund, Dr. Wolcot, fragte, wo er wohne, antwortete er: „Why, my dear doctor, between Westminster Bridge and Hyde Park Corner“<sup>5</sup>. Er liebte das Spiel und die Spekulation, und wenn er dadurch zu Geld kam, so zog er sich von der Gesellschaft zurück, um erst dann wieder zum Vorschein zu kommen, wenn er alles verbraucht hatte. Man sagt sogar<sup>6</sup>, daß die Mauern des Schuldgefängnisses oft diesen englischen Montesquieu einschlossen. Seine einzigen, wenn auch geringen Einkünfte rührten aus gelegentlichen Zeitungsartikeln her, die ihn manchmal vor der äußersten Not retteten. Und dabei fehlte es ihm nicht an Gönnern und Freunden. Eine Zeit lang war für ihn täglich ein Gedeck am gastfreundlichen Tische des Lord George Sackville bereit. Auch war er mit Fox, Burke, Colonel Barré, North, Abingdon und anderen berühmten Männern bekannt geworden. Als Benjamin Franklin in England weilte, unterhielt sich De Lolme mehrmals mit ihm über seine Darstellung der englischen Verfassung. Das hatte zur Folge, daß er in der Neuausgabe mehrere Kapitel hinzufügte, um den Stoff klarer darzulegen.

Während seiner Abwesenheit von Genf wurde De Lolme 1775 zum Mitglied des Rates der 200 gewählt<sup>7</sup>. Dies war aber nach dem ersten Erscheinen seines Buches manche Kapitel in englischer Sprache veröffentlichte, und darunter auch dieses über die Preßfreiheit, das von Junius übernommen wurde.

5. s. Macgregor, Einl. zur engl. Ausgabe der Constitution .... von 1853.

6. s. D'Israeli, *The Calamities of authors*, London, 1859.

7. s. Grenus, „*Etrennes patriotiques ou Dictionnaire des Petit et Grand Conseils, à l'usage des Elections*“, Genf, 1792. Die bisher immer aufrecht gehaltene Behauptung, daß 1775 De Lolme für immer nach Genf zurückkehrte, ist danach irrig.

nur eine Geste der nunmehr an die Regierung gekommenen „Représentants“, die nach der Versöhnung mit ihren Gegnern, den „Négatifs“, und nach Annahme einer neuen Verfassung ihre politisch hervorgetretenen Mitglieder in der Heimatstadt wieder zu Ehren kommen lassen wollten. De Lolme hat aber nie einer Versammlung des Rates beigewohnt; seine Ernennung war auch gar nicht mehr am Platze, da er während seiner Abwesenheit seine Ansicht vollständig geändert hatte und sich nie mehr in die Genfer Angelegenheiten mischte. Er fühlte sich als englischer Staatsbürger, und beteiligte sich an dem politischen Leben dieses Landes, England war seine zweite freigewählte Heimat geworden. Noch ein paar Mal ergriff er die Feder, um in den damals aktuellen politischen Fragen seine Meinung kundzutun. Diese Schriften sind nicht von so grundsätzlicher Art wie die „Constitution de l'Angleterre“ und haben wenig Bedeutung für die Geschichte. Jedoch erweist sich De Lolme darin als aktive und geistreiche Persönlichkeit, als Mann der Aufklärung.

Als ersten Versuch einer Publikation in englischer Sprache ließ De Lolme 1772 „A Parallel between the English Government and the former Government of Sweden“ erscheinen. Unmittelbarer Anlaß zu dieser Schrift war der Staatsstreich Gustavs III. von Schweden vom gleichen Jahre. In dieser Abhandlung griff De Lolme die wesentlichsten Punkte seines Buches „La Constitution de l'Angleterre“ heraus, vor allem die besondere Stellung des Königs. Den Engländern wollte er damit beweisen, daß ein ähnlicher Umsturz wie in Schweden für England nicht zu befürchten sei, da der König sich schon im Besitze all der Prärogativen befinde, die sich Gustav III. durch seinen Staatsstreich angeeignet habe. Überhaupt bestünde ein gewaltiger Unterschied zwischen dem englischen und schwedischen Staatswesen.

Unumschränkte Macht, so beginnt De Lolme, muß, was für eine Verfassung es auch sein mag, in einer einzigen Körperschaft des Staates zentralisiert sein. In Schweden hatte der König nicht die unbedingte Exekutive wie in England. Die Vollmacht, die Stände zu berufen, das Recht, über alle auswärtigen Angelegenheiten zu bestimmen (Krieg, Frieden, Verträge), die Ver-

waltung der öffentlichen Einkünfte, die Disposition über Heer und Flotte, das Auflösungs- und Vertagungsrecht des Parlamentes, über alle diese Rechte verfügte nicht wie in England eine Vertretung des Volkes, sondern der schwedische Senat (dem Ministerrat in andern Ländern entsprechend). Die schwedischen Stände konnten Beschlüsse ohne die Zustimmung des Königs fassen. Geistlichkeit und Adel, Bürger und Bauern bildeten je eine Kammer für sich, aber nur Senat und Adel hatten das Recht der Gesetzesinitiative. Der Adel war im Besitze aller Macht, er stellte die Mitglieder des Senats und besetzte alle Heeresstellen. Die Abgeordneten des schwedischen Volkes (Bürger und Bauern) wünschten die Unterstützung der ganzen Nation, um, wie das englische Unterhaus, für alle Zukunft sämtliche Angriffe auf die Freiheit und Sicherheit des Volkes niederhalten zu können. Aber immer unter sich uneins und ihrer Schwäche bewußt, wurden diese zwei Klassen vom Adel leicht beherrscht. Wie ausgeglichen sind dagegen in der englischen Verfassung die lebendigen politischen Kräfte! Auf der einen Seite der König, der mit dem Recht der Ämterbesetzung so viele an seine Person kettet, auf der anderen Seite die Volksvertretung, die sich auf das Vertrauen des Volkes stützt. Der Adel aber hat nur wenig Einfluß und muß, um sich behaupten zu können, mit diesen Machtfaktoren Hand in Hand gehen.

Die schwedische Regierung war, so meint De Lolme, keine Monarchie trotz ihres Königs, keine Volksherrschaft trotz des Anteils der Bürger und Bauern, sondern eine aristokratische Herrschaft mit allen Nachteilen und Schwächen, die damit verbunden sind. Gegen eine solche Regierung wendet sich immer das Volk; es sieht ihren Sturz als die Wiederherstellung seiner Freiheit an. Aus diesen Beweggründen erklären sich die vielen Unruhen in den aristokratisch regierten Ländern (Griechenland, Rom, Sizilien). Er habe, hebt De Lolme ausdrücklich hervor, fast alle Republiken Europas gesehen, und ihre Geschichte studiert, aber in keinem Land sei der Besitz und besonders die Person der Untertanen so gesichert wie in England. Im allgemeinen werde durch politische Umwälzungen keine Besserung erreicht, da das Volk noch niemals den Vorteil

einer wirklichen Freiheit kennen gelernt habe. Als einziges Ergebnis einer Revolution glaubt De Lolme immer nur eine Veränderung feststellen zu können, keine Besserung, ein Wechsel in der Uebertragung der Macht, nicht, wie es eigentlich sein sollte, ein Zurückdrängen der willkürlichen Gewalt in gesetzliche Bahnen. Die Demokratie ist für ihn die schlimmste Regierungsform, sie ist nur eine verdeckte, aber umso unangenehmer sich auswirkende Form der Aristokratie.

In Schweden wechselten aristokratische und absolut monarchische Regierungen miteinander ab. Gustav III. hatte sich nur für seine Person die Freiheit angeeignet, das Volk besaß sie noch nicht. Nach der Abdankung der Königin Christine (1654) ergriff der Adel die Macht. Aber schon 1680 wurde Karl XI. wieder Alleinherrscher. 1720, nach dem Tode Karls XII. beschränkte der Adel wieder die Rechte des Königs zu seinen Gunsten, und jetzt hat sich Gustav III. über diese Schranken hinweggesetzt. Ganz andere Folgen hatten Staatsrevolutionen in England. Aus ihnen hatte sich eine vollständig in sich ausgeglichene Verfassung entwickelt. Der König ist mit der Exekutive bekleidet; die Volksvertreter, ohne jeden Anteil an der ausführenden Macht, bilden eine in sich abgeschlossene Körperschaft, ausgestattet mit allen Rechten, die für ihre Funktionen erforderlich sind. Dazwischen steht das Oberhaus, auch nur mit der Legislative betraut, unabhängig vom Vertrauen des Volkes, mit der Aufgabe, das Gleichgewicht zwischen König und Volk zu sichern. Schon durch ihre äußere Form war die englische Verfassung allgemein verständlich und bekannt; dazu kam, daß sie sich in der Praxis bewährte, und so wurde sie beim Volke immer sehr beachtet. Das Bewußtsein, so viele Vorteile und Sicherheiten im Gegensatz zu anderen Ländern zu besitzen, ließ eine tief verwurzelte Liebe des englischen Volkes zu seinem Regierungssystem entstehen, wie man seinesgleichen vergebens in der Geschichte der Völker sucht.

Zum Schluß bringt De Lolme noch einen Vergleich der letzten Revolution in England (1688) mit der Revolution, die 1720 in Schweden ausbrach: Das Ziel beider war, dem Absolutismus der königlichen Macht Schranken zu setzen und ein neues Herrscherhaus auf den Thron zu erheben. Im Prinzip



waren sich die beiden Revolutionen gleich. In Schweden war jedoch die Thronfolge nur eine Formsache, da außer der Schwester des Königs kein anderer Thronprätendent vorhanden war, in England lebte noch der abgesetzte König (Jakob II.) und sein Sohn. Die Partei, die den neuen König (Wilhelm III.) unterstützte, konnte daher größere Bedingungen an ihn stellen, da er zur Überwindung seiner Gegner noch weiterhin ihrer Unterstützung bedurfte. Besser kann man schon die Restauration unter Karl II. in England mit der letzten schwedischen Revolution (19. Aug. 1772) vergleichen. Beide Monarchen machten der aristokratischen Allgewalt ein Ende, um die königliche Autorität wieder voll und ganz herzustellen. Der Unterschied liegt dieses Mal in den äußeren Umständen, die Position des englischen Königs war günstiger als die des schwedischen. Und doch mußte Karl II. auch jetzt alle Vorrechte des Adels anerkennen, die schon früher in der Verfassung bestanden, während Gustav III. die ganze Macht uneingeschränkt an sich riß. Nur das Oberhaus bilde, glaubt De Lolme, eine Gefahr für die englische Verfassung, da es sich von Zeit zu Zeit mehr Macht aneigne, als ihm zukomme und dadurch das Unterhaus hintansetze. Da ist es die Krone, die dafür sorgt, daß weder ein polnischer Reichstag entsteht, noch daß die Parlamentsmitglieder nur Statisten sind, wie die schwedischen Stände. Der königlichen Gewalt verdankt man, betonte De Lolme, daß jedermann im Staate, was er auch sein mag, gezwungen ist, immer gemeinsame Sache mit dem ganzen Volk zu machen, daß alle Staatsbürger treue Untertanen sind, die es sich angelegen sein lassen, ihre Aufgaben zum Wohle aller zu erfüllen. Die allgemeine Gerechtigkeit wird dadurch gewahrt und gesichert, so daß auch die großen Männer nur klein sind in bezug auf die Gesetze. Wenn jemals die königliche Macht und damit die Exekutive geteilt wird, so reißt der Adel sofort alle Macht im Staate an sich. Dann wäre es zu Ende mit der viel gepriesenen englischen Freiheit, mit der Preßfreiheit, mit der Gleichheit vor dem Gesetz. Jene Zeit wäre vorbei, in der das Volk immer aufrichtige Vertreter seiner Sache gefunden hatte.

Durch seine juristische Bildung war es De Lolme möglich, bis auf den Grund der schwedischen Verfassung vorzudringen



und den Kern ihres Übels zu erkennen. Die Hauptbetonung legt De Lolme, und das wiederholt er immer wieder in seiner Schrift, darauf, daß den Schweden nie eine Revolution eine Besserung ihrer Zustände bringen könne, solange sie nicht den Aufbau ihrer Verfassung, d. h. die ständisch-aristokratische Gliederung beseitigen würden. Dadurch, daß sie in einer Umwälzung immer nur die Vormacht eines Standes brechen, um eine andere dafür einzusetzen, gehen sie der Wurzel allen Übels aus dem Wege und verursachen nur eine augenblickliche Erleichterung. Wie ganz im Gegensatz dazu wirkten sich in England die Revolutionen aus, die wirkliche Staatsumwälzungen waren. Der Aufbau des Staates dort, wenn er auch selbst kein Idealzustand darstellen mag, kann doch in jenen Teilen dem schwedischen zum Muster dienen, wo in ihm die Hauptmißstände herrschen. Die gesündere Verteilung der Kräfte auf die einzelnen Teile des Staates, keine despotische Machtkonzentration in der Hand eines einzigen Körpers, das sind fürs erste die wichtigsten Kernprobleme, deren Lösung die schwedische Verfassung dringendst fordert, und dafür bietet England ein geeignetes Vorbild.

Diese Schrift ist also ein erneuter Ausdruck der Begeisterung De Lolmes für die englische Verfassung. Nur bringt er diesmal sein Lob nicht so unmittelbar zum Ausdruck wie in der „Constitution“. Er suchte die Fehler einer anderen Verfassung darzulegen, um die englische in noch hellerem Licht erscheinen zu lassen. Als wirklicher Engländer wollte er dieses Buch schreiben und ließ es darum anonym erscheinen. Es ist als eine reine Gelegenheitsschrift zu betrachten und bildet nur den Anfang einer Reihe von weiteren Schriften dieser Art, die jedoch der Bedeutung seiner Darstellung der englischen Verfassung nicht gleichkommen.

Als nächstes schrieb De Lolme „The History of the Flagellants“ (1777). Dies ist eine Bearbeitung der „Historia Flagellantium“ (um 1700) des Abbé Boileau, eines älteren Bruders des bekannten französischen Dichters. Was De Lolme zur Abfassung dieses Buches veranlaßte, das sowohl inhaltlich wie stilistisch ganz aus dem Rahmen seiner anderen Schriften fällt, ist nicht sicher. Es wird behauptet<sup>8</sup>, daß er es einer

8. Monthly Review, Bd. 70, 1784.

Wette wegen geschrieben habe. Schon gleich beim Erscheinen wurde diese Schrift stark angegriffen, weil De Lolme die Grenzen der Schicklichkeit nicht beachtet und die Einrichtungen und Gebräuche der katholischen Kirche ins Lächerliche gezogen hätte. Er wollte jedoch nur die Mißbräuche des Aberglaubens geißeln, da er diese Übersteigerung des religiösen Gefühls für groben Unfug hielt. Das Buch ist keine Geschichte der Flagellantenbewegung, wie man nach dem Titel glauben könnte, sondern eine Darstellung der Züchtigungen, Kasteiungen und Geißelungen, die die Menschen, um für ihre Sünden Buße zu tun, anwandten. De Lolme gliederte sein Werk in zwei Teile. Einmal versuchte er an Hand des Urtextes den Stil Boileaus nachzuahmen, also so wie ein Doktor der Sorbonne geschrieben haben könnte. In den Anmerkungen dagegen folgte er seinen eigenen Neigungen. Seine Absicht war, nur allein die geschichtlichen Tatsachen sprechen zu lassen und es dadurch jedem Leser zu ermöglichen, seine eigenen Anschauungen zu bilden. Damit wollte er die Nachwelt nicht nur dahin unterrichten, daß tatsächlich Züchtigungen im allgemeinen üblich waren, was man vielleicht später gar nicht mehr glauben könnte, vom moralischen Standpunkt aus meinte er, daß seine Darstellung auch den Beweis liefern würde für den tiefen Gerechtigkeitssinn von dem die Menschheit damals durchdrungen war. Vielleicht wäre dies auch ein Trost für alle die, die unter der Ungerechtigkeit und dem Mutwillen anderer leiden. Denn sie werden die geheime Hoffnung haben, daß früher oder später Züchtigung (flagellation) das Los derer sein wird, die ihnen das Ungemach antun. Und weiterhin meint De Lolme, sei sein Buch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus für England selbst interessant, da man daraus ersehen könne, daß diese Art der Kasteiungen tatsächlich auch hier im Gebrauch gewesen sei (heute noch in anderen Ländern). Das Buch werde aber dem kritischen Leser auch dadurch gute Dienste tun, da es ihm einen Einblick in die Erziehungsweise der fremden katholischen Geistlichen gewähre, der allgemeinen Leserschaft nütze es, weil es einen kurzen Überblick über ein sicherlich noch unbekanntes Gebiet gebe und außerdem mit Autoren bekanntmache, die sonst doch nie gelesen worden wären.

Daß sein Werk wirklich von so einflußreicher Bedeutung sein werde, hat De Lolme wohl selbst kaum gedacht. Die Schrift beweist nur, daß er kein einseitig gebildeter Mann war, daß er alles, womit er sich beschäftigte, ob nun zufällig oder absichtlich, sehr genau und sorgfältig bearbeitete, auch wenn es mit seinem eigentlichen Studiengebiet gar nichts mehr zu tun hatte. Sogar nach Paris fuhr er, um dort die Kupferplatten zu holen, die schon Boileau zur Illustrierung seines Buches verwandt hatte, da auch er sie für seine Flagellantengeschichte benutzen wollte.

Der Kritiker der "Monthly Review"<sup>9</sup> schließt seinen Bericht über dieses Buch ungefähr so, und damit hatte er wohl im Sinne aller gesprochen: Wenn jemals die körperliche Züchtigung — meiner Meinung nach eine sehr gute Einrichtung — eingeführt werden sollte, so wird die Öffentlichkeit dem Verfasser dieses Werkes zu großem Dank verpflichtet sein. Wenn nicht, so hat man sich wenigstens über das Buch amüsiert. Schließlich will man nicht immer rein wissenschaftliche Werke lesen, sondern ist ganz der Ansicht des Verfassers, daß "entertainment is a thing which is not by any means to be despised in the world".

Die Aufmerksamkeit De Lolmes wurde in der nächsten Zeit auf die Beziehungen zwischen England und Schottland gelenkt, besonders auf die parlamentarische Vereinigung dieser beiden Länder. Es wurde nämlich gerade eine Neuauflage von De Foës "History of the Union of Great Britain" (1709) vorbereitet. De Lolme schrieb dazu eine historische Abhandlung, die als Einführung zu diesem Werk gedacht war: "An Essay, containing a few strictures on the Union of Scotland with England and the present situation of Ireland" (1787). Dieses Werk besteht aus zwei Teilen. Der erste Abschnitt gibt einen klaren, genauen und leicht verständlichen Überblick über das Verhältnis Englands zu Schottland von der Zeit Eduards I. (1239—1307) bis zur Vereinigung der beiden Parlamente unter Königin Anna (1707):

Nachdem Eduard I. Wales unterworfen hatte, machte er auch den Versuch, sich Schottland anzueignen, das gerade durch

---

9. Monthly Review, 1777, Bd. 56.

Thronstreitigkeiten im Innern zerrissen war. Er brachte es in Lehnabhängigkeit; aber unter seinen Nachfolgern machte sich Schottland wieder selbständig. Erst unter Eduard VI. (1537 — 1553) wurden die Schotten durch den Duke of Somerset in der Schlacht bei Pinkie (1547) vollständig besiegt. Eine Vereinigung beider Länder erfolgte unter Jakob VI. von Schottland, der als Jakob I. (1603) den englischen Thron bestieg. Doch bestand dauernd Rivalität zwischen den beiden Ländern, die nur unter Karl I. vorübergehend in den Hintergrund trat, da sich beide gegen dessen Herrschaft auflehnten. Nach 1648 begann der Kampf von neuem, da Schottland Karl II. als Nachfolger auf den englischen Thron erheben haben wollte. Die widerspenstigen Schotten wurden jedoch von Cromwell unterworfen. Als mit Jakob II. von neuem eine Willkürherrschaft in England einsetzte, waren sie wieder mit den Engländern einig, so daß sie Wilhelm III. als König von England sofort anerkannten (1689). Nur in der Frage der Erbfolge wollte Schottland die weibliche Linie nicht anerkennen, oder nur unter gewissen Bedingungen, die ihnen dann 1704 Königin Anna in der "Act of Security" gewährte. Jetzt erfolgte auch die Vereinigung der beiden Parlamente durch den Vertrag von Whitehall (1707); diesen Plan hatten wohl schon Karl II. und Wilhelm III., mußten ihn jedoch wegen allzugroßen Forderungen Schottlands wieder fallen lassen.

Dieser Teil des Buches ist vollständig von De Lolme geschrieben und bildet eine richtige Einführung zu der „Geschichte der Union“ von De Foë. Aber von kritischen Bemerkungen (strictures) über diese Vereinigung, die doch dem Titel des Buches nach zu erwarten wären, ist nichts zu finden. De Lolme gibt lediglich eine möglichst objektive, rein geschichtlich gehaltene Darstellung der Beziehungen der beiden Länder.

Der zweite Teil handelt von der Geschichte Irlands und ist teils von De Lolme, teils von unbekannter Hand (by another hand) geschrieben. Die Einführung "Historical Sketch of the State of Irland from the first invasion of that country by the English under Henri II. till the beginning of the late Rockingham administration" ist ganz von De Lolme verfaßt. Dies zeigt schon der kurze und prägnante Stil und das Eingehen auf



die tieferen Zusammenhänge der historischen Entwicklung. Leicht und einfach im Ausdruck charakterisiert De Lolme kurz die irische Frage von ihrem ersten Aufkommen an bis zum März 1782:

Unter Heinrich II. (1133—1189) kamen die Bewohner von Irland und England zum ersten Male miteinander in Berührung. 1171/72 wurde eine englische Niederlassung in Irland gegründet in der Gegend von Dublin. Aber erst Eduard III. (1312—1377) beabsichtigte, das ganze Land unter seine Krone zu bringen. Zu diesem Zweck rüstete er eine Expedition aus unter Führung seines zweiten Sohnes Lionel, der aber nichts dort ausrichten konnte. Nur erließ Lionel, bevor er die Insel verließ, die "statutes of Kilkenny" (1366), die jedoch lediglich innerhalb der Niederlassung (Pale) Beachtung fanden. Danach wurde von englischer Seite vorerst kein Versuch mehr gemacht, das Land zu unterwerfen; die Kolonisten und die Irländer dagegen standen sich beständig feindlich gegenüber. Erst Elisabeth griff den Eroberungsgedanken wieder auf, hat aber den Erfolg ihres Unternehmens nicht mehr erlebt. So ist ihr Nachfolger, Jakob I., zum ersten Male auch König von Irland. Die Irländer hätten sich die Abhängigkeit von der englischen Krone gefallen lassen, sie hätten Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten, wenn Jakob I. nicht auch in ihre Glaubensfreiheit eingegriffen hätte. Mit den englischen Gesetzen führte er zugleich die Reformation in Irland ein, der Katholizismus wurde unterdrückt und verfolgt. Dagegen lehnten sich die Irländer auf. 1641 begann der erste Bürgerkrieg, über den erst Cromwell nach elf Jahren (1652) Herr werden konnte. Ein Drittel der Urbevölkerung kam dabei ums Leben, der Rest mußte sich in den verlassenen Gegenden von Connaught niederlassen. 1689 brach ein zweiter Bürgerkrieg aus, als Jakob II., seines Thrones entsetzt, in Irland Hilfe suchte und sich an die Spitze der aufständischen Irländer stellte. Aber auch diese Erhebung wurde niedergeschlagen. 1691 einigte man sich mit England in den "articles of Limerick". Diese erkannten die freie Religionsausübung der katholischen Irländer und ihre wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung den Engländern gegenüber an. Wilhelm III. achtete diesen Vertrag sein ganzes Leben lang, erst Königin Anna



setzte sich darüber hinweg, um den Protestanten nach 110-jährigem Kampf zum Sieg über die Katholiken zu verhelfen. Die Irländer wurden entwaffnet und alle Zugeständnisse, die ihnen im Verlauf ihres hartnäckigen Widerstandes gemacht worden waren, widerrufen, ja sie wurden derart unterdrückt, daß sie noch nicht einmal imstande waren, sich gegen eine solche Entrechtung aufzulehnen. Erst während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges konnte die erwachende irische Nationalbewegung neue Zugeständnisse durchsetzen: 1779 wurden alle Gesetze aufgehoben, die unter Karl II. erlassen worden waren, 1780 alle Beschränkungen, die bis dahin für den Handel galten, völlige Handelsfreiheit wurde eingeführt, 1782 fielen auch die "Poynings-Akte" (1494 von Heinrich VII. erlassen).

Diese Versöhnung bildet den Abschluß von De Lolmes Schilderung. Mit der Gewährung der allernotwendigsten politischen und wirtschaftlichen Rechte ist für ihn die irische Frage gelöst. Daß sich die Iren damit immer noch nicht zufrieden gaben, konnte De Lolme nicht verstehen; dazu betrachtete er diese wichtige Frage zu einseitig vom englischen Interessenstandpunkt aus. Auch die Nachschrift zu dieser Einführung, die von unbekannter Hand stammt, denkt zu engherzig. Deren Verfasser hatte ebenfalls nicht den nötigen weiten Blick, um eine so bedeutende Frage wie die irische objektiv behandeln zu können. Er gab die weitere Entwicklung und Problemstellung ganz im englischen Sinne wieder und wünschte eine Vereinigung beider Länder, so wie sie mit Schottland stattgefunden hatte.

Die Einführung ließ De Lolme gleichzeitig als selbständige Schrift erscheinen unter dem Titel: "The British Empire in Europe" (1787)<sup>10</sup>. Er konnte sich mit dem Verleger nicht über die Bezahlung einigen, ließ daher das Manuskript beim Verleger vorläufig liegen und veröffentlichte die kleine Abhandlung selbständig und anonym. Den Teil über Schottland hat De Lolme genau von der ersten Abfassung übernommen. Die irische Geschichte behandelte er jedoch besonders gegen Schluß des Buches von den ersten Regungen des irischen Nationalbewußtseins an ausführlicher und gründlicher. Den englischen

10. Nicht wie bisher behauptet wurde, daß dies eine eigene 1797 erschienene Schrift De Lolmes wäre.

Standpunkt vertritt er noch deutlicher und entschiedener, er geht sogar so weit, die Forderungen der Irländer zum Teil für unberechtigt zu halten. Den zweiten und dritten Teil, den er in der Überschrift seines Buches anzeigt, hat er nicht geschrieben. Denn alle Ausgaben dieser Schrift hören mit der Darlegung der irischen Zustände unter dem Rockingham-Ministerium auf, oder aber sie haben als Anhang die Nachschrift von unbekannter Hand<sup>11</sup>.

Im nächsten Jahre (1788) veröffentlichte De Lolme eine Schrift, "*Observations relative to the taxes upon windows or lights, the shop-tax and the impost upon hawkers and pedlars*", in der er Stellung zu den neuesten Steuern nahm, die Pitt zur Abtragung der Staatsschuld erhoben hatte: Die Fenstersteuer, die Ladensteuer und die Steuer auf den Hausierhandel. In diesem Pamphlet suchte er durch eigenartige Beweise und komische Folgerungen jene Finanzmaßnahmen ins Lächerliche zu ziehen. Da er einen geistreichen Literatenstil an den Tag zu legen sucht, erscheint seine Sprache mehr als ein „*jeu d'esprit*“, von dem De Lolme selbst so begeistert ist, daß er sich gar nicht darin genügen kann. Die Unbeliebtheit dieser Steuern und die ungerechte Verteilung der Steuerlast wurden im Unterhaus von der Opposition zur Genüge dargelegt, und auch in der Öffentlichkeit wurde dazu Stellung genommen. De Lolmes Pamphlet war keineswegs von irgendwelcher Bedeutung; seine Einwände, sein Stil und seine Argumentation in dieser Schrift waren auch nicht derartig, daß er damit großen Erfolg haben konnte. Der Grund zur Erhebung der Fenstersteuer mit ihren erhöhten Sätzen lag darin, daß 1784 der Teezoll, der für England so unheilvolle Folgen gehabt hatte, erniedrigt wurde<sup>12</sup>. Für den Ausfall der Einnahmen hatte Pitt die "*Commutations-Act*" durchgesetzt. Danach wurde die bestehende Fenstersteuer verdoppelt. De Lolme versuchte nun darzulegen, daß diese Steuer nur unvorteilhaft für England sein werde. Vom hygienischen Standpunkt aus, weil man auf diese Steuer hin die Licht- und Luftzufuhr in jedem Haus so sehr

---

11. s. Ausgaben in Edinburg und Glasgow.

12. s. Dowell, *History of Taxation and Taxes in England*, London 1884, Bd. II S. 183 u. Bd. III S. 17.

als möglich beschränken werde. Vom aesthetischen Standpunkt aus, da sich der Architekt an diese Steuer halten müsse und so wenig wie möglich Fenster in ein Haus einbauen würde. Die unnötigen Fenster in alten Häusern würden zugemauert und dadurch die Fassade eines Hauses verunstaltet<sup>13</sup>. An Stelle dieser Licht- und Fenstersteuer schlug De Lolme eine Haus- oder eine Kopfsteuer vor. Die Kopfsteuer war in Frankreich durchgeführt worden, aber auch nicht mit dem gewünschten Erfolg, darum war er mehr für eine Haussteuer. Damit wollte er den Umfang des Hauses (tonnage), also das ganze Haus, nicht einen Teil, wie z. B. die Fenster, zur Steuergrundlage nehmen. Und diese Steuer, meinte er, würde auch lieber bezahlt werden, da sie auf wirklichem Besitz der Besteuten beruhe.

Die von Pitt im Jahre 1785 eingeführte Ladensteuer<sup>14</sup> war Gegenstand der weiteren Angriffe De Lolmes. Die Höhe dieser Steuer sollte nach der Miete des Ladens veranschlagt werden, so daß die kleinsten Läden am wenigsten belastet wurden. De Lolmes Argumentation ist in diesem Punkt sehr schwach und zum Teil von anderen übernommen. Die Ladensteuer sei keine Steuer auf einen Besitz, erklärte er; im Gegenteil, auf die Last der Miete käme noch eine zweite, die der Ladensteuer. Er schlug darum eine andere Steuer vor, bemessen nach der Zahl der Schaufenster oder nach der Größe des Ladens.

Gleichzeitig mit der Ladensteuer wurde eine Steuer auf den Hausierhandel<sup>15</sup> gelegt. Eigentlich wollte Pitt diesen Handel vollständig verbieten, aber infolge der hartnäckigen Opposition im Parlament mußte er nachgeben und konnte ihn nur besteuern. De Lolme meinte, man habe beabsichtigt, durch diese Steuer das Händlergewerbe vollständig zu vernichten und die Ladeninhaber mit der neuen Ladensteuer zu versöhnen, dadurch, daß ihr Absatz gesteigert würde. Aber dies sei gar nicht der Fall, denn die Händler würden ihre Waren meistens von der Fabrik selbst kaufen und nur solche, die sonst überhaupt nicht verkauft werden könnten. Also hätten nur die Fabrikanten den Schaden.

---

13. An einem Haus, an dem drei übereinanderliegende Fenster zugemauert waren, stand am mittleren Fenster: „Pitts Works, in 3 volumes.“

14. Näheres s. Dowell, a. a. O. II, 189—191 u. III, 15 ff.

15. ebda. II, 34 f.

Zum Schluß schlug De Lolme noch vor, den Viehmarkt nach außerhalb Londons zu verlegen. Bis jetzt wurde er immer mitten in der Stadt abgehalten. Dann sollte auch die nötige Wasserversorgung des Viehs geregelt werden, woran man bis jetzt noch gar nicht gedacht hätte. Der Marktplatz sollte gepflastert werden, damit er sauberer, trockener und nicht so kalt wäre. Diese Schrift De Lolmes war gleich bei ihrem Erscheinen bedeutungslos und machte dem damals allgemein bekannten Verfasser der „Constitution de l'Angleterre“ wenig Ehre.

Die bedeutendste dieser Gelegenheitsschriften und diejenige, in der De Lolme wiederum klar und deutlich seine Ansicht vom Staat niederlegte, war die 1789 erschienene Schrift „Observations on the late national embarrassment“. Die außergewöhnliche Lage Englands während der Krankheit des Königs und die Frage der Regentschaft<sup>16</sup> konnte seinem Scharfsinn nicht entgehen. Bei der Darlegung seiner Gedanken drang der Jurist ganz und gar wieder in ihm durch und wie in den Tagen, als er sein Hauptwerk schrieb, ergriff er erneut die Feder, um die Rechte der Exekutive, des Monarchen, zu verteidigen. Noch immer unterschätzte er die wirkliche Macht des Unterhauses und seinen Einfluß auf die Exekutive, noch immer war er zu sehr in der Theorie befangen und klammerte sich an die Gesetzmäßigkeit der englischen Verfassung, erkannte aber nicht, wie sie sich in der Praxis auswirkte. De Lolme stimmte in seinen Ausführungen mit Pitts Auffassung des damaligen Staatszustandes im großen und ganzen überein. Pitts Plan entsprach der Ansicht der Mehrheit der Nation und wurde auch vom Parlament angenommen. Sein Entwurf wäre auch in Kraft getreten; aber der König erholte sich von seiner Krankheit und konnte seine Regierungsgeschäfte wieder selbst ausüben.

De Lolme war nicht der Ansicht, daß die jetzige politische Lage, in der sich der König befand, mit den Fällen übereinstimme, die von den führenden Mitgliedern beider Häuser erwähnt werden. In drei Punkten hätten sie den augenblicklichen Zustand des Staates falsch gesehen: 1. Die momentane Lage des Königs, d. h. seine politische Lage, wurde nicht im richtigen Licht gesehen. 2. Die gesetzlichen Ansprüche des rechtmäßigen

---

16. Näheres s. F. Salomon, William Pitt, Leipzig 1901.



Erben wurden falsch gedeutet. 3. Die gesetzmäßige Lage und die Ansprüche des zur Zeit tagenden Parlamentes wurden ebenfalls unrichtig dargestellt. Bei diesen Erörterungen war De Lolme wieder in seinem Element. Hier konnte er von neuem die Grundsätze darlegen, auf denen nach seiner Ansicht die englische Verfassung beruhte und ebenso die Befugnisse der einzelnen Gewalten: Der König kann die Exekutive infolge seiner Krankheit nicht ausüben. Er ist aber weder tot, noch hat er auf den Thron verzichtet; daher kann sich der Thronfolger nicht alle königlichen Rechte aneignen, da sie ihm erst nach dem Tode des Königs zustehen. Aber auch das Parlament, die gesetzgebende Gewalt, darf sich keinerlei Rechte der ausführenden Macht anmaßen. In der Handlung des Monarchen, das nun versammelte Parlament berufen zu haben, ist eine allgemeine Vollmacht für dieses enthalten, das Reich in seinem Namen zu regieren. Der Zusammentritt des Ober- und Unterhauses gilt gleichsam als Annahme dieser Vollmacht. Darum ruht, wenn der König regierungsunfähig ist, die königliche Autorität auf dieser Übereinkunft der beiden Häuser des Parlaments. Die Abgeordneten haben nicht mehr die Aufgabe, die legislative Gewalt auszuüben, sie sind jetzt Exekutivbeamte des Königs, von ihm ernannt und berufen, die Geschäfte zu führen. De Lolme begründet seine dargelegten Forderungen folgendermaßen: Dem Geist der Verfassung nach muß Exekutive und Legislative scharf voneinander getrennt sein, darf also nicht von einem einzigen Organ ausgeübt werden. Das Unterhaus als Gegenpol der königlichen Gewalt wird nie das volle Vertrauen des Königs besitzen, denn das entspricht nicht der Natur der Verfassung. Außerdem hatte ein Gesetz der Königin Anna festgelegt, daß ein Mitglied des Unterhauses nur dann sein Mandat behaupten könne, wenn es während seiner ganzen Zugehörigkeit zum Parlament kein Amt von der Krone annehme<sup>17</sup>. Das jetzige Parlament kann aber auch nicht auseinandergehen oder sich auflösen, da dies durch königlichen Willen erfolgen muß. Darum sollten die Mitglieder

---

17. s. Blackstone, Commentaries on the Law of England, Buch I, cap. 2.



des Unterhauses die Funktion der "Lords Justices of the Kingdom" annehmen, und zwar unbeschränkt und ohne zeitliche Begrenzung. Sie wären dann des Königs Vertraute und seine Stellvertreter für ganz Großbritannien. Da dies aber nicht geschehen sei, und damit sich vor allem die Parlamentsmitglieder keinen Vorteil aus der jetzigen Notlage des Staats aneignen, so sei es nötig, daß ein Stellvertreter für den König ernannt werde, und zwar käme diese Stelle dem prince of Wales zu. Dieser sollte mit soviel Macht ausgestattet werden, daß er die Einheit der Ausführung und die Autorität eines Herrschers in sich vereine.

Pitts Auffassung war ähnlich und in der Regentschaftsbill dargelegt. Durch die Annahme dieser Bill wurde den Parteistreitigkeiten ein Ende gesetzt und das Staatsleben wieder in ruhigere Bahnen gelenkt. De Lolme ließ seine Schrift nach der Annahme der Regentschaftsbill im Unterhaus erscheinen. Da darin vorgesehen war, daß der Thronfolger als Stellvertreter des Königs die Regierungsgeschäfte übernehmen sollte, so erklärte sich De Lolme mehr für die Ansprüche des Thronprätendenten als die des Königs. Vom Standpunkt seiner eigenen Zukunft hielt er diese Parteinahme für erfolgreicher und aussichtsvoller, er hoffte, nun endlich für seine Verdienste um den englischen Staat belohnt zu werden. Aber ehe die Bill in letzter Lesung eingebracht wurde, war Georg III. wieder fähig, seine Amtsgeschäfte selbst zu führen, und so kam der Thronfolger noch nicht zur Regierung. De Lolme hatte jetzt erst recht nicht den gewünschten Erfolg. Gerade sein Eintreten für die Rechte des prince of Wales und die Verteidigung seiner Ansprüche wurde De Lolme von den verschiedensten Seiten vorgeworfen. Vor allem in einer Schrift kam diese scharfe Kritik zum Ausdruck: „An Answer to Mr. De Lolmes Observations on the Late National Embarassment“ von Neptune (1789)<sup>18</sup>. Wenn „Neptune“ De Lolme seine Verdienste um den englischen Staat auch nicht ganz abspricht, so warf er ihm doch vor allem vor, er ergreife immer nur dann die Feder „whenever his necessities compel him“. Diese „Notwendigkeiten“ sah er

---

18. Nur im Britischen Museum in London vorhanden.

darin, daß De Lolme seine Schriften nur geschrieben habe, um zu Geld zu kommen, nicht aus dem Bedürfnis heraus, zu irgend einer Frage grundsätzlich Stellung zu nehmen. Auch daß es gerade ein Ausländer war, der sich in die Angelegenheiten des Staats einmischte und sich für genügend unterrichtet hielt, um die Handlungen des Parlaments zu kritisieren, erregte den Unwillen „Neptunes“. Hier sah er sich in seinem Nationalgefühl als Engländer verletzt. Darum suchte er auf jede nur mögliche Weise De Lolmes Darlegungen herabzusetzen, selbst vor persönlichen Angriffen auf sein Privatleben scheute er nicht zurück. Doch geht er in seiner Kritik größtenteils nur auf die Stellen bei De Lolme ein, die nicht von besonderer Bedeutung waren, und auf die es diesem nicht eigentlich ankam. In seiner Wirkung und Schlagkräftigkeit ist De Lolmes Schrift viel bedeutender als die von „Neptune“. Viele feine Bemerkungen und scharfsinnige Folgerungen, neu, einzigartig und verblüffend, genügten, daß ein weiter Leserkreis sich für die Schrift interessierte. Wenn auch der Rezensent der „Monthly Review“<sup>19</sup> meinte, daß De Lolme sich nicht so schnell von den schweren Angriffen „Neptunes“ erholen könne, so war er — anscheinend auch ein Gegner De Lolmes — doch im Irrtum. Denn De Lolmes Schrift wurde wenigstens gelesen und von der Oeffentlichkeit anerkannt, während „Neptunes“ Entgegnung kein Interesse fand.

Die letzte der Schriften, die De Lolme unter seinem Namen veröffentlichte, erschien 1798 unter dem Titel: „General Observations on the power of Individuals to prescribe, by testamentary dispositions, the particular future uses to be made of their property“. Er nahm darin im Auftrag der Hinterbliebenen Stellung zu einem außergewöhnlichen Testament, das ein Genfer, Peter Thellusson, hinterlassen hatte. Thellusson entstammte einer alten Genfer Familie, für die De Lolme schon in Genf als Notar gearbeitet hatte. Der Vater Peter Thellussons, Isaak Thellusson, war offizieller Vertreter Genfs am Hofe Frankreichs. In Paris gründete er ein Bankhaus, in dem Necker Angestellter und dann Teilhaber war. Später siedelte Peter Thellusson nach London

---

19. s. Monthly Review, Bd. 80, 1789.

über, wo er vor allem durch einen ausgedehnten Handel mit Westindien zu großem Besitz gelangte. In seinem Testament bestimmte er nun, daß 800 000 Pfund seines Vermögens nicht verteilt werden dürften, sondern die Testamentsvollstrecker sollten dies Erbe mit Zins und Zinseszins weiterarbeiten lassen, bis seine Söhne, Enkelsöhne und deren Nachkommen, die zur Zeit seines Todes (1797) lebten, gestorben wären. Dann erst sollte das Vermögen unter die ältesten, direkten, männlichen Nachkommen seiner drei Söhne geteilt werden, die noch lebten und den Namen Thellusson führten. Sollte kein männlicher Erbe vorhanden sein, dann wollte er, daß sein Vermögen dem Staat zufalle, der es zur Tilgung der Nationalschuld verwenden solle. Da beim Tode Thellussons keine Urenkel lebten, zog sich der Testamentsvollzug über zwei Generationen hinaus.

Dieses eigentümliche Testament hatte nun die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gelenkt. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob solche Verfügungen überhaupt zulässig seien. De Lolme verneinte diese Frage. Er begründete seine Einwände rein juristisch: Vor allem, so meint er, kann die Ausführung dieses Testamentes mit gesetzeswidrigen Handlungen verbunden sein. Denn alle Verordnungen, die sich im Laufe der Zeit dem Staat für nötig erweisen könnten, müssen die Testamentsvollstrecker unbeachtet lassen, da sie für genaue Einhaltung des Testamentes sogar vereidigt wurden. Bedeutet das nicht eine Gefahr für den Staat und die Autorität der Gesetze? De Lolme behauptet, daß Benjamin Franklin ein ähnliches Testament hinterlassen habe. Dieser hatte nämlich in seinem letzten Willen verfügt, eine bestimmte Summe Geldes hundert Jahre lang unberührt zu lassen. Das durch Zins und Zinseszins angewachsene Kapital sollte dann zu Wohlfahrtseinrichtungen verwendet werden. Thellusson ist jedoch in der Testamentsabfassung nicht von Franklin beeinflusst, da der erste Entwurf schon vor dem Tode Franklins bestand.

Die Nachkommen Thellussons hatten nun gegen dieses Testament Einspruch erhoben und zwar bei dem „Court of Chancery“. Darauf wandten sich die von Thellusson ernannten Testamentsvollstrecker an den Attorney General, der dahin ent-

schied, daß das Testament genau beachtet werden müsse. Trotzdem wandte sich De Lolme auch in der zweiten Ausgabe seiner Schrift, die 1800 in erweiterter Form erschien<sup>20</sup>, noch schärfer gegen die Aufrechterhaltung des Testaments, vor allem, weil 1799 der Lord Chancellor dieses Testament für gültig erklärt hatte. An Hand der Gesetze zeigte De Lolme klar und deutlich, daß die Ausführung eines solchen Testamentes unmöglich sei. Der einzige Ausweg, den er dringend anempfahl, wäre der, es außer Kraft zu setzen. Auch diesmal sah De Lolme die ganze Frage vom rein juristischen Standpunkt aus. Er hatte sich während seines englischen Aufenthalts eine gründliche Kenntnis des englischen Rechts angeeignet, so daß er alle seine Behauptungen mit Gesetzen und Verordnungen belegen konnte. Aber trotz seiner Einwände und trotzdem sich noch viele andere gleichfalls gegen den Richterspruch aussprachen, wurde die Entscheidung des Lords Chancellors vom Unterhaus bestätigt. Allerdings wurde gleichzeitig eine Bill eingebracht, daß ähnliche Testamente in Zukunft nicht mehr gültig sein sollten<sup>21</sup>.

Das weitere Leben De Lolmes bis zu seinem Tode ist für uns in Dunkel gehüllt. In einem Brief vom 1. Dez. 1781, den Jean Roget, ein protestantischer Geistlicher, von Lausanne an seinen Onkel Romilly, der zu seiner Zeit ein berühmter engl. Staatslehrer war, geschrieben hat<sup>22</sup>, wird De Lolme erwähnt. Er habe beabsichtigt, eine Zeitschrift herauszugeben „Le Journal

---

20. „General observations on executory devices.“ Keine Schrift mit neuem Inhalt, wie man bisher meinte.

21. Alle diese Schriften kann man mit einiger Bestimmtheit De Lolme zuschreiben. In den Zeitungen soll er noch einige größere Artikel politischen Inhalts veröffentlicht haben, besonders über die Frage: „Wether the Impeachment of Mr. Warren Hastings abated by a dissolution of Parliament?“ und ebenso eine lange Abhandlung „Justification of the Council of Madras“, ferner werden ihm noch zugeschrieben die „Examens philosophiques et politiques des Lois relatifs aux Mariage, Répudiation, Divorce et Séparation; par un Citoyen du Monde“ (ohne Datum) und schließlich ein „Essay on the Union of Church and State in England“ (1796) (s. Nichols, Literary anecdotes of the 18th century, London 1814, Bd. 8). Alle diese Schriften waren weder in engl. Bibliotheken noch in Genf zu finden.

22. s. Lettres de Jean Roget (1753—83) publiées par les soins de F. F. Roget, Genève 1911.



d'Angleterre“; da er aber die Steuern dafür nicht aufbringen konnte, habe er sich genötigt gesehen, diesen Plan nach der ersten Ausgabe gleich wieder aufzugeben. 1775 hatte er schon einmal denselben Gedanken, damals sollte die Zeitung „News Examiner“ heißen, mit dem Motto „Ex fuma dare lucem“<sup>23</sup>. Darin wollte er die Leitartikel der größten Zeitungen Londons abdrucken, um ihre Unbeständigkeit und Unzuverlässigkeit zu beweisen. Aber schon damals konnte er nicht die dazu nötigen finanziellen Mittel aufbringen. Am 16. Februar 1782 wird De Lolme nochmal bei Roget erwähnt<sup>24</sup>, und zwar, daß er bei seiner Durchreise durch Frankreich in Paris bei einem M. de Lessert gegessen und dort einen langen und heftigen Disput über die 1768 neu eingeführte Verfassung Genfs geführt habe.

Durch den „Literary Fund“ (Fonds für unbemittelte Schriftsteller) wurde es ihm ermöglicht, nach Genf zurückzukehren und dort eine Erbschaft anzutreten, die ihm sein Pate und Verwandter, Jean Louis De Lolme l'ainé, hinterlassen hatte. Dieser starb im Jahre 1784, bestimmte aber, daß die Erbschaft erst mit dem Tode seiner Frau (1789) angetreten werden könnte<sup>25</sup>. Mit einem Teil dieser Erbschaft bezahlte De Lolme seine Schulden in England. Der Rest bot ihm die nötigen Mittel, um seine Lebenstage in Ruhe zu beschließen<sup>26</sup>. Er starb in Seewen, im Kanton Schwyz, am 13. Juli 1806. Wie das Sterbebuch der Pfarrei Schwyz sagt, wurde er „ohne irgendwelchen geistlichen

---

23. s. Busby, Arguments and Facts, demonstating . . . , Ldn. 1816.

24. s. Lettres de Jean Roget.

25. s. Registres des Testaments commencé le 14ième mars 1780 fini le 10ième août 1785. Genfer Staatsarchiv.

26. In dem Artikel über De Lolme im Dictionnaire of National Biography wird behauptet, De Lolme habe unter Napoleon die Stelle eines Unterprefekten eingenommen. Jedoch ist dies eine Verwechslung mit einem anderen De Lolme: Barthelemy, Albin, Fleury Delhorme (geboren in Lion, 19. April 1769). Näheres s. Mazon: Histoire de Soultavie, Bd. 1, S. 182. Ebenso Barbey: Frédéric Desportes et l'annexion de Genève, 1794—1799, Genf, 1916.

Wenn De Lolme wirklich eine Staatsstelle während der französischen Herrschaft eingenommen hätte, so wäre er bestimmt in dem sehr gründlichen und für diese Zeit auf genauesten Forschungen beruhenden Werke Edmund Chapuisat's erwähnt: La Municipalité de Genève pendant la Domination française, Genf, 1910.



Beistand“ nachts „ohne Leichengepräg“ beerdigt. Dies ist daraus zu erklären, daß er als Calvinist in dem katholischen Kanton Schwyz als Ketzer betrachtet wurde und daher nicht kirchlich beerdigt werden durfte.

De Lolme war ein Mann von schneller Auffassungsgabe und scharfem Verstand. Mit einer voreiligen und oberflächlichen Beobachtung gab er sich nicht zufrieden. Ob sich seine Untersuchungen auf den menschlichen Charakter oder die Angelegenheiten des Staates erstreckten, alles prüfte er mit gleicher rationaler Überlegung und kritischem Auge. Er konnte geschickt die verschiedenen Möglichkeiten einer Regierung abwägen, die komplizierten Ansichten von Fürsten und Ministern entwickeln und die Intrigen und Künste von Demagogen und Scheinpatrioten aufdecken. Er erkannte scharfsinnig die Fehler und Schwächen der zu seiner Zeit so gerühmten Verfassungen der alten Republiken und hob im Gegensatz dazu die Vorteile einer konstitutionellen Monarchie hervor.

Er hätte sich dank seiner besonderen Talente eine gute Existenz schaffen können; aber dadurch, daß er sich dem Spiel und den niedrigsten Ausschweifungen hingab, zerstörte er sich seine Zukunft. Er hatte erwartet — und das hatte er wohl verdient — eine Pension vom englischen König zu erhalten als Anerkennung seiner Verdienste um den englischen Staat. Hierdurch wäre ihm eine finanzielle Unabhängigkeit gewährleistet worden. Da er diese aber nicht erhielt, und er zu stolz war, Hilfe von privater Seite anzunehmen, zog er es vor, sich von der Gesellschaft zurückzuziehen und in ärmsten Verhältnissen zu leben, verwahrlost in Kleidung und Erscheinung.

De Lolme hatte Sinn für Scherz und Humor und gefiel dadurch besonders bei gesellschaftlicher Unterhaltung. Sogar mit Burke verglich man ihn wegen der Mannigfaltigkeiten und der Treffsicherheit seiner Anspielungen. Seine Fähigkeiten wurden allgemein anerkannt. Er bekundete Interesse fast für alle Wissenschaften, auch für Mechanik und Chemie. So hatte er z. B. ein neues Segel konstruiert, das er der „Society of Encouragements of Arts and Sciences“ vorlegte; als es als untauglich für die angegebenen Zwecke angesehen und deshalb

abgelehnt wurde, sah er dies als eine persönliche Beleidigung an. Überhaupt war er von der Größe seiner geistigen Fähigkeiten derart eingenommen, daß er sich nie von seiner Unzulänglichkeit in irgend einer Sache überzeugen ließ; was er einmal im Kopf hatte, führte er auch durch, und wenn es noch so große Hindernisse zu überwinden gab. Doch fügte er sich in sein Schicksal und ertrug die Armut, unter der er litt, ohne sich zu beklagen, indem er „die Zurückhaltung und Selbstverleugnung eines Philosophen nachahmte<sup>27</sup>“.

Dr. Wolcot, ein Freund De Lolmes, den Busby um eine Charakteristik seiner Persönlichkeit bat, äußerte sich über ihn etwa folgendermaßen<sup>28</sup>:

„Seine Figur war weder sehr klein noch sehr groß. Seine Züge waren lebhaft und angenehm, wenn er auch nicht die Regelmäßigkeit und Schönheit eines Antinoos oder Apollons besaß. Ebenso hatte die Natur ihn nicht als ein Werk der Erhabenheit geschaffen, jedoch auch nicht in den gewöhnlichen Formen. Seine Augen waren voll von sprühender Lebendigkeit und zeigten außergewöhnliche Klugheit. Seine Beobachtungen ließen eine treffende Denkweise und tiefe Kenntnis der Menschen und Dinge erkennen. Außer einer klaren und ungekünstelten Sprache, besaß er noch eine seltene Gewandtheit und hervorragende Beredsamkeit, solcher Art, daß er sich selbst an unseren Gerichtshöfen hätte hören lassen können; ja sogar an bedeutenderer Stelle, in beiden Parlamentshäusern, hätte er sich an den Diskussionen mit besonderer Beachtung beteiligen können.

„Das Benehmen De Lolmes war zurückhaltend. Wenn ihm widersprochen wurde, so hatte er genügend Höflichkeit, sein Mißvergnügen zu unterdrücken, aber ebenso genug Aufrichtigkeit, um sich der Wahrheit nicht zu verschließen. Wenn er sich von der Gesellschaft zurückzog, so tat er es selten, ohne nicht einige passende Worte schriftlich hinterlassen zu haben, so daß im „Geiste“ seine Gegenwart noch verlängert wurde. Zu empfindlich für die Verlockungen der weiblichen Schönheit, gab er noch das wenige Geld, das er besaß, für die Frauen aus,

27. s. Vorwort von Coote zu der Ausgabe der „Constitution“, 1807.

28. s. „Arguments and Facts demonstrating . . .“, 1816.

so daß er mit den kärglichsten Wohnungen, ja manchmal sogar mit dem freien Himmel als Obdach vorlieb nehmen mußte. Zur Schande unserer Nation zog sich dieser berühmte Ausländer in Armut von unserem undankbaren Land zurück, um in den unwirtlichen und kalten Bergen der Schweiz zu sterben ...“.

---

## II.

### Die Genfer Verfassungsstreitigkeiten der 60er Jahre und De Lolmes Anteil an der Genfer Politik.

Um im folgenden De Lolmes Anteil an den Genfer Unruhen der 60er Jahre richtig verstehen zu können, ist es wohl notwendig, einen kurzen Überblick über die Genfer Staatsverfassung zu geben, wie sie seit 1738 bestand.

Nach der sogenannten Meditationsverfassung von 1738 waren die Bewohner von Genf, was den Umfang ihrer politischen und bürgerlichen Rechte angeht, keineswegs gleichgestellt. Fünf streng voneinander geschiedene Klassen gab es: die Citoyens, Bourgeois, Habitants, Natifs und Sujets. Allein die beiden ersten Klassen hatten Anteil an Regierung und Gesetzgebung, doch mit dem Unterschied, daß nur Citoyens zu den höheren Staatsämtern gelangen konnten. Der Citoyen aber mußte der Sohn eines solchen oder eines Bourgeois, und in der Stadt geboren sein. Zu den Bourgeois gehörte, wer durch eine Urkunde das Bürgerrecht und damit die Befugnis erworben hatte, jede Art von Handel und Gewerbe zu betreiben. Auch die nicht in der Stadt geborenen Söhne der Citoyens gehörten zu diesem Stand. Die dritte Klasse, die Habitants, bestand aus Fremden, die sich das Recht erkaufte hatten, in der Stadt zu wohnen; die vierte, die Natifs, aus ihren in der Stadt geborenen Kindern. Diese besaßen zwar manche Vorrechte, deren die Eltern entbehrten, doch waren ihnen alle Handelsgeschäfte sowie viele Gewerbe und Handwerke untersagt. Auch hatten sie fast allein die Lasten der Steuern und Abgaben zu tragen, da bei allen öffentlichen Auflagen Person und Eigentum der Natifs weit stärker herangezogen wurde als die der Citoyens und

Bourgeois. Was endlich die Untertanen oder Sujets betrifft, so galten als solche die Bewohner der Landbezirke; sie hatten sämtlich, ob sie nun Eingeborene oder aus der Fremde zugezogen waren, dieselbe rechtliche, oder vielmehr rechtlose Stellung.

Wie die Bevölkerung in fünf Klassen, so war die Staatsgewalt unter fünf Korporationen oder Kollegien geteilt, die, mehr oder weniger zahlreich, alle voneinander abhingen. Zu ihnen gehörte:

1. Der Kleine Rat oder der Rat der 25, auch Senat genannt. Aus lebenslänglichen Mitgliedern bestehend, vereinigte er in sich die höchste administrative und richterliche Gewalt. Ihm oblag das Polizeiwesen, ebenso die Leitung und Verwaltung aller öffentlichen Angelegenheiten. In Zivilprozessen galt er als dritte Instanz, in Kriminalfällen war er der höchste Richter. Zugleich bildete er nicht nur einen festen Bestandteil aller übrigen Räte, sondern es stand ihm auch in allem die Initiative zu.

2. Die 4 Sindici. Jährlich durch den Conseil général, von dem weiter unten die Rede sein wird, gewählt, leiteten sie diesen und teilten sich in die einzelnen Verwaltungszweige. Der erste Sindicus führte in allen Räten den Vorsitz.

3. Der Rat der 200, wie er immer noch mit seinem alten Namen hieß, obgleich seit dem Jahre 1738 die Zahl der Mitglieder 250 betrug. Aus ihm wurden die freigewordenen Plätze im Kleinen Rat besetzt, der aber selbst für jede erledigte Stelle zwei Kandidaten vorschlug. Er selbst wurde vom Kleinen Rat erwählt, der, so oft durch Tod die Zahl der Mitglieder nur noch 200 betrug, eine Ergänzung vornahm. Er hatte das Begnadigungs- und Münzrecht, bildete in Zivilsachen die zweite Instanz, schlug dem Conseil général die Kandidaten für die höchsten Staatsämter vor und beantragte im Kleinen Rat, was ihm im Interesse des öffentlichen Wohles geboten oder ratsam zu sein schien. Er selbst konnte freilich nur über die Fragen beraten und entscheiden, die ihm vom Kleinen Rat vorgelegt wurden.

4. Der Rat der 60, gebildet aus dem Kleinen Rat und 35 Mitgliedern des Rates der 200. Kein Regierungskolleg



mit bestimmten Funktionen und wirklicher Autorität, sondern eine Art von diplomatischem Ausschuß. Er versammelte sich nur, um über geheime Angelegenheiten des Staates zu beraten, namentlich über solche der auswärtigen Politik.

5. Der *Conseil général*, der *Souverain- oder Generalrat*, bestand aus sämtlichen *Citoyens* und *Bourgeois* ohne Ausnahme. Er hatte das Gesetzgebungs- wie Steuerbewilligungsrecht, d. h. ohne seine Zustimmung konnte weder ein Gesetz erlassen, noch eine neue Auflage erhoben werden. Außerdem stand ihm die Wahl der höheren Magistrate und die Entscheidung über Krieg und Frieden zu (*Pouvoir législatif, confédératif, électif*). Doch durfte er sich mit nichts beschäftigen, was nicht zuvor vom Rat der 200 gebilligt worden war. Auch konnte er über die ihm gemachten Vorschläge nicht beraten, mußte sich vielmehr darauf beschränken, sie abzulehnen oder zu bewilligen.

Neben diesen verschiedenen Kollegien und ohne einem von ihnen anzugehören nahm unter den höheren Beamten der Generalprokurator eine hervorragende Stellung ein. Er wurde vom *Conseil général* auf den Vorschlag des Rats der 200, der für dieses Amt zwei seiner Mitglieder präsentierte, auf drei Jahre ernannt, nach deren Ablauf er für eine gleiche Zeitdauer wiedergewählt werden konnte. Als Anwalt des Staates in allen Fällen, in welchen Rechte und Interessen der Gesamtheit in Frage standen, hatte er u. a. bei Übertretung der Gesetze die Verfolgung der Schuldigen in die Wege zu leiten, Anklage zu erheben und Strafanträge zu stellen. Er überwachte die Vormunde und Kuratoren, vertrat die Ansprüche des Fiskus, wenn sie bestritten wurden etc. Obwohl er eigentlich keine persönliche Amtsgewalt besaß, so stand er doch als Richter und Verteidiger der gesetzlichen Ordnung in höchstem Ansehen.

Zum Schluß mag hier noch das Kollegium oder Tribunal der sechs Auditoren erwähnt werden. Vom *Conseil général* gewählt und von einem Mitglied des Kleinen Rats, des Lieutenant, präsiert, verwaltete es die gewöhnliche oder niedere Polizei und bildete in bürgerlichen Rechtshändeln die erste Instanz. Seine Wirksamkeit beschränkte sich übrigens nur auf die Stadt; in den Landbezirken wurden die ihnen zustehenden

Befugnisse von zwei ebenfalls durch den Conseil général ernannten Kastellanen (Châtelains) ausgeübt.

Der Form nach war die Genfer Verfassung eine republikanische. Da aber ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt keine politischen Rechte besaß und die Macht ausschließlich in den Händen einiger weniger lag, so ist der in gewissem Sinn aristokratisch-oligarchische Einschlag nicht zu verkennen. Aristokratisch in dem Sinne, daß es nur eine geringe Zahl von reichen, alteingesessenen Familien war, die zu dieser privilegierten Schicht gehörten und politisch eine Rolle spielten. Diese Familien, die im Rat der 200 und der 25 saßen, maßten sich immer mehr Rechte an, um so langsam zu selbständigen Behörden zu werden. Ihr Streben hatte zur Folge, daß die Macht des Conseil général immer mehr abnahm und manche seiner Befugnisse zu leeren Formalitäten herabsanken. Es ist bezeichnend für die Langmut der Bürgerschaft, daß sie selbst diese Nichtachtung ihrer Rechte lange Zeit hindurch zuließ. Erst als mit der Verurteilung Rousseaus und seiner Schriften („Contrat Social“ und „Emile“, 1762) die Rechte des Volkes vollständig beiseite gesetzt wurden<sup>1</sup>, da erwachte das bürgerliche Selbstgefühl. Die Genfer leisteten ihrer Regierung entschiedenen Widerstand und verlangten eine Bestätigung der ihnen verfassungsgemäß zukommenden Rechte. Bald war die Bürgerschaft in zwei Parteien gespalten, in „Représentants“ und „Négatifs“. Die Volkspartei, die „Représentants“, erhielt ihren Namen daher, weil sie dem allgemein anerkannten Beschwerde-recht („droit de représentation“) wirksame Geltung verschaffen wollte. Die Regierungspartei, die „Négatifs“, weil sie die unbedingte Pflicht des Rates, die Beschwerden der Bürger an die Volksgemeinde zu bringen, ablehnte (negierten). Beide Parteien kämpften mit den größten Anstrengungen in Wort und Schrift, um ihre Forderungen durchzusetzen. Ohne Zweifel waren die „Représentants“ prinzipiell im Recht; aber die „Négatifs“ hatten die Regierung in Händen und waren ihren

---

1. Rousseaus Schriften wurden nämlich durch den Kleinen Rat, nicht, wie es verfassungsgemäß gewesen wäre, durch den „Conseil général“ verurteilt.

Gegnern auch geistig weitaus überlegen. Das zeigt sich vor allem in derjenigen Flugschrift, die bei der nun auf beiden Seiten einsetzenden Polemik aus dem aristokratischen Lager hervorging, „*Les lettres de la Campagne*“, von Tronchin, die durch ihren Stil und die Klarheit der Beweisführung die Gegner fürs erste verstummen machte. Die „*Représentants*“ wußten gar nicht, wie sie auf eine solche Schrift jemals antworten könnten und verloren fast den Mut, den Kampf fortzuführen. Nur einer, so meinten sie, wäre imstande, eine ebenso bedeutende Schrift zu verfassen, J. J. Rousseau. Dieser verteidigte denn auch wirklich nach langem Zögern — er wollte sich eigentlich nicht mehr in die politischen Händel seiner Vaterstadt mischen — die Rechte der „*Représentants*“ in einer Erwiderung, die er unter dem Titel: „*Lettres de la Montagne*“ erscheinen ließ<sup>2</sup>, und die auch die erwünschte Wirkung hatte. Auf den weiteren Verlauf der Parteistreitigkeiten suchte Rousseau ausgleichend zu wirken; als die nächste „*représentation*“ wiederum abgewiesen wurde, riet er sogar seinen Parteifreunden, den Kampf aufzugeben. Aber die politischen Leidenschaften waren schon zu heftig erregt, als daß sie sich so leicht hätten beschwichtigen lassen. Durch eine sehr heftige Polemik suchten die „*Représentants*“ ihre Rechte zu erkämpfen.

Zu der Partei der „*Représentants*“ gehörte, wenn auch nicht als einer ihrer Führer, De Lolme, der sich, wie viele andere, durch anonyme Schriften an den Streitigkeiten beteiligte. Auch ihn hatte Rousseau<sup>3</sup> in seinen Bann gezogen, vor allem war er über die jenem widerfahrene unrechtmäßige Behandlung empört. Er verteidigte laut seine Ansicht über diesen Fall erstmalig in der Flugschrift: „*Les Princes manqués. Lettre d'un Citoyen à J. J. Rousseau, du 29 Mars 1765*“. Diese

---

2. *Lettres écrites de la Montagne; oeuvres complets* Bd. 2, S. 389—539. Ende November und Anfang Dezember 1764.

3. Einen anderen De Lolme finden wir im nächsten Freundeskreis Rousseaus; dieser besorgte die Vermittlung zwischen Rousseau und seinem Verleger Rey in Amsterdam wegen der Veröffentlichung des „*Lettre à l'archevêque de Paris*“; s. *Correspondance Générale*, Bd. IX, Paris 1928, Brief vom 19. I. 63, Rey an Rousseau, 29. I. 63, Rousseau an Rey (2 Briefe) 5. II. 63, Rousseau an Rey, 11. II. 63, Rey an Rousseau, 22. II. 63, Rey an Rousseau, 7. III. 63 u. 8. III. 63 Rey an Rousseau.

Schrift ist vom Anfang bis zum Ende eine Hymne auf Rousseau, der besonders durch seine Darlegung der verfassungsrechtlichen Probleme seine Begeisterung hervorgerufen hatte. De Lolme meint, daß die Regierung sich heute anders gegenüber Rousseau und seinen Schriften verhalten würde als vor zwei Jahren. Denn der Rat der 200 wäre schon auf Seiten der „Représentants“ und wenn diejenigen, die die Regierung in Händen hätten, versöhnlicher gestimmt wären, so hätte man sich schon längst einigen können. De Lolme greift vor allem den Generalprokurator Tronchin (den Verfasser der „Lettres de la Campagne“) an, allerdings nicht mit Nennung des Namens, aber trotzdem in einer Form, die sogar bei seinen eigenen Parteifreunden Anstoß erregte. Diese selbst sorgten dafür, daß die Schrift nicht weiter verbreitet wurde. Aber auch von Seiten der Regierung wurde dagegen vorgegangen. Da jedoch Tronchin selbst auf eine Untersuchung und Anklage keinen Wert legte, so wurde die weitere Verbreitung dieser Schrift — wie es auch sonst zu geschehen pflegte — verboten<sup>4</sup>.

Unter den anonymen Schriften, die im Jahre 1767 erschienen sind, findet sich eine „Questions d'un citoyen représentant adressées à Mr. l'avocat...Genève le 18 Nov.“, deren Verfasser man nicht mit Bestimmtheit angeben kann, die aber einem „jüngeren Advokaten De Lolme“ zugeschrieben wird<sup>5</sup>. Allerdings weicht sie in Stil, Aufbau und Form von den sonstigen Schriften De Lolmes offensichtlich ab, so daß sie aller Wahrscheinlichkeit nicht von ihm stammt. Ganz bestimmt weiß man aber, daß die zeitlich nächste Schrift „Purification des trois points de droits souillés par un anonyme, ou Réponse à l'examen des trois points de droits traités dans les Mémoires des Représentants du 19 Mai et 16 Octobre 1767“ von De Lolme selbst verfaßt wurde, da sie mit den Anfangsbuchstaben seines Namens unterzeichnet ist. Es ist dies, wie

---

4. s. Extrait des registres du Conseil 16. November 1765. Genfer Staatsarchiv. Ebenso Haller, Statistik der schweiz. Gesch., Bd. VI, Nr. 421; ebenso Mémoires et documents publiés par la Société d'histoire et d'archéologie de Genève, 1897 Nr. 820.

5. s. Ausgabe der Schriften im Staatsarchiv zu Genf.



schon der Titel zeigt, eine Entgegnung auf eine früher erschienene Streitschrift der Gegenpartei. Sie geht im einzelnen auf die Rechte und Befugnisse des Conseil général ein, über die sich die Öffentlichkeit bis dahin noch nicht genügend im klaren war. Beide Parteien stritten um das Ausmaß seiner Kompetenz und suchten sie teils einzuengen, teils zu erweitern. Für die spätere Beurteilung De Lolmes ist diese Schrift insofern von einiger Wichtigkeit, als aus ihr hervorgeht, daß er nicht nur ein guter Jurist war, sondern sich schon damals mit anderen Gebieten der Wissenschaft näher beschäftigte. Er besaß nicht allein eine genaue Kenntnis der Rousseauschen Schriften, auch Montesquieus Werke kannte er damals schon ganz. Ebenso hatte er den „Principe“ von Macchiavelli und den „Antimachiavell“ Friedrichs d. Gr. genau studiert und zog diese Werke zur stärkeren Beweiskraft seiner Behauptungen immer wieder heran. Im ganzen aber ist diese Streitschrift weit-schweifig und uninteressant, sie geht zu sehr auf die lokalen und damals aktuellen Fragen der Stadt ein. Nur selten gibt De Lolme genauere Formulierungen, so wenn er das augenblickliche Ziel der „Représentants“ feststellt. „C'est que la Garantie<sup>6</sup> ne peut être invoquée que pour maintenir l'exécution des Lois ... que les Citoyens ne se sont rendus coupables d'aucune violation et que le M. Conseil n'en a articulé aucune<sup>7</sup>“. Oder an einer anderen Stelle, wo er die Aufrechterhaltung und Hochachtung der Gesetze, er ein Advokat und Notar, um alles in der Welt verteidigt: „Je ne me lasse point de vous répéter, Mr., dans un Etat Souverain et indépendant, la Loi, la Loi seule, est la vérité ... Tous les articles contenus au présent règlement ne pourront être susceptibles d'aucun changement qu'il puisse être que du consentement du Conseil Général<sup>8</sup>“. Eine Trennung von Legislative und Exekutive bestand in der Genfer Verfassung nicht; trotzdem spricht De Lolme von ihr, allerdings noch nicht im Sinne Montesquieus, noch nicht in der Art, wie er sie später in seinem Buch über die englische Verfassung entwickelte. Die

---

6. Die Verf. Genfs von 1738 stand unter dem Schutze und der Garantie dreier auswärtiger Mächte: Frankreich, Bern u. Zürich.

7. s. ebda. S. 17.

8. s. S. 22.

höchste Autorität, der Souverain, war in Genf der Conseil Général, das ganze Volk und diesem stand auch die letzte Entscheidung zu. Der allzuheftige und ausfallende Ton in dieser Schrift wurde von der Regierung sehr schlecht vermerkt, und wenn auch De Lolme kein förmlicher Prozeß gemacht wurde, so legte man ihm doch nahe, seine Vaterstadt bis auf weiteres zu meiden. Einige Zeit darauf verließ De Lolme Genf, um sich in London niederzulassen. Seinen Beruf übte er noch bestimmt bis zum 21. April 1768 aus, denn bis dahin gehen seine Notariatsakten<sup>9</sup>. Um die Ansprüche seiner Partei zu verteidigen, ergriff er nochmals die Feder. Nachdem eine Einigung durch die Garantiemächte nicht herbeigeführt werden konnte — ihr Vorschlag wurde mit einer überaus großen Mehrheit des Conseil Général abgelehnt — versuchte die Regierung selbst eine Ausgleichsformel zu finden. Sie schlug eine repräsentative Verfassung vor, so wie sie in England verwirklicht war, ohne die monarchische Spitze. Aber De Lolme war damals noch gegen dieses Verfassungssystem, er stand noch zu sehr unter dem Einfluß Rousseaus. Zu diesem Vorschlag, der für ihn unannehmbar war, äußerte er sich in einer Schrift: „*Reflexions politiques et critiques par un Citoyen Représentant, sur le projet d'arrangement, 25 janvier, 1768*“<sup>10</sup>. Darin verlangte er die unbedingte Souveränität des Volkes. Wenn die Freiheit dem Menschen natürlich ist, so sind es die Gesetze noch viel mehr, zumal man sie erkämpfen mußte. Ein Volk, das das Joch der Tyrannei von sich abgeschüttelt hat, besteht noch hartnäckiger auf seiner Freiheit, da es sie erst erhalten hat und lange genug das schwere Gewicht der Unterdrückung fühlen mußte. Aus solchen Revolutionen, wie die jetzige, können drei Arten von Regierungen entstehen; entweder eine aristokratische, die am wenigstens verhaßt ist, oder eine oligarchische, oder gar die Herrschaft eines Einzelnen, die beide eine Schande für eine Republik sind. Eine vierte Regierungsform ist ohne Zweifel die beste von allen, der „*Magistrat Puissant fit observer et exercer les Lois, mais qu'il ne*

---

9. s. Minutes du Jean Louis Delorme, le jeune, Genfer Staatsarchiv.

10. s. Mémoires et documents ... Nr. 1069. D'Ivernois, Tableau historique et politique des Révolutions de Genève 1782, S. 174 ff.

pût jamais le devenir assez, pour que sa volonté pût agir à la place de ses devoirs<sup>11</sup>“. Der Souverain, das Volk besitzt die Macht und der Magistrat soll der erste Diener dieses Souverains sein. Da aber diese Souveränität des Volkes in diesem Einigungsvorschlag nicht genügend gewährleistet ist — De Lolme geht in dieser Schrift in bezug auf die Volkssouveränität noch über die Theorien Rousseaus hinaus — so hofft er, daß ihn der Conseil général nicht anerkennen werde. „Citoyens, l'Europe entière a les yeux sur nous. Nous avons commencé une grande carrière, il faut la fournir; jusqu'ici nous n'avons fait qu'annoncer des vertus, il est temps de les montrer<sup>12</sup>“.

Hier sei noch eine anonym erschienene Schrift erwähnt, deren Verfasser De Lolme sein dürfte. Doch soll damit nicht die Frage, wer der wirkliche Verfasser ist, endgültig entschieden werden. In der Ausgabe der „Correspondance Générale de J. J. Rousseau<sup>13</sup>“ ist eine Schrift „Lettre à un ami; traduite de l'anglais, le 20 Juni 1767“ vollständig abgedruckt. Der Verfasser ist unbekannt, die Schrift wird aber zwei Personen mutmaßlich zugeschrieben: Rousseau und De Lolme. Der jetzige Herausgeber der Briefe Rousseaus, P. P. Plan, deutet schon dadurch, daß er den fraglichen Brief an dieser Stelle — allerdings nur im Anhang — wiedergibt, an, daß man nach seiner Ansicht Rousseau als Verfasser annehmen kann. Durch seine Veröffentlichung ist die Frage nach dem Verfasser von neuem aufgeworfen worden. Im „Journal de Genève“ vom 17. Mai 1932 wird dieses Problem eingehender behandelt und zwar in dem Artikel „Devine si tu peux ...“, unterzeichnet P. C. (Paul Chaponnière). Auch dieser entscheidet sich nicht direkt für Rousseau, aber durch Stilvergleichung (so z. B. vergleicht er eine Stelle dieses Briefes mit einer Stelle aus dem „Lettre à D'Alembert“) will er zeigen, daß Rousseau wahrscheinlich der Verfasser ist. Aber hatte Rousseau sich nicht fest vorgenommen, nie mehr in die Angelegenheiten Genfs einzugreifen oder in einer Schrift Stellung dazu zu nehmen! Alle Anhänger

---

11. S. 4 ff.

12. siehe Schluß.

13. Correspondance Générale de J. J. Rousseau, collationée sur les originaux annotée et commentée par Théophile Dufour Paris 1932, Bd. XVII.

Rousseaus, die „Représentants“ besonders, versuchten seinen Stil und Ausdrucksweise nachzuahmen. Und sollte das De Lolme, der eines der begabtesten Mitglieder der Partei war, nicht besonders gut gelingen? Ein Zeitgenosse von beiden, Jean Cramer, der über die Ereignisse seiner Vaterstadt genau Tagebuch führte, und über die politischen Vorgänge Genfs immer im Bild war, schrieb in seinem Tagebuch, „Le Journal de Jean Cramer“ unter dem 9. Aug. 1767, daß man diesen Brief dem Advokaten De Lolme zuschreibe. Man glaubte also damals allgemein, insbesondere bei der Regierungspartei, daß der Verfasser De Lolme wäre. Das Schicksal des Briefes war, wie das vieler dieser Schriften, daß er von der Regierung verboten und vor dem Rathaus verbrannt wurde. Denn es war streng untersagt, ohne behördliche Erlaubnis irgendetwas, was die Angelegenheiten Genfs anging, zu veröffentlichen. „L’avis a été de comdamner le dit libelle a être lacéré et brûlé par l’exécuteur de la haute Justice devant la porte de l’Hôtel de ville, comme un libelle téméraire, tendant à entretenir et à augmenter le trouble dans l’Etat, injurieux, calomnieux et outrageant envers le Conseil, offensant les Hautes Puissances Garantes de la manière la plus audacieuse et la plus criminelle<sup>14</sup>“. G. E. Haller schreibt ohne irgendeine Begründung diese Schrift einem Wallenser Geistlichen zu<sup>15</sup>. Doch das ist sicher, daß ein Genfer, der mit den lokalen Verhältnissen aufs engste vertraut war, diese Schrift verfaßt haben muß.

---

14. Extrait des Registres du Conseil, 8. Aug. 1767. Genfer Staatsarchiv.

15. Bibliothek der schweiz. Gesch., Bd. II, S. 567.



### III.

#### Die Verfassung von England<sup>1</sup>.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren die individualistischen Ideen der Aufklärung, die sich anfänglich nur schwer gegen die herrschende absolutistische Richtung durchsetzen konnten, Allgemeingut der Gebildeten, besonders in Frankreich geworden. Mit der Vernunft begründete man nicht nur die religiöse Freiheit und die Freiheit der Persönlichkeit, die Vernunft gewährte auch dem Volk Freiheit und Selbstbestimmung gegenüber dem absoluten Herrscher. Alle freiheitlichen Gedanken der Aufklärung aber glaubte man am besten gesichert durch eine konstitutionelle Verfassung, die dem Volk nicht nur seine politische Freiheit gegenüber dem Fürsten sicherte, sondern dem einzelnen Bürger auch genügend Schutz bot gegen die bisher herrschende Willkür der Staatsorgane. Die Grundzüge einer solchen Verfassung waren wohl theoretisch schon festgelegt worden, z. B. bei Montesquieu und Rousseau. Diese beiden Denker hatten den Boden gelockert, auf dem der Gedanke einer freiheitlichen Verfassung sich entwickeln konnte, Rousseau besonders als Verkünder des Grundsatzes der Volkssouveränität und Montesquieu als der Franzose, der zum ersten Mal seine Landsleute auf England als das Land der Freiheit hinwies.

Langsam fanden die politischen Gedanken der Aufklärung Zugang bei den leitenden Staatsmännern, und schon in den 80er Jahren spüren wir in der Verfassung der amerikanischen

---

1. *La Constitution de l'Angleterre, ou Etat du gouvernement Anglais comparé avec la forme républicaine et avec les autres Monarchies de l'Europe*, Amsterdam, 1771.

Kolonien, die sich vom Mutterland lösten, den Einfluß dieser französischen Denker. Immer mehr gewöhnte man sich daran, in der englischen Verfassung eine glückliche Verwirklichung der staats-theoretischen Ideale der Aufklärung zu sehen. Seit dem Buche von Montesquieu, „De l'Esprit des Lois“ (1749), wurde die englische Verfassung zum eigentlichen Vorbild des neuen Staatsideals. Aber wie richtig auch heute die epochale Bedeutung von Montesquieu für die ganze spätere Entwicklung der Staatstheorien erkannt wird, für seine Zeit hatte er bei weitem nicht den Einfluß, der ihm jetzt zugeschrieben wird. Er wandte sich in erster Linie an einen kleinen Kreis der Gebildeten. Einen viel größeren und weiteren Einfluß dagegen übte damals das Buch von De Lolme aus, das heute fast vergessen ist.

Obwohl De Lolme durchaus von Montesquieu ausgeht und in dessen Geist die englische Verfassung darstellt, hatte er für seine Zeit eine größere Wirkung, da seine Darstellung der englischen Verfassungszustände weit ausführlicher und teilweise auch verständlicher ist als die Montesquieus. Von den Zeitgenossen wurde die „Constitution de l'Angleterre“ mehr gelesen und beachtet als das Kapitel, das Montesquieu in seinem „Esprit des Lois“ der englischen Verfassung widmete. De Lolmes Einfluß blieb, was das wichtigste ist, nicht nur auf Frankreich beschränkt, sondern aus seinem Buch haben selbst die Liberalen Deutschlands ihre Kenntnisse über England und ihre Vorliebe für die englische Verfassung gewonnen. So ist eine genauere Analyse des Werkes von De Lolme wohl am Platze.

1771 erschien das Buch in französischer Sprache in Holland. Der Zeitpunkt war günstig gewählt, denn der Konflikt des englischen Mutterlands mit seinen amerikanischen Kolonien war damals schon weit vorgeschritten. Ein Werk, das unverhüllt die Überzeugung aussprach, daß die beste Freiheit eines Volkes mit der monarchischen Staatsform verknüpft und in England glücklich verwirklicht sei, kam den Engländern sehr gelegen. Der allgemeine Wunsch ging dahin, das Buch in englischer Sprache erscheinen zu lassen, und so entschloß sich der Verfasser, es nochmals zu überarbeiten. Nach Überwindung vieler

Schwierigkeiten, — trotz der günstigen Aufnahme des Buches, war der finanzielle Erfolg für De Lolme sehr gering<sup>2</sup>, — erschien die englische Ausgabe im Jahre 1775<sup>3</sup>. Schon im nächsten Jahre kam eine deutsche Übersetzung heraus, ein neues Zeichen dafür, wie das Buch von De Lolme in ganz Europa Interesse erweckte.

In der Einleitung zu seinem Werk äußerte sich De Lolme über die Beweggründe, die ihn zur Abfassung des Buches veranlaßten: Immer mehr, meint er, hat sich der Geist der Philosophie und der Kritik eines Gebietes bemächtigt, das noch zur Zeit eines Ludwigs XIV. außerhalb jeder Diskussion stand, nämlich der Verfassung und Gesetzgebung der Gesellschaft. So kam er auf den Gedanken, die Öffentlichkeit mit den Grundsätzen einer Verfassung vertraut zu machen, „die als Muster der Völlendung gepriesen und gleichwohl ihren Bewunderern bis jetzt nur noch wenig bekannt ist<sup>4</sup>“. Auch ohne selbst Engländer zu sein, kann man — sagt De Lolme — die englische Verfassung wahrheitsgetreu schildern, denn es kommt nicht darauf an, die inneren Umstände und die praktische Auswirkung einer Verfassung zu erkennen, sondern allein darauf, ihren Sinn und ihr Prinzip zu erfassen. Ja, ein Fremder wird die Vorzüge der englischen Verfassung vorurteilsloser und klarer beurteilen können als derjenige, der in ihrem Geist aufgewachsen ist, und dadurch wird er viel leichter in das eigentliche Grundprinzip dieser Regierung vordringen.

De Lolme teilt sein Werk in zwei Bücher. Im ersten Buch will er eine Übersicht geben über die verschiedenen Gewalten,

---

2. Eine Suskription hatte auch nicht den erwünschten Erfolg.

3. Die Übersetzung wurde zuerst De Lolme selbst zugeschrieben. Jedoch hat Bacon Maseres, ein guter Bekannter De Lolmes, die Übersetzung besorgt, wenn auch unter Mitarbeit De Lolmes. Das Buch erschien 1781 beträchtlich vermehrt, und 1784 in der 4. Ausgabe, ebenfalls mit bedeutenden Zusätzen, in seiner endgültigen Form König Georg III. gewidmet. Kapitel 11 u. 12 des I. Buches und 15, 16, 17, 19 u. 20 des II. Buches sind in diesen späteren Ausgaben hinzugefügt worden.

4. S. 4 der deutschen Ausgabe der „Constitution de l'Angleterre“, die 1819 von Dahlmann eingeleitet herauskam. Wir zitieren im folgenden immer diese Ausgabe, nachdem der Text mit dem französischen Original genau verglichen wurde.

die in der englischen Staatsverfassung begründet liegen, und über die englische Gerichtsbarkeit. Im zweiten Buch sucht er die Besonderheiten und Vorzüge der englischen Verfassung zum Unterschied von anderen Verfassungen hervorzuheben, die er durch praktische Beispiele noch besonders herauszustellen sucht.

Zunächst gibt De Lolme eine kurze historische Darstellung der englischen Verfassungsentwicklung, so wie er sie auffaßt: durch die normannische Eroberung im Jahre 1066 wird für ihn der eigentliche englische Staat erst begründet. Wilhelm der Eroberer bringt das Lehnswesen nach England und legt damit den Grund zur englischen Staatsverfassung<sup>5</sup>. Aber schon hier offenbart sich der Unterschied zwischen England und den Staaten auf dem Kontinent, der für die ganze spätere Entwicklung des englischen Staates so bedeutungsvoll werden sollte. In England wird das Lehnswesen auf einmal und durch „die Gewalt der Waffen“ eingeführt, „die Errichtung der Lehnverfassung war eine unmittelbare und schnelle Folge der Eroberung“<sup>6</sup>. In Frankreich dagegen ist der Grundsatz der Erblichkeit der Lehen nicht von Anfang an da, sondern dringt erst allmählich durch.

Einen weiteren wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Ländern kann man darin erkennen, daß der neue englische König im Gegensatz zu den Herrschern auf dem Kontinent als durchaus unumschränkter Monarch auftritt, der nicht auf die Hilfe der Adeligen angewiesen ist, sondern, gestützt auf ein Söldnerheer, über Sieger und Besiegte, über Volk und Barone in gleicher Weise herrscht. In Frankreich besitzt, bei der Schwäche der Monarchie, der Adel zuviel Gewalt. So ist es zu erklären, daß hier das niedere Volk unter „dem Despotismus vieler unumschränkter Herren“ litt. Das französische Volk ist zersplittert, die Freiheit wird in diesem Land überall unterdrückt. Die Verschiedenheit der französischen Territorien, die erst langsam unter der Krone zu einem Staat zusammenwachsen, hindert eine gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Sicherung ihrer Vorrechte gegenüber dem Übergriff von Adel und Königtum. In England wird die Einheit gefördert durch den großen Umfang der Königlichen Macht und damit auch der Geist des Wider-

---

5. S. 10.

6. S. 15.



standes und der Schutz der Freiheit des Volkes. Die Notwendigkeit „dem königlichen Ansehen Schranken zu setzen“ verbindet in England Adel und Volk gegen den Despotismus der Krone. Alle Stände vereinigen sich zur gemeinsamen Verteidigung der gemeinsamen Privilegien<sup>7</sup>.

England ist nur ein einziger festgefügtter Staat und kennt nur einen Herrn, der, wenn er es wagt, despotisch aufzutreten, den allgemeinen Widerstand des gesamten Volkes finden wird. Das hat auch Johann ohne Land erfahren müssen, als er den Versuch machte, sich die Rechte des Volkes anzumaßen. Nirgends im ganzen Land fand er Unterstützung; so wurde er gezwungen, die Magna Charta zu bewilligen. Dieses Gesetz bildet einen „erstaunlichen Fortschritt zur Gründung der öffentlichen Freiheit“; denn in ihm sind die Rechte und Privilegien des englischen Staatsbürgers zum ersten Male unumstößlich niedergelegt. Die Magna Charta „wurde gleichsam ein allgemeines Banner, beständig aufgerichtet zur Vereinigung aller Klassen des Volkes“<sup>8</sup>. In den Kämpfen der folgenden Jahre zwischen König und Adel erhielt das Volk, das von beiden Parteien umworben wurde, immer mehr Vorrechte. Diese Entwicklung endete in der Hinzuziehung des Volkes zum Parlament, in der Schaffung des Unterhauses unter Eduard I., 1295. Wenn das Unterhaus zunächst auch nur eine beratende Stellung einnimmt, so hat doch das Volk eine gesetzliche Vertretung und bekommt dadurch Einfluß auf die Regierung<sup>9</sup>. Damit wird die Magna Charta erst ganz gesichert. Die Grundsätze der englischen Freiheit überdauern sowohl die Kämpfe mit Frankreich als auch die Wirren der Bürgerkriege, die unter Heinrich VI. zum Ausbruch kommen; selbst der Absolutismus Heinrichs VIII. kann sie nicht vernichten<sup>10</sup>. Demgegenüber wächst in Frankreich die Knechtschaft immer mehr, das französische Volk sinkt zurück

---

7. S. 22.

8. S. 28.

9. Die Bedeutung der neuen Volksvertretung zeigt sich schon unter Eduard I. darin, daß dieser Herrscher gesetzlich zugeben muß, keine neuen Steuern zu erheben, ohne vorher die Einwilligung des Ober- und Unterhauses einzuholen. S. 35.

10. S. 41.

und findet keinen Ausweg, sich zur Freiheit durchzuringen, das Königtum artet aus zur reinen Despotie<sup>11</sup>.

England war eben ein einheitliches Land und hatte nur ein Parlament, so daß der König nicht wie in Frankreich die Konkurrenz verschiedener Parlamente in seinem Staat ausnutzen konnte<sup>12</sup>. Dieses Parlament hielt außerdem immer mit Zähigkeit an seinem Vorrecht fest, die königlichen Subsidien zu bewilligen. Der Widerstand gegen die Stuarts, die ihre Unabhängigkeit gegenüber der Volksvertretung mehr und mehr zu befestigen suchten, war groß, und wurde noch dadurch verstärkt, daß Verteidigung der protestantischen Religion und Liebe zur Freiheit zusammenfielen. So hatte Karl I., der nicht die Grenzen seiner wirklichen Macht erkannte, den geschlossenen Widerstand des ganzen englischen Volkes gegen sich, und es blieb ihm nichts anderes übrig, als zunächst zurückzuweichen. (Petition of Rights.) Das Parlament schreckte selbst davor nicht zurück, den König anzuklagen und hinrichten zu lassen, als er aufs neue den Versuch machte, seine volle Souveränität zu gewinnen. Aber die Republik ist nicht die gegebene Staatsform, um die wirkliche Freiheit des Volkes zu wahren — nach der Meinung De Lolmes. Denn: „Die Autorität aller ist im Grunde nichts anderes als die Autorität einiger mächtiger Individuen, die die Republik unter sich verteilen“<sup>13</sup>. So stellten die Engländer schon bald die alte Monarchie wieder her, die dann endgültig — nach der darauffolgenden kurzen Dauer der Stuart'schen Herrschaft — in der glorreichen Revolution von 1688 neu befestigt wird. Damit ist der Grund zu einer dauerhaften bürgerlichen Ordnung gelegt, die dem englischen Volk auf immer seine Freiheit gesetzlich festlegt und sichert: die Entwicklung der Staatsverfassung Englands ist abgeschlossen.

In den folgenden Kapiteln gibt De Lolme eine Darstellung der englischen Verfassung in ihren einzelnen Teilen. „Die Grundlage der englischen Verfassung, der Hauptgrundsatz, auf welchem alle anderen beruhen, ist: dem Parlament allein kommt die Gesetzgebung zu, d. i. die Macht, Gesetze zu geben, abzu-

---

11. S. 37.

12. S. 42.

13. S. 50.

schaffen, zu verändern oder zu erklären“<sup>14</sup>. Die Engländer übernahmen nicht wie die anderen Völker Europas die Rechtsgewohnheit, daß der Wille des Herrschers auch Gesetz sei, sondern sie trennten die gesetzgebende Gewalt von der ausführenden aus der Überlegung heraus, daß die Gesetzgebung nicht willkürlich dem überlassen werden dürfe, der schon die öffentliche Autorität des Staates besitze.

Die gesetzgebende Gewalt liegt beim Parlament, das sich zusammensetzt aus König, Ober- und Unterhaus.

Das Unterhaus ist die eigentliche Vertretung des Volkes. Der Abgeordnete muß über ein jährliches Einkommen von festgesetzter Höhe verfügen. Wahlrecht aber hat nur die besitzende Klasse. Um die Freiheit der Wahl zu gewährleisten, sind im Gesetz gewisse Sicherungen eingeschaltet, die die Bestechung der Wähler unmöglich machen sollen<sup>15</sup>.

Das Oberhaus besteht aus der oberen Geistlichkeit und dem hohen Adel.

Der König ist „der dritte Zweig des Parlaments“<sup>16</sup>. Er allein kann die Volksvertretung zusammenberufen, auflösen oder vertagen. Er eröffnet die beiden Häuser, legt dem Parlament den Stand der öffentlichen Angelegenheiten dar und trägt ihm die Sorge für die Wahrung der Staatsinteressen auf.

Jedes der beiden Häuser hat das Vetorecht, und auch der König ist geschützt gegen Eingriffe in seine Rechte dadurch, daß er die Vorschläge beider Häuser verwerfen kann<sup>17</sup>. Alles ohne Ausnahme, was für das Gemeinwohl als dienlich erachtet wird, kann zum Gegenstand der Beratung gemacht werden. So können Ober- und Unterhaus neue Gesetze einbringen, bestehende verändern, gegen Mißbräuche in der Verwaltung vorgehen usw. Dabei hat das Unterhaus gegenüber dem Oberhaus das wichtige Vorrecht, daß es allein Änderungen in den Gesetzen zur Geldbewilligung beantragen kann. Das Oberhaus hat sie nur anzunehmen oder zu verwerfen. Jeder Gesetzesentwurf wird von beiden Häusern beraten, mit der Zustimmung des

---

14. S. 57.

15. S. 59.

16. S. 61.

17. S. 63.

Königs tritt dann das Gesetz in Kraft. Jedes Glied des Parlamentes kann wohl die Entstehung eines Gesetzes verhindern, aber es bedarf der Übereinstimmung aller drei, um ein vorhandenes Gesetz aufzuheben. Wenn das Parlament auch vertagt oder aufgelöst wird, die Gesetze bleiben trotzdem immer in Kraft; der König als vollziehende Gewalt hat die Pflicht und die Macht, über die Ausführung und Beachtung der Gesetze zu wachen. Der König ist wohl souverän, aber in seinem staatlichen Wirken ist er doch ganz an die Gesetze gebunden und muß sich an die gesetzlich festgelegten Richtlinien halten. Darüber hinaus aber hat er große Vorrechte. De Lolme erblickt sie vor allem in folgendem:

Auf dem Gebiete der Justiz gilt er als „Quelle aller gerichtlichen Gewalt im Staate“<sup>18</sup> und hat das Begnadigungsrecht. Die Richter sprechen nur in seinem Namen Recht, er ist der rechtliche Eigentümer des ganzen Staates.

Auf dem Gebiete der Verwaltung hat der König das Recht, alle Staatsämter zu besetzen und Titel und Würden zu verleihen. Er hat auch die Oberaufsicht über den Handel, über Maß- und Münzwesen; er ist Oberhaupt der Kirche und ernennt die Bischöfe.

Vor allem aber ist er kraft seiner Stellung Oberbefehlshaber über die gesamte See- und Landmacht. Er repräsentiert die Nation im Verkehr mit dem Ausland, er hat das Vorrecht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Seine königliche Würde und die Unverletzlichkeit seiner Person wird gesichert durch den rechtlich festgelegten Grundsatz: „Der König kann nicht Unrecht tun“<sup>19</sup>.

Diese Vorrechte, die beim ersten Anblick dem englischen Herrscher ein weites Maß von absoluter Souveränität zu geben scheinen, hält De Lolme durch die Verfassung selbst wieder weitgehendst eingeschränkt. Was nützen dem König seine großen Befugnisse, wenn er nicht die finanziellen Mittel hat, um sie durchzuführen? „Geld ist die große Triebfeder aller Dinge“, meint De Lolme<sup>20</sup>, aber nur durch den Willen des Parlaments

---

18. S. 66.

19. S. 68.

20. S. 69.



bekommt der König die notwendigen Steuern und Subsidien bewilligt. Ohne die Zustimmung des Volkes ist der König machtlos, denn er hat keine Einnahmen. Bei der jeweiligen Thronbesteigung werden dem neuen Regenten auf Lebenszeit jährliche Einkünfte zugesprochen, um ihm eine gewisse Unabhängigkeit zu gewährleisten. Mit dem Ende jeder Regierung ist auch diese Civilliste und folglich die Unabhängigkeit der Krone zu Ende. „Der Nachfolger findet einen Thron, ein Szepter und eine Krone vor, aber er findet keine Macht, ja selbst keine Würde dabei . . .“<sup>21</sup>, und bevor er von all dem wirklich Besitz ergreifen kann, hat es das Parlament in seiner Hand, den Zustand des Staates genau zu überprüfen und Mißbräuche auszumerzen. So ist auch dieses große Entgegenkommen des Parlaments gegenüber dem König nur ein neues Mittel, um die vollziehende Gewalt zu überwachen und sie bei Übergriffen sofort in ihre gesetzlichen Schranken zurückzuweisen. „Der König von England hat allerdings das Vorrecht, Armeen zu kommandieren und Flotten auszurüsten, aber ohne den Beistand des Parlamentes kann er sie nicht unterhalten . . .“<sup>22</sup>. Weiterhin hat er allein das Privileg, das Parlament einzuberufen, doch muß er es wenigstens einmal in drei Jahren tun. Der König ist Oberhaupt der Kirche, aber er vermag weder die eingeführte Religion zu ändern, noch einzelne Personen wegen ihrer religiösen Meinung zur Rechenschaft zu ziehen. Der König kann natürlich in keinerlei Rechtsverfahren eingreifen, denn die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt muß gegen alle Eingriffe unbedingt gewahrt bleiben.

Man sollte meinen, alle diese Einschränkungen der königlichen Gewalt müßten dem Parlament genügen. Aber das Mißtrauen gegen eine Regierung, die vielleicht die bewilligten Subsidien nicht nach dem Willen des Volkes verwenden könnte, hat für das englische Parlament noch ein weiteres Recht entstehen lassen. Der König ist zwar unverletzlich, und keiner seiner Untertanen darf ihn vor Gericht anklagen. Aber seine Minister kann die Volksvertretung zur Verantwortung ziehen,

---

21. S. 74.

22. S. 70.

und damit verlangt sie indirekt Rechenschaft vom König selbst, der ja nicht imstande ist ohne Minister zu herrschen. Eine Ministeranklage ist zugleich eine Anklage gegen die Staatsverwaltung, der König wird „in der Verdammung seiner Minister sein eigenes Urteil hören“<sup>23</sup>. Dieses Recht der Ministeranklage ist für das englische Volk der eigentliche Ausdruck des dem Staate innewohnenden, allgewaltigen und sich stets durchsetzenden Gerechtigkeitsprinzips.

Doch die politische Freiheit des Volkes wäre wertlos, wenn nicht die persönliche Freiheit des einzelnen Bürgers in der Verfassung eine Garantie fände<sup>24</sup>. Diese bürgerliche Freiheit drückt sich in den angestammten Rechten jedes Engländers aus: in dem Recht auf Eigentum, dem Recht der persönlichen Sicherheit und dem Recht der Freizügigkeit. Diese Rechte sind Grundrechte (Birth-rights) und nur ein den Gesetzen des Landes entsprechender Urteilsspruch vermag sie aufzuheben oder zu beschränken. Aus diesen Rechten ergibt sich als eine der wichtigsten Folgerungen, daß der König nicht über den Besitz seiner Untertanen ohne ihre Zustimmung verfügen kann. Die Engländer erfreuen sich einer weitgehenden persönlichen Freiheit; daran ist nicht zum wenigsten der Umstand mit Schuld, daß die Einführung des römischen Rechts in England von Anfang an großen Widerstand fand. Adel und Volk, selbst die Rechtsgelehrten, kämpften gegen seine Einführung, und dieses Festhalten an den englischen Gesetzen begünstigte natürlich noch die Entwicklung der englischen Freiheit<sup>25</sup>.

In England gibt es nur das „ungeschriebene oder gemeine Recht“ und die „Statuten“<sup>26</sup>. Das erstere ist ein Gewohnheitsrecht, das durch keinerlei Akt der Gesetzgebung entstand, während die Statuten eine Sammlung der Parlamentsbeschlüsse sind.

In den folgenden Kapiteln des ersten Buches behandelt De Lolme ausführlich das englische Rechtsverfahren, was wir, da es für unser Thema nichts Wesentliches enthält, rasch übergehen können. Erwähnenswert ist nur, was De Lolme über die

---

23. S. 89.

24. S. 93 ff.

25. S. 98.

26. S. 99.

Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt in England sagt. Keine Gewalt, führt er aus, kann der politischen und persönlichen Freiheit des Bürgers so gefährlich werden wie die richterliche. Denn keiner Macht im Staate muß der Bürger so viel von seiner Freiheit und persönlichen Sicherheit abtreten als dem Gericht. „Alle richterliche Macht ist ein Übel, obwohl ein notwendiges“<sup>27</sup>. Jedoch im Interesse der äußeren und inneren Sicherheit des Volkes ist die richterliche Gewalt notwendig. Darum müssen einige wenige Staatsbürger mit großer Machtbefugnis ausgestattet über ihre Mitbürger als Richter gesetzt sein. Die Freiheit des einzelnen und das Bewußtsein dieser Freiheit kann demgegenüber nur durch ganz besondere Vorsichtsmaßregeln gewahrt werden. Die richterliche Gewalt darf weder der Willkür der exekutiven Gewalt überlassen werden, noch darf man sie in die Hände der legislativen überantworten. Sie muß von beiden unabhängig bestehen, allein abhängig von den Gesetzen. Die Grenzen der richterlichen Gewalt müssen genau bestimmt, das Gerichtsverfahren muß öffentlich sein (Geschworenengerichte). Für die Sicherheit des Angeklagten gegenüber seinen Richtern ist möglichst Sorge zu tragen. Auch diese Forderungen glaubt De Lolme am besten in der englischen Verfassung erfüllt. Das englische Gerichtsverfahren hebt sich dadurch vorteilhaft gegenüber der in anderen Ländern geübten Rechtspraxis hervor. Nicht nur, daß die Tortur in England schon längst abgeschafft ist, hier sind auch die durchgreifendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen, um jeglichen Mißbrauch der Gesetze unmöglich zu machen. Schon eine willkürliche Verhaftung ist auf Grund der Habeas-Corpusakte, „die in England als eine zweite Magna Charta betrachtet wird“, unmöglich. Die englischen Gesetze flößen dem Bürger nicht Schrecken ein, sondern bestärken sein Gefühl völliger Freiheit und Unabhängigkeit und bieten einen neuen Beweis dafür, daß England wahrhaft das Land der Freiheit ist.

Im ersten Buch seines Werkes hat De Lolme dargestellt, wie die verschiedenen Zweige der englischen Regierung sich gegenseitig die Wage halten und wie ihre Zusammenarbeit die

---

27. S. 158.

durch die Verfassung garantierte Freiheit in die Wirklichkeit umgesetzt. Im zweiten Buch will er noch einmal im einzelnen behandeln, wodurch sich die Verfassung Englands von der anderer Länder besonders unterscheidet, und welche charakteristischen Vorteile in ihr hauptsächlich begründet liegen.

England wird nur von einem König regiert und hat nur eine Exekutive, deren Machtsphäre so groß ist, daß neben ihr andere Gewalten gar nicht aufkommen können. Diese Macht ist unveränderlich und verkörpert in einer Person, sie ist nicht willkürlich erworben, sondern im Gesetz festgelegt und entzieht sich außerdem fast aller Beeinflussung<sup>28</sup>. Die Exekutive ist unabhängig von der Volksvertretung, als fester Pol, der dem Staat Ordnung und Sicherheit verbürgt, liegt die Autorität beim König, unberührt von den Schwankungen der Volksstimmung. Keinen trägt sein Streben nach Macht im Staate, selbst wenn er von dem größten Ehrgeiz beseelt wäre, höher als bis ins Oberhaus, und gerade damit geht sein Einfluß, der vielleicht für den Staat hätte gefährlich werden können, unter in der Würde und dem Ansehen eines Mitglieds der Adelskammer<sup>29</sup>.

Eine weitere Besonderheit der englischen Verfassung erblickt De Lolme in dem Aufbau der Legislative. Nach seiner Ansicht ist es nämlich, um die Verfassung eines Staates zu festigen und den Gesetzen dauernde Wirksamkeit zu sichern, unerläßlich notwendig, der gesetzgebenden Gewalt Schranken zu setzen. Durch die Gesetze selbst ist keine Beschränkung möglich. Erst dadurch, daß sie geteilt ist, wird die Legislative wirklich in Schranken gehalten, da jedes Organ dem andern Einhalt gebieten kann. Somit ist es sehr wahrscheinlich, daß keine willkürliche Veränderung der Gesetze vorgenommen werden kann. Das Oberhaus ist dank seiner Würde und dem Ansehen seiner Mitglieder bestimmt, dem Unterhaus, das von dem Willen des Volkes getragen wird, das Gleichgewicht zu halten.

Das Recht der Initiative in der Gesetzgebung — und das ist ein weiterer Vorteil der englischen Verfassung — ruht ausschließlich beim Parlament, während in anderen Ländern

---

28. S. 185 ff.

29. S. 200 ff.



Gesetzesvorschläge meist von der Exekutive ausgehen<sup>30</sup>. Das Parlament ist nicht auf den König angewiesen, sondern wacht selbst über seine Gesetze. Die Krone hat keinen tätigen Anteil an der Gesetzgebung, und willkürliche Eingriffe sind somit ausgeschlossen.

Daß das Volk selbst nicht unmittelbar die plebiszitäre Macht ausübt, sondern sein Recht der Gesetzgebung seinen Vertretern, den Abgeordneten des Unterhauses übergeben hat, schließt für De Lolme keinen Verzicht auf die politische Freiheit in sich. Denn im Gegensatz zu Rousseau ist De Lolme nicht der Ansicht, daß in dem Staat, in dem das ganze Volk in öffentlicher Versammlung zusammentritt und die Gesetze berät, nur allein durch dieses Wirken der Volksversammlung schon die politische Freiheit gewahrt ist<sup>31</sup>. Im Gegenteil, wenn sich das Volk durch Abgeordnete vertreten läßt, ergeben sich daraus ganz gewichtige Vorteile, und die Freiheit ist sogar viel besser garantiert. Diese Vertreter haben nicht nur gegenüber der Exekutive größeres Ansehen und größeren Einfluß, sie können auch viel besser bei ihren Beratungen für die Interessen des Volkes eintreten, zumal da sie an strenge Formen gebunden sind, und ihre Beschlüsse erst nach mehrmaliger Abstimmung zustande kommen. Sie sind ganz den Gesetzen unterworfen und von jeglicher Teilnahme an der vollziehenden Gewalt ausgeschlossen. Ihr Wirken untersteht ständig der Kontrolle der Wähler und zwar besonders dadurch, daß in England völlige Preßfreiheit herrscht. Alle Klassen des englischen Volkes nehmen regen Anteil an den Interessen des Staates und wachen über die stetige Achtung ihrer Gesetze, die für den einzelnen der Ausdruck seiner persönlichen Freiheit sind<sup>32</sup>.

In diesen Gesetzen findet auch das letzte Hilfsmittel Rechtfertigung, das dem Volk allein noch bleibt, wenn der Fürst seine Verpflichtung gegenüber dem Staatsganzen nicht einhält und den Vertrag mit seinem Volk bricht. Es ist das Widerstandsrecht. „Wozu nähme denn das Volk seine Zuflucht, wenn der Fürst sich plötzlich von allem Zwange lossagte und

---

30. S. 217 ff.

31. S. 228 ff.

32. S. 260 ff.

sich gleichsam über die Verfassung hinwegsetzte, wenn er weder die Person und das Eigentum seiner Untertanen länger achtete noch seiner Verträge mit dem Parlament gedächte, oder dieses gar zu zwingen suchte, blindlings sich seinem Willen zu unterwerfen? — Zum Widerstand“<sup>33</sup>. Von diesem Recht haben die Engländer schon öfters Gebrauch gemacht, um ihre bedrohte Freiheit zu behaupten. Zum ersten Male wurde dieses Widerstandsrecht gesetzlich anerkannt bei der Thronentsetzung Jakobs II. Damals wurde öffentlich verkündet: „Da der König Jakob II. die Verfassung des Königreichs umzustößen getrachtet, den Originalvertrag zwischen König und Volk gebrochen, so habe er der Regierung entsagt und folglich sei der Thron erledigt . . .“<sup>34</sup>. Allerdings ist der offene Widerstand gegen die Staatsgewalt das äußerste Mittel, das die Bürger zur Wahrung ihrer Rechte haben, und De Lolme verspricht sich gerade von einem maßvollen Gebrauch dieses Rechts die größte Wirkung. Denn nach seiner Meinung besteht der Anteil des Volkes an der Regierung mehr darin, „daß es imstande ist zu handeln, und nicht daß es handelt“<sup>35</sup>.

De Lolme bemüht sich sehr, den Leser wirklich von den großen Vorzügen zu überzeugen, die er in der englischen Verfassung enthalten glaubt. So geht er daran, in den letzten Kapiteln seines Buches (hinzugefügt in der dritten und vierten Ausgabe) an Hand der englischen Verfassungsgeschichte noch einmal die Tatsachen herauszustellen, die nach seiner Ansicht sich immer wieder in der Verfassungsentwicklung Englands ergeben haben, die nur in den Verfassungsverhältnissen begründet sein können, und dem englischen Volk wirklich die Freiheit geben, die in den anderen Staaten nur als Wunschgebilde besteht.

De Lolme meint die Besonderheit und die Vorteile der englischen Verfassung vor allem darin zu erkennen: Jede Revolution endete in England nicht damit, daß die Macht einiger weniger vergrößert wurde, sondern immer im Interesse des gesamten

---

33. S. 291 f.

34. S. 293.

35. S. 300.

Volkes<sup>36</sup>. Weiterhin ist England wohl das einzige Land, in dem der „Geist der unparteilichen Gerechtigkeit“ sowohl in den Gesetzen besteht, wie auch im Leben tatsächlich zum Ausdruck kommt. Jeder Bürger ist nicht nur gesetzlich gegen die Willkür anderer aufs beste geschützt, sondern er findet auch wirkliche Hilfe bei den Gerichten. In keinem Land ist auch die Macht des Königs von einer so großen, fast „geheimnisvollen Stärke“, wie in England. Die Monarchie bedarf hier keines stehenden Heeres für ihre Herrschaft, ihre Macht ist von innen heraus durch die Gesetze gefestigt. „Vom Volk erhält sie die Macht, wodurch sie das Volk beherrscht. Ihre Hilfsmittel sind die Macht des Gesetzes und nicht Zwang, freie Bewegung und nicht Furcht ...<sup>37</sup>“.

Eine Verfassung wie die englische, die sich so wesentlich von denen anderer Länder unterscheidet, kann nicht auf Grund allgemeiner Grundsätze beurteilt werden, wie es z. B. Montesquieu tut<sup>38</sup>. De Lolme ist des festen Glaubens, daß die englische Verfassung nicht den Keim der Zersetzung in sich trage, sondern daß sie sich immer wieder von innen heraus weiterbilde. Sie wird erst dann untergehen, wenn die Trennung ihrer Gewalten aufhört. Auch in der englischen Regierung wird man Mißbräuche finden, aber ebenso immer das Bestreben, nur für das beste des Volkes zu sorgen. Die englische Verfassung bewahrt dem Volk das „heilige Feuer“ der Freiheit, in England hat die Freiheit endlich „ihr Wesen und ihre wahren Grundlagen offenbart und sich eine Freistatt verschafft<sup>39</sup>“.

De Lolmes Darstellungsweise, sein Stil und seine Beweisführung verblüffen den Leser zuerst vollständig so daß man der festen Meinung ist, eine richtige und fehlerlose Darstellung der englischen Verfassung vor sich zu haben. Aber bei näherer Untersuchung merkt man, daß es ihm mehr darauf ankam, die Vorteile als die Übelstände dieser Verfassung seinem Leserkreis vor Augen zu führen. So sehr ging er in der Bewunderung der

---

36. S. 301.

37. S. 430.

38. S. 431 ff.

39. S. 490.

englischen Zustände auf, daß ihm die gleichen Fehler unterliefen wie schon Montesquieu, daß er jedoch die Schwächen und Nachteile keineswegs erkannte. Schon das aus Ovid genommene Motto des Buches „ponderibus librata suis“ erklärt den Gesichtspunkt, wie De Lolme an die englische Verfassung herantritt, oder mit seinen eigenen Worten: „Wer die Ursachen erforschen will, welche das Gleichgewicht eines Staates bewirken, tut gut, dabei von dem ganzen Apparat von Flotten, Armeen, Außenhandel, weiten und fernen Besitzungen abzusehen, mit einem Wort von all den großen Dingen, welche die Oberfläche einer mächtigen Gesellschaft stark verändern, welche aber keinen Einfluß auf ihr wesentliches Prinzip haben<sup>40</sup>“. Immer richtet er seinen Blick auf die strukturelle Gliederung des Staates. Um über eine Regierung urteilen zu können, braucht man nicht die Männer kennen, die sie bilden, nicht ihre Weltanschauung und soziale Stellung, sondern einfach den Verwaltungsmechanismus, der ihnen zur Verfügung steht. De Lolme bewundert an der englischen Verfassung die Klarheit des Baues, die vollkommene Übersehbarkeit und Ausgeglichenheit ihrer Teile und das mechanische Gleichgewicht aller in ihr enthaltenen Kräfte, deren Größe und Richtung er sämtlich mit den Maßstäben der rationalen Wissenschaft festgestellt zu haben glaubt. Die einzelnen Gewalten scheinen ihm im englischen Staat so wundervoll verteilt, daß hier sogar die sonst nicht zu vermeidenden Nachteile einer freiheitlichen Verfassung fehlen, und der Mensch wirklich in den vollen Genuß der Freiheit kommt. Dieser ideale Zustand ist nach De Lolmes Ansicht das Ergebnis eines selten glücklichen Zusammenwirkens geschichtlicher Umstände während sechs Jahrhunderten und einer Entwicklung, die von Anfang an erleichtert und gefördert wurde durch eine vorteilhafte geographische Lage. So habe die Freiheit in der Welt hier endlich einen Tempel und ein dauerndes Asyl gefunden<sup>41</sup>.

Die Besonderheit und Eigentümlichkeit der englischen Verfassung als den eigentlichen Urgrund der großen politischen Freiheit, deren sich die Engländer erfreuen, dem Leser vor Augen zu führen, war seine Absicht und in seiner weiteren Darstellung

---

40. S. 5.

41. s. Schluß.



fand er einige wesentliche Grundzüge dieser Idealverfassung, die er nicht müde wurde, immer wieder zu betonen und hervorzuheben. Es war das vor allem der Gedanke, daß England die Einigkeit und Einheitlichkeit seines Staates und Volkes seinem starken Königtum zu verdanken habe.

Für De Lolme liegt die Einheit der Exekutive ganz bei der Krone. Der englische König erscheint bei ihm als machtvoller, konstitutioneller Fürst im vollen Glanz seiner Autorität und Prärogative. Er verfügt frei über die Exekutive, ohne im geringsten durch das Parlament beeinträchtigt zu sein. Daß zu Zeiten Georgs II. (1727—1760) die parlamentarischen Führer die Exekutive schon Jahrzehntelang in Händen hatten, übersieht er vollständig. Überhaupt hat er für die besondere Stellung des Unterhauses als Mittelpunkt des Staatslebens und als politisches Forum der Nation keinen Blick. Er betrachtet es nur als das, was es dem formalen Recht nach im Staate war, einen der Teile der gesetzgebenden Gewalt. Ebenso hätte ihm das System der Kabinettsregierung nicht entgehen dürfen. Vom Ministerrat, dem cabinet council, das sich schon damals gebildet hatte, redet er gar nicht. Nach ihm ernennt der König seine Minister nach Belieben als privy councillors. Und doch lag darin, daß das Ministerium gewissermaßen ein Ausschuß des Parlamentes oder besser der in demselben herrschenden Partei war, das Charakteristische der englischen Regierungsweise. Gerade hier waren Exekutive und Gesetzgebung miteinander eng verschmolzen, ebenso wie Verwaltung und Rechtspflege, wenigstens in den unteren Instanzen, nicht getrennt waren. Das Parteiwesen als politischen Faktor erkennt er überhaupt nicht an. Über diesen Punkt geht er schnell hinweg; die Scheidung der Parteien in Whigs und Tories erscheint ihm unnütz und bedeutungslos. Im übrigen meint er „kann niemand eine leidliche Definition davon geben<sup>42</sup>“.

Die Teilung der Legislative bedeutet für De Lolme den zweiten Vorzug der englischen Verfassung. Auf seine Darstellung des Ober- und Unterhauses gehen alle späteren Lobpreisungen des englischen Zweikammersystem zurück. Von der

---

42. S. XXX.

Tätigkeit der beiden Häuser hat De Lolme eine ideale Auffassung. Alles wird zwischen ihnen beim Kampf der verschiedenen Meinungen „im Gebiet des Verstandes verhandelt“. Aber das Wunderbare ist, daß der Streit der beiden Häuser sich legt, sobald es sich um das gemeinsame Wohl des Staates handelt, da jedes gleichermaßen mit dem Schicksal des Landes und Staates verwoben ist.

Der dritte große Grundpfeiler der englischen Verfassung ist nach De Lolme die parlamentarische Initiative, das Recht des Parlaments, Gesetze selbst vorzulegen und besonders in Steuersachen das entscheidende Wort zu sprechen. Das englische Parlament braucht nicht zu warten bis der König ihm einen Vorschlag unterbreitet. Aus eigener Initiative geht es daran, die Staatsverwaltung zu überprüfen und für die Staatsinteressen Sorge zu tragen. „Bei Eröffnung einer jeden Sitzung nimmt es selbst das große Buch des Staates in die Hand, schlägt alle Seiten desselben auf und untersucht jede Stelle“<sup>43</sup>. Daß das Unterhaus ganz und gar nicht dem Willen des Volkes entsprach, und die unmögliche Art, wie die Wahlen stattfanden, hat De Lolme überhaupt nicht näher prüfen wollen. Die ungeheure Korruption, durch die jede Wahl in England beeinflußt wurde, fiel jedem Außenstehenden auf; und im Parlament selbst wurden Versuche gemacht, diesem Übel abzuhelpen. Auch die allzu offensichtlichen Bestechungen, die im Parlament vorkamen, um dem herrschenden Ministerium die nötige Majorität zu sichern, und allgemein Anstoß erregten, erwähnt De Lolme nicht.

Was De Lolmes Erstaunen immer wieder erregt, und was er als den für den englischen Staatscharakter ausschlaggebenden Wesenszug hervorhebt, das ist die machtvolle und unerschütterliche Stellung des englischen Königs. Hierin glaubt er den Hauptunterschied zwischen der englischen Staatsverfassung und den Regierungen anderer Länder Europas gefunden zu haben. De Lolme wird nicht müde, immer wieder diese eigentümliche Macht und Festigkeit der englischen Krone, die Einheit und Geschlossenheit der vollziehenden Gewalt, zu betonen, worin nach seiner Ansicht der Grund für die ungeheuren Vorteile der eng-

---

43. S. 222.

lischen Verfassung zu suchen ist. Der englische König ist zu seinem Schutz nicht auf das zweifelhafte Mittel eines stehenden Heeres angewiesen. Fest und unverrückbar steht sein Thron, gestützt durch die Garantien einer guten Verfassung, die in sich selbst ihr Gleichgewicht trägt. Die persönliche Freiheit der Engländer, die Preßfreiheit, die beharrliche und treue Pflichterfüllung des Parlaments gegenüber dem englischen Volk, die Unparteilichkeit und Selbständigkeit des Rechtswesens — alles die logische Folge der Festigkeit der königlichen Stellung. Nur wenn sie erschüttert wird, droht der englischen Verfassung Gefahr.

Von einer Darstellung des Verwaltungsrechts und eigentlich überhaupt aller juristischen Einzelheiten ist fast gar nicht die Rede, so daß De Lolme die vielfach verbreitete Ansicht zu verantworten hat, daß das englische Staatsrecht lediglich aus einigen allgemeinen rechtsphilosophischen Sätzen bestehe. Seine Darstellung des Verfassungsrechts beruht auf einer falschen Grundansicht und tut den Tatsachen Gewalt an, um sie unter jene zu beugen. De Lolme ist in seiner Begeisterung für die englische Verfassung so voreingenommen, daß er ihre Fehler und Schwächen gar nicht zu erkennen vermag. Er hält es für rein zufällig und schreibt dem keine große Bedeutung zu, wenn trotz allem sich manchmal die drei Gewalten nicht die Wage halten. Seine Gleichgültigkeit gegenüber der praktischen Bedeutung und Wirkung des Parlamentes geht so weit, daß er während seines ganzen englischen Aufenthaltes nie einer Parlamentssitzung beiwohnte, obwohl ihm die Gelegenheit dazu von den verschiedensten Seiten geboten wurde. Er betont eben nicht die Dynamik der in den Staatsorganen lebenden Kräfte; er betrachtet den Staat wie ein Konstrukteur, rein statisch im Ruhezustand. Wenn man ihn auf die Tätigkeit der einzelnen Organe, die die verfassungsmäßig zugeschriebenen Grenzen immer auszuweiten suchten, hingewiesen hätte, würde er dem mit den Worten, die ein anderer Genfer geprägt hat, entgegengetreten sein: „Ces oscillations inévitables de la liberté ressemblent à celles d'une pendule bien réglée, dont l'aiguille marque l'heure juste“<sup>44</sup>.

44. Mallet Du Pan, *Mercure de France*, 24. I. 1789.

Die ganze Bedeutung De Lolmes wird man aber erst dann richtig erkennen, wenn man ihn in die Reihe der Denker einordnet, die für die Formung des Englandbildes im 18. Jahrhundert am wichtigsten sind. Mit der Verherrlichung der englischen Verfassung steht De Lolme vollständig im Banne seiner Epoche, er ist ganz in der englischen Tradition dieses Zeitalters verwurzelt. Für seine staatsrechtliche Auffassung waren Locke, Bolingbroke, Montesquieu und Blackstone geistige Vorbilder, und nach ihm gingen Schlözer und Burke in dieser Richtung weiter und zeigten am Vorabend der französischen Revolution noch einmal deutlich, daß die englische Verfassung, so wie sie ist, das Muster einer jeden Verfassung bilden kann, da sie die bestmögliche Verfassung darstellte.

Der Denker, in dem die Ideen des Aufklärungszeitalters nach allen Richtungen hin zum ersten Male eine klare und durchsichtige Zusammenfassung fanden und an den sich deshalb die folgende Entwicklung angeschlossen hat — in diesem Sinne der beherrschende Geist der gesamten Aufklärung — ist John Locke. Auf dem Gebiet der Staatstheorie pflegt in Frankreich und Deutschland Montesquieu, wenn nicht als Begründer, so doch als Typ und vollendetster Vertreter des konstitutionellen Staatsrechts angesehen zu werden. In Wahrheit sind jedoch die wesentlichsten und bedeutendsten Grundzüge seiner Theorie nur eine glückliche Reproduktion der Lehren Lockes. Dieser hat in seinem Werk "Two treatises on Government" (1690) den Versuch unternommen, das von Wilhelm von Oranien inaugurierte politische System zu begründen und gegen die Angriffe des Absolutismus wie des Republikanismus zu verteidigen.

Innerhalb des Staates unterscheidet Locke drei Gewalten: die legislative, exekutive und föderative. Die legislative Gewalt stellt das oberste und grundlegende Organ aller Gemeinwesen dar. Sie hat anzuordnen, wie die Macht des Staates zum Schutz der Gesamtheit zu verwenden ist. Ihre Tätigkeit darf aber nicht in gelegentlichen und willkürlichen Verordnungen (by extemporary, arbitrary decrees) bestehen, sondern muß sich in festen Regeln und im Einklang mit den Zwecken der Gesellschaft abwickeln. Er verlangt für die legislative Gewalt, daß Staatsbürger und Stände, ihre Interessen und ihre historischen Rechte in den



gesetzgebenden Körpern vertreten sind. Auf Grund der Erfahrungen, die die englische Nation in ihren Revolutionen gemacht hatte, war diese Art des Konstitutionalismus entstanden, der in der Theorie und in der Praxis die Trennung der ausführenden von der gesetzgebenden Gewalt verlangte. Die ausführende Gewalt sowohl in ihrer Richtung nach innen (als exekutive Gewalt i. e. S.) als in ihrer Beziehung auf die übrigen Staaten (nach Lockes Ausdruck als föderative Gewalt) ist gemeinsam in die Hände des Monarchen gelegt. Der König hat wohl auch Anteil an der gesetzgebenden Gewalt, er bleibt ihr aber untergeordnet. Die vollziehende Macht ist ihm vom Volk, dem Inhaber der höchsten Gewalt, anvertraut, aber nur geliehen. Er darf das Zusammentreten der Legislative nicht hindern, tut er das, dann führt er mit dem Volk Krieg und nötigt es zur Revolution. Überhaupt, wenn die Königsgewalt zur Tyrannei entartet, nimmt das Volk seine ursprüngliche Vollgewalt wieder an sich, um sich entweder eine neue Regierung zu geben, oder die alten neuen Händen anzuvertrauen. Hierin findet die Revolution von 1688 ihre staatsrechtliche Begründung und Rechtfertigung.

Diese Lehre Lockes vom liberalen Konstitutionalismus hat Bolingbroke weiter ausgebildet. In seinen Schriften sucht er zu beweisen, daß die englische Verfassung dem Ideal einer Verfassung von allen augenblicklich bestehenden am nächsten komme. Allerdings sah er diese Vorzüge, die er besonders lobte, in dem politischen Leben Englands nur zum Teil verwirklicht, und so versuchte er, die englische Politik seinen Idealen gemäß zu beeinflussen. Vor allem will er die königliche Stellung gegen alle Angriffe des Volkes sichergestellt wissen. Da der König kein Unrecht tun kann, fällt eine schlechte Staatsleitung den Ministern zur Last. Für das Ansehen des Königs ist es am vorteilhaftesten, wenn er seine Minister nicht zu lange im Amt behält und sie nicht mit allzu großen Machtbefugnissen ausstattet. In seinem Hauptwerk: "The Idea of a patriot King"<sup>45</sup> beklagte er besonders, daß der alte Geist der englischen Freiheit durch die Käuflichkeit des Parlaments vernichtet worden

---

45. 1738 geschrieben, 10 Jahre später veröffentlicht.

sei. An die Stelle des früheren Sinns für Größe und Ehre des Vaterlandes sei heute eine vollkommene Gleichgültigkeit getreten. Aufgabe der ganzen Nation sei es, diesen Geist der Vorzeit wieder wachzurufen. Denn in einer Verfassung, wie der englischen, ist nach seiner Überzeugung die allgemeine Sicherheit nur dann gewährleistet, wenn sich all ihre Teile gegenseitig ausgleichen und vollständig voneinander unabhängig sind. Diese Unabhängigkeit der einzelnen Teile der englischen Verfassung sei nicht künstlich entstanden, sondern habe sich im Laufe der Jahrhunderte naturgemäß aus sich selbst entwickelt. Das Königtum, das er sich vorstellt, ist ein streng verfassungsmäßiges. Der wahre Staatszweck ist das Wohl des Volkes. Wie die ganze Regierung, so hat auch der König diesen zu erfüllen. Nicht die willkürliche Regierung Walpoles ist sein Ideal, Bolingbroke ist ein glühender Anhänger der Partei des Thronfolgers, des Sohnes Georgs II. (gest. 1751). Das erste Erfordernis für seinen „patriotischen König“ ist, daß der Herrscher das ganze Volk wie ein gemeinsamer Vater umfaßt und sich nicht an eine Partei bindet. Die Parteigruppen, welche lediglich durch persönliche Bundesgenossenschaft und Geschäftsgemeinschaft zusammengehalten werden und nicht durch sachliche Ziele, müssen ausgerottet werden. Gewiß wird der „patriotische König“ manchmal eine Partei vor einer anderen begünstigen müssen, aber an keine darf er sich dauernd binden und keine in die Acht erklären. In der Königin Elisabeth erblickt Bolingbroke sein monarchisches Ideal. In ihr glaubt er sein Postulat erfüllt zu sehen. Sie stand über den Parteien — so führt er aus — und machte ihr Volk glücklich und groß. Nach diesem Vorbild schreibt er dem Thronfolger die Aufgabe zu, England von allen Übeln zu befreien, damit es wieder im Glanze seiner Herrlichkeit und Größe vor allen anderen Staaten Europas dastehe.

Das eigentliche Vorbild für De Lolmes Einstellung zur englischen Verfassung ist das zu seiner Zeit so außerordentlich bedeutungsvolle Werk Montesquieu's „De l'Esprit des Lois“ (1748). Wenn auch Montesquieu nur die Theorien seiner Vorgänger aufgenommen und sie für seine Zwecke verarbeitet hat, so ist es doch sein Buch „De l'Esprit des Lois“ allein, das das

ganze Jahrhundert ausschließlich beeinflusste, von dem alle Theorien einer Idealverfassung ausgehen. Sein Hinweis auf die englische Verfassung in diesem Werk<sup>46</sup> begründete die Auffassung, daß England das Ideal einer Verfassung habe. Obwohl er selbst am Schluß dieses berühmten Kapitels hinzufügt, daß er gar nicht prüfen wolle, ob sich die Engländer tatsächlich dieser Vorzüge erfreuten oder nicht; die wahre politische Freiheit sieht er theoretisch in ihren Gesetzen festgelegt.

Auf Locke und Bolingbroke fußend hat Montesquieu die Lehre von den drei Gewalten aufgestellt. „In jedem Staat gibt es drei Arten öffentlicher Gewalten: die gesetzgebende Gewalt, die vollziehende Gewalt in den Dingen des Völkerrechts und die vollziehende Gewalt in den Dingen des bürgerlichen Rechts“<sup>47</sup>. Die letztere nennt Montesquieu die richterliche, und die vollziehende Gewalt in den Dingen des Völkerrechts vollziehende Gewalt schlechthin. Diese drei Gewalten will er, im Interesse der politischen Freiheit, völlig von einander getrennt wissen. Die Gesetzgebung gebührt dem Parlament, das aus dem aristokratischen Oberhaus und dem aus fast allgemeinen Wahlen hervorgehenden Unterhaus, der eigentlichen Volksvertretung, besteht. Beide Häuser sollen einander hindern können, und das Oberhaus soll bei Streitigkeiten zwischen Unterhaus und König mäßigend einwirken. Die Exekutive, meint Montesquieu, gebühre einer einzelnen Person, dem König, weil es da „auf die augenblickliche Aktion ankommt, und diese besser von einem als von mehreren geübt wird“<sup>48</sup>. Der König soll einen Anteil an der Legislative haben, la faculté d'empêcher, das absolute Veto. Dieses und das Recht der Berufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments gewähren dem König genügenden Einfluß auf die Legislative, so daß für ihn das Recht der Gesetzesinitiative nicht erforderlich ist. Der gesetzgebenden Gewalt steht zwar das Recht zu, die Ausführung der Gesetze zu überwachen, aber sie soll weder die Befehle der ausübenden Gewalt aufheben, noch den König bestrafen können. Dafür tritt Montesquieu für

---

46. Buch XI, cap. 6.

47. Esprit des Lois, Buch XI, cap. 6.

48. Esprit des Lois, Buch XI, cap. 6.

die Ministerverantwortlichkeit ein, so wie sie in England eingeführt worden war; er meint, der Monarch könne nicht gegen die Gesetze handeln, wenn er nicht schlechte Ratgeber habe, und diese seien im Falle eines durch sie verursachten Mißbrauchs der königlichen Macht zur Verantwortung zu ziehen. Für die Rechtspflege empfiehlt Montesquieu die Nachahmung des englischen Schwurgerichts. Denn der beste Schutz der politischen Freiheit ist ihm eine milde und humane Strafgesetzgebung. Und so wendet er sich auch gegen die Ausnahmegerichte, da sie „dem Fürsten nichts nützen und die Freiheit des Bürgers aufs höchste gefährden“<sup>49</sup>. Naturgemäß setzt sich Montesquieu, und darauf legte er besonderen Wert, dafür ein, daß in einem Staat völlige Preßfreiheit herrsche. Auch die Steuerkraft wird in einem Land, in dem den Untertanen die politische und persönliche Freiheit garantiert ist, eine viel größere sein. Nach der Überzeugung Montesquieus steigt die Steuerkraft mit der Freiheit und sinkt mit der Knechtschaft, das ist für ihn ein Naturgesetz<sup>50</sup>.

De Lolme hätte sein Werk über die englische Verfassung kaum so schnell und richtig schreiben können, wenn er dabei nicht ein wesentliches Hilfsmittel gehabt hätte. Dies war Blackstone's kurze Zeit vorher veröffentlichtes grundlegendes Werk über die Gesetze Englands, das dieses ganze Gebiet für die Allgemeinheit erst zugänglich machte. Aus dem Wulst von Gesetzen, Parlamentsbeschlüssen und Präzedenzfällen, durch den die Engländer selbst sich kaum hindurchfanden, und in welchem vollends ein Ausländer sich hoffnungslos verirren mußte, schuf Blackstone eine klare, systematische Darstellung, welche auf Generationen hinaus das beherrschende Buch über die Gesetze Englands blieb. Die „Commentaries on the laws of England“<sup>51</sup> sind nicht, wie das Werk von Montesquieu, eine staatsphilosophische Abhandlung, sondern wollen das englische Staatsrecht in systematischer Form darstellen. Montesquieu hatte nur beiläufig erwähnt, daß die von ihm geforderte Dreiteilung in England verwirklicht sei. Er hat in erster Linie das

49. *Espirit des Lois*, Buch XI, cap. 6.

50. *Espirit des Lois*, Buch XIX, cap. 27.

51. *Commentaries on the laws of England*, 4 Bd. Oxford 1765/6.



Prinzip aufgestellt. Erst Blackstone und kurze Zeit darauf De Lolme haben es Punkt für Punkt für das englische Staatsrecht ausgewertet, und sie tragen somit die Hauptschuld, daß man auf dem Kontinent den englischen Staat und seine Verfassung immer und immer wieder durch die Montesquieu'sche Brille sah.

Blackstone ist streng konservativ; er findet an den bestehenden Rechtszuständen nicht das mindeste auszusetzen. Die englische Verfassung bewundert er mit ebenso ehrlichem Herzen wie trockenen Worten. Er rühmt sie als eine vollkommene Verfassung der Staatsform, die eine Mischung aus Monarchie, Aristokratie und Demokratie darstellt, und in der ein glückliches Gleichgewicht aller Faktoren herrsche. „Die Gesetzgebung ist in England drei vollständig voneinander unabhängigen Gewalten anvertraut. Erstens dem König, zweitens dem geistlichen und weltlichen Adel, dem aristokratischen Glied, gewählt wegen ihrer Religiosität, ihrer Geburt, ihres Wissens und ihres Besitzes; und drittens dem Unterhaus, frei vom Volk aus seinesgleichen gewählt, als ein demokratisches Element. Sie alle zusammen bilden das englische Parlament, das über alles zu entscheiden hat .... Da jedes Glied das Vetorecht besitzt, das genügt, um jede Neuerung, die untauglich oder gefährlich scheint, zu widerrufen, so halten sie sich gegenseitig im Zaume“<sup>52</sup>. Blackstone meint, daß die Gefahr von Verwicklungen, die sich aus einer Verfassung ergeben könnten, hier nicht bestände. „Die konstitutionelle Regierung dieser Insel ist so wunderbar gemäßigt und ausgeglichen, daß nichts sie in Gefahr setzen oder verletzen, nichts das Gleichgewicht der Mächte zwischen einem Zweig der Gesetzgebung und dem Rest zerstören kann“<sup>53</sup>. Der König von England besitzt nach der Auffassung von Blackstone eine Reihe von Prärogativen, die er nach Belieben ausüben kann. Er darf Gesandtschaften empfangen, Verträge und Bündnisse schließen, über Krieg und Frieden bestimmen, Fremde außer Landes weisen; er hat das Vetorecht gegenüber dem Parlament, ist militärischer „Generalissimus“, verleiht Ämter und Titel, beschirmt Recht, Handel und Kirche. Blackstone betont weiterhin die scharfe Trennung zwischen dem König, der allein ausführenden

52. Com. on the laws of Engl. VII. ed. 1825, S. 50.

53. ebda. Buch I, S. 50 f.

Macht und dem gegliederten gesetzgebenden Körper. Das dreifach geteilte Parlament kann alles tun, was nicht von Natur unmöglich ist, „und deshalb trugen einige kein Bedenken seine Macht ... die Allgewalt des Parlamentes zu nennen“<sup>54</sup>. Auf diese Weise bilden König, Ober- und Unterhaus „the great corporation or body politic of the Kingdom, of which the King is said to be caput, principium et finis“<sup>55</sup>.

Aber nicht nur in England und Frankreich bestand diese Begeisterung für die englische Verfassung, sondern auch in Deutschland hatte die Montesquieu'sche Lehre schon verhältnismäßig früh ihren Niederschlag gefunden. Vor allem war es hier die jetzt aufkommende Publizistik, die es sich zur Aufgabe stellte, diese neuen Ideen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der erste, der in Deutschland weitere Kreise auf die englische Verfassung hinwies, war Schlözer, der Herausgeber des „Göttingischen Staatsanzeigers“. Durch die Personalunion mit England (1689) fanden in Hannover bei weitem mehr als in anderen Ländern Deutschlands die freiheitlich-aufklärerischen Ideen des Jahrhunderts Zugang. Wenn auch die englische Verfassung nicht direkt auf Hannover übertragen wurde, so war es doch in seiner staatsrechtlichen Entwicklung hierdurch stark beeinflußt worden. Kein Wunder, daß man diese Gewährungen freiheitlicher Rechte dem englischen König selbst zuschrieb, und er daher die Sympathie all seiner deutschen Untertanen besaß. Auch Schlözer hielt Georg III. für einen aufgeklärten Monarchen und Beschützer seines Volkes. Er war nie in England gewesen und kannte die wirklichen Verhältnisse dieses Landes überhaupt nicht. Auch durch Freunde erhielt er keinerlei politische Nachrichten von dort. Von Montesquieu hatte er gelernt, daß in England „nicht durch Philosophie, ... nicht durch einen Einzelnen, sondern durch Zufall, geleitet durch Bonsens, begünstigt durch Konjunkturen“<sup>56</sup> eine vorbildliche Verfassung verwirklicht sei. Während, am Anfang des 18. Jahrhunderts „der monarchische Despotismus in Europa frecher“ sein Haupt erhob,

---

<sup>54</sup>. ebda. I. S. 161.

<sup>55</sup>. ebda. I. S. 153.

<sup>56</sup>. Allg. Staatsrecht S. 155.

„genoß der Brite seine helleren Ideen“<sup>57</sup>. Mit Montesquieu stimmt er auch darin überein, daß eine Verbindung von Monarchie, Aristokratie und Demokratie die beste Staatsform sei, wenn also die Exekutive bei einzelnen, die Rechtspflege bei mehreren und die Legislative bei allen liege. Volk oder Adel allein im Zusammenwirken mit dem Herrscher können dem Staat nicht das ideale Gleichgewicht sichern. Wie in England soll die Macht deshalb unter die drei berechtigten Gewalten geteilt werden. Der König „bekleidet mit Macht, um stark und schnell zu wirken, umgeben mit äußerem Glanz, damit dem Pöbel ... der Gehorsam mechanisch werde“<sup>58</sup> ist die eine Gewalt. Ihm gegenüber wahrt ein kräftiger Adel die Selbständigkeit der Nation. Er vor allem sorgt dafür, daß „der Staat durch genügsame Gegengewichte gelastet“ ist, daß „politische Statik“<sup>59</sup> herrscht.

Auch Schlözer ist sich über den englischen Staat, wie er sich im 18. Jahrhundert in der Praxis entwickelt hatte, nicht klar. Nicht so sehr auf den historischen Ablauf einzelner Regierungsepochen will er hinweisen als auf deren innere und äußere Ergebnisse. Ihn zieht der gewohnheitsrechtlich-aufklärerische Geist des englischen Staatslebens an, nicht das im 18. Jahrhundert meist nur der Form nach kontitutionelle Gebaren der englischen Regierungen. Und dies veranlaßte den deutschen Publizisten, die englischen Zustände als europäisches Vorbild hinzustellen.

Von allen ausländischen Betrachtern der englischen Verfassung war De Lolme immer noch derjenige, der sie am rückhaltslosesten bewunderte. Und nur Burke auf englischer Seite kann mit ihm in dieser Hinsicht verglichen werden. In der Art des Lobes und der Begeisterung zeigt sich freilich zwischen beiden ein wesentlicher Unterschied. Burke blickt mit ehrfürchtigem Staunen auf die Fülle verborgener Weisheit, die sich in der englischen Verfassung befand und welche ein einzelnes schwaches Individuum nach seiner Meinung nur zum Teil erfassen und weitergeben konnte. Auch für ihn war England das

---

57. ebda. S. 90.

58. ebda. S. 149 ff.

59. ebda. S. 146.

Land der Freiheit, die in der großen Zeit der Revolution von 1688 aufs neue aufgerichtet und für die Zukunft gesichert wurde. Ebenso teilte er die traditionelle Anschauung, nach der der englische Staat aus einem monarchischen, einem aristokratischen und einem demokratischen Bestandteil zusammengesetzt war. Das Neue war jedoch, daß er weniger die Trennung der drei Gewalten, als ihre gegenseitige Verflechtung und unlösliche Verbindung betonte. Aus dem mechanischen, ausgewogenen Nebeneinander, wie De Lolme es noch erkennt, wird bei ihm ein fließendes Ineinander, obgleich auch Burke die Sonderart der einzelnen Faktoren der Verfassung nicht leugnet. Die Rolle, die er dabei dem König zuschrieb, war ganz von seiner whiggistischen Anschauung beeinflußt. Der König läßt seine Minister regieren und festigt durch seinen Einfluß ihre Stellung. Er hat die Befugnis, die vom Parlament genehmigten Gesetze zu verwerfen; das Parlament kann die vom König ernannten Minister ablehnen, indem es gegen sie stimmt. Die Minister sollen aus dem Parlament hervorgehen und mit den großen Interessen des Landes innerlich verbunden sein, d. h. sie sollen nach Burke der großen grundbesitzenden Aristokratie angehören. Das Oberhaus ist für ihn die Stelle im Staat, an der die Macht des Eigentums ihren stärksten und unmittelbarsten Ausdruck findet. Hier trete das Eigentum gleichzeitig in enge Verbindung mit der Krone und der Rechtsprechung. (Das Oberhaus war zugleich der oberste Gerichtshof.) Für sich allein genüge dies aber noch nicht, da das Oberhaus das schwächste Glied in der Verfassung sei. Es benötige eine Stütze durch die enge Verbindung mit der Krone einerseits und dem Unterhaus andererseits. Das Unterhaus bildet nach Burke den Mittelpunkt des Staatslebens, als das Kontrollorgan des Volkes. Für ihn ist es das getreue Abbild der Empfindungen der Nation und spiegelt daher die jeweiligen Stimmungen des Volkes unmittelbar wider.

Alle Schriften Burkes gehen von der festen Überzeugung aus, daß die bestehende Form des englischen Staatslebens unbedingt vortrefflich ist. Und so kann er auch nicht verstehen, daß die englische Verfassung zu seiner Zeit selbst von Engländern so wenig geschätzt werde. Damit wendet er sich gleichzeitig gegen eine Verherrlichung der französischen Revolution



und kämpfte mit seinen streng konservativen Anschauungen gegen ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung. Er jedenfalls hört nicht auf, sich für die englische Verfassung einzusetzen. „Diese Verfassung erregte früher die Bewunderung und den Neid der Welt; sie war das Muster für Politiker, das Thema für Redner, der Gegenstand des Nachdenkens der Philosophen überall in der Welt. Sie war der Stolz und der Trost der Engländer selbst. Durch sie lebten sie, für sie zu sterben waren sie willig. Ihre Fehler, wenn sie solche besaß, verhüllte teils die Parteilichkeit, teils ertrug sie die Klugheit. Jetzt sind alle ihre Vortrefflichkeiten vergessen, ihre Fehler werden an das Licht gezerrt und durch alle Künste der Darstellung übertrieben. . . Dieser Stimmung und den Maßregeln, welche aus ihr entspringen, will ich mich — ich hoffe, nicht ich allein — aufs entschlossenste entgegenstellen“<sup>60</sup>. Burkes Worte wenden sich gegen die politische Strömung, welche schon damals eine grundlegende Reform des Wahlsystems forderte und sich gegen 1770 zuerst bemerkbar gemacht hatte. Er tritt der Verfassung nicht mit Kritik gegenüber, sondern mit pietätvoller Zuneigung; er bringt ihr in erster Linie die Liebe des Patrioten entgegen, und nicht die Bewunderung des Politikers. Und so gelobt er in seinem Namen und im Namen seiner Volksgenossen: „Wir sind entschlossen, die Verfassung unserer Kirche, die Verfassung unserer Monarchie, die Verfassung unserer Aristokratie, die Verfassung unserer Demokratie, gerade in dem Verhältnis, in welchem sie in diesem Augenblick existieren, und in keinem anderen, beizubehalten“<sup>61</sup>.

---

60. Reform of Representation.

61. Reflections I, S. 177 (Übersetzung von Gentz).

#### IV.

### Stellung De Lolmes zu Montesquien und Rousseau, Kritik des Werkes durch Dupont de Nemours.

De Lolme war kein im eigentlichen Sinne schöpferischer Geist. Zu sehr von den Theorien der Aufklärung und ihren bedeutendsten Vertretern beherrscht, hat er sich nicht von ihren Gedankengängen freimachen können. So erklärt es sich, daß er, nachdem er sich dem Einfluß Rousseaus entzogen hatte, — allerdings nicht aus innerer Überzeugung, sondern nur, weil er sich vor Genf fernhalten mußte, — durch das Studium der englischen Verfassung in den Bannkreis Montesquieus geriet. Vorbereitet durch „De l'Esprit des Lois“, in dem Montesquieu theoretisch die englische Verfassung dargestellt hatte, bedeutete der Anblick ihrer praktischen Auswirkung das große Erlebnis De Lolmes. Im Geiste Montesquieus hat De Lolme sein Werk über die englische Verfassung geschrieben; damit wurde er der berühmteste Schüler Montesquieus.

Und dennoch zeigt schon ein flüchtiger Vergleich der beiden Werke den grundlegenden Unterschied zwischen Montesquieu und De Lolme. Obwohl De Lolme weitgehendst von Montesquieu beeinflusst ist, hat er sich doch von vornherein ein ganz anderes Ziel bei der Betrachtung der englischen Verfassung gesetzt. Montesquieu hatte nur das Bestreben, eine Theorie des besten konstitutionellen Staates zu geben, so wie er ihn sich vernunftmäßig aufbaute, und dabei hatte er auf die englischen Verfassungszustände als die Verwirklichung dieses Ideals hingewiesen. Sein Zweck war nicht „zu untersuchen, ob sich die

Engländer tatsächlich ihrer (politischen) Freiheit erfreuen oder nicht“. Ihm genügte es vollauf, „zu sagen, daß diese Freiheit in ihren Gesetzen festgelegt ist und nichts weiter“<sup>1</sup>. Demgegenüber will De Lolme gerade zeigen, daß die Freiheit in England nicht nur durch die Gesetze anerkannt ist, sondern daß sie auch wirklich besteht und geübt wird. Er hat die Absicht, die zu erreichen ihm freilich nicht ganz in seinem Buch gelang, keine Idealverfassung zu geben, so wie sie bestehen soll, sondern er will die englischen Verfassungszustände beschreiben, so wie sie sich auswirken. Montesquieu baut theoretisch auf, De Lolme will von der Praxis ausgehen und aus dem Wirken der englischen Verfassungsorgane das tatsächliche Bestehen der politischen Freiheit beweisen. Was Montesquieu nur postuliert hatte, das glaubt De Lolme in England wirklich erfüllt. Aber obwohl er immer wieder betont, nur von der Praxis der englischen Staatsverwaltung ausgehen zu wollen, und nur das erfahrungsmäßig erkannte Wirken des englischen Verfassungslebens seinen Lesern zu schildern, so liegt doch allen seinen Betrachtungen und Erkenntnissen das theoretische Staatsbild, das Montesquieu gezeichnet hatte, zugrunde. Er war eben der festen Meinung, daß dieses Staatsideal in England in Wirklichkeit bestehe, und so groß ist dieser Einfluß Montesquieus, daß De Lolme sich gar nicht bewußt wird, wie er Tatsachen, die er immer wieder als Beweise für seine Behauptungen anführt, seiner Staatstheorie anpaßt und sogar ohne Bedenken umformt. So zieht er z. B. für seine Beweisführung englische Gesetze heran, die aus dem Mittelalter stammten und für seine Zeit schon längst keine Geltung mehr hatten.

De Lolme hätte keine bessere Definition der politischen Freiheit geben können als die, die er bei Montesquieu fand, daß diese Freiheit hauptsächlich darin bestehe, daß jeder Bürger in gesicherter Ruhe und ohne Furcht vor seinem nächsten Nachbar die Frucht seines eigenen Fleißes genießen könne<sup>2</sup>. Auch er hielt die Lehre von den drei Gewalten und die dadurch sichergestellte harmonische Zusammenarbeit der Staats-

---

1. De l'Esprit des Lois, Buch XI, Kp. 6.

2. ebd. und Constitution . . . , S. 231.

organe als die beste überhaupt mögliche Grundlage einer Staatsverfassung; nur sucht er von der rein theoretischen Darlegung dieser Lehre loszukommen, denn für ihn war dieses Ideal wirklich in der englischen Staatsverfassung gegeben. Jene Grundsätze, die Montesquieu als unentbehrlich für das Wirken einer vorbildlichen Verfassung hervorhob, wie z. B. die Ministerverantwortlichkeit, die Preßfreiheit, das absolute Veto des Königs, die Teilnahme des Volkes an der Regierung durch seine Vertretung im Unterhaus, all dies glaubte De Lolme durch die englischen Gesetze ausgesprochen. Und wenn er vielleicht von einer Auffassung Montesquieus wie z. B. der, daß die Exekutive in einer Hand vereinigt sein solle, daß also für den konstitutionellen Staat eine monarchische Spitze das beste sei, nicht von Anfang an überzeugt war (denn in seiner Vaterstadt Genf war die ausführende Gewalt einem Kollegium von 60 Männern anvertraut, und das hielt er damals für eine besonders glückliche Lösung), so machte er sich doch auch hierin zum treuen Interpreten der Montesquieuschen Gedanken, umsomehr, als er bei seinem weiteren Aufenthalt in England immer stärker den großen Vorteil einer gefestigten und einheitlichen Krongewalt erkennen zu können glaubte. Er wurde sogar zum Verteidiger und Verherrlicher dieser konstitutionellen englischen Monarchie, so wie sie ihm vorschwebte, und konnte, als er die späteren englischen Ausgaben seines Werkes König Georg III. widmete, zuversichtlich auf eine Anerkennung seiner Leistungen hoffen.

Montesquieus Staatsbild war für De Lolme der Rahmen, in den er seine englischen Erfahrungen einzuspannen suchte. So sehr steht er im Banne dieses großen Staatsdenkers, daß er Abweichungen von dem System oder Unstimmigkeiten des Planes mit den wirklichen Verhältnissen einfach nicht erkennt. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, wenn er sich in seinem Werk einmal gegen Montesquieus Ansichten vom schicksalsbestimmten Untergang des englischen Staates wendet<sup>3</sup>. Gerade hier freilich betont De Lolme seine Absicht, nur die Tatsachen sprechen zu lassen, nur die wirklichen Verfassungszustände in

---

3. Constitution ... S. 431 ff.



England zu berücksichtigen; allein durch die Geschichte will er das unbedingte Fortbestehen des englischen Staates beweisen, und sucht er die Ansicht Montesquieus zu widerlegen, die er als logische gedankliche Weiterführung seiner Staatstheorie betrachtet, der er aber für die Praxis keine Geltung zuschreibt. Trotz allem guten Willen hat De Lolme in seinem Buch ein ebensogroßes, von der Wirklichkeit gleich weit entferntes Bild eines Idealstaates entworfen wie Montesquieu. Ja, Montesquieu hatte nur in einem relativ kleinen Abschnitt seines Buches die englische Verfassung behandelt, De Lolme dagegen schreibt darüber ein ganzes Werk, und so ist eigentlich er derjenige, der im Glauben, die wirkliche englische Verfassung darzustellen, der ideal ausgedachten Staatstheorie Montesquieus in Europa weiteste Verbreitung gegeben hat.

Ganz anders hat sich das Verhältnis De Lolmes zu Rousseau entwickelt. In den politischn Kämpfen Genfs war De Lolme zum ersten Mal in der Oeffentlichkeit aufgetreten; er unterstützte die Politik der „Représentants“ und hielt eine Rehabilitierung des großen Mitbürgers für unbedingt notwendig. Denn Rousseau hatte mit seinem „Emile“ und dem „Contrat social“ in seiner Vaterstadt kein großes Entgegenkommen gefunden. Beide Bücher wurden von dem Genfer Rat, der um die Sicherheit des Staates besorgt war, öffentlich verbrannt und der Verfasser verfeimt. Jegliche Rehabilitierungsversuche waren in der Folgezeit vergeblich. Trotz der Bemühungen der „Représentants“, die sich immer wieder für Rousseau einsetzten und versuchten, ihre Forderungen nach Beeinflussung der Regierung durch das Volk mit Hilfe sog. „Vorschläge“ durchzusetzen, fand Rousseau in Genf nicht die gebührende Anerkennung. De Lolme stand damals ganz im Banne der Rousseauschen Staatsgedanken, er glaubte im „Contrat social“ das einzig mögliche Bild einer Staatsverfassung zu finden und wirkte ganz in seinem Sinne. Umso erstaunlicher ist es, wenn man in seiner „Constitution“ im 5. Kap. des II. Buches auf eine scharfe Kritik des „Contrat social“ und der Rousseauschen Auffassung der Volkssouveränität stößt. Dieser Gegensatz De Lolmes zu seinem früheren Vorbild ist so auffallend, daß man sogar behauptet

hat, das Werk De Lolmes sei nur als eine Widerlegung der Theorien Rousseaus aufzufassen<sup>4</sup>. Wenn diese Ansicht sicherlich auch nur teilweise richtig ist, so überrascht doch dieser Gesinnungswandel De Lolmes im ersten Moment. Aber De Lolme lebte nicht mehr in Genf und dessen engen kleinstaatlichen Verhältnissen, er war in Europa herumgekommen, hatte vor allem die Staatstheorien Montesquieus schätzen gelernt und war durch seinen Aufenthalt in England zu der Überzeugung gekommen, daß in der englischen Staatsform das Ideal einer Staatsverfassung zu finden sei. England war für ihn das Land der Freiheit, erst hier war der Mensch wirklich frei und konnte in Ruhe und Sicherheit den Ertrag seiner Arbeit genießen. Daraus erklärt sich die scharfe Widerlegung der Rousseauschen Behauptungen. Denn Rousseau bestritt gerade, daß das englische Volk frei sei. Nach seiner Ansicht war jedes Volk unfrei, das nur durch seine Vertreter auf die Regierung Einfluß hatte. Durch die Wahl von Abgeordneten hat die Allgemeinheit ihre eigene Entscheidung und damit ihre Souveränität verloren. Sie selbst bestimmt nicht mehr die Gesetze, sondern die Legislative ist in die Hände der Abgeordneten übergegangen. „Jedes Gesetz, welches nicht vom ganzen Volk in Person bestätigt wird, ist und bleibt nichtig, ist kein Gesetz. Die Engländer glauben, ein freies Volk zu sein, sie irren sich sehr; sie sind es nur während den Wahlen für das Parlament. Wenn diese beendet, sind sie Sklaven, einfach Nullen<sup>5</sup>.“

Rousseau erkennt die Freiheit nur dann für das Volk gesichert an, wenn die ganze Nation in der Volksversammlung zusammentritt und damit in seiner Gesamtheit regiert. Er glaubt dieses Beispiel einer wirklichen Volksherrschaft in der Geschichte der Griechen und Römer zu finden. Demgegenüber meint De Lolme, und hierin zeigt sich vielleicht seine größere praktische Erfahrung auf dem Gebiet der Politik, daß es mit der Volkszusammenberufung bei weitem noch nicht getan sei. Denn ein so großer Versammlungskörper ist viel zu doppelt schwerfällig, um mit seinen Entschlüssen in den Gang der

4. Möckli-Cellier, *La Révolution franç. et les écrivains Suisses romands*. Neuchâtel-Paris 1931, S. 98 ff.

5. *Contrat social*, Bd. III, Kap. XV.

Politik eingreifen zu können. Die Initiative wird immer, selbst in einer Volksversammlung, nur von wenigen ausgehen, und dadurch besteht beständig die Gefahr, daß das Volk, das sich zum größten Teil aus politisch unerfahrenen Bürgern zusammensetzt, von geschickten Demagogen verführt und zu Entschlüssen gebracht wird, die sich gegen sein eigenes Interesse und sein eigenes Wohl richten. Damit wird die Freiheit viel mehr gefährdet, als wenn das Volk die politischen Entscheidungen gewählten Vertretern anvertraut. Nach der Ansicht De Lolmes kann das Volk seine Souveränität nicht selbst ausüben, es muß seine Macht und seine Rechte Vertretern übergeben und hat dadurch ganz gewichtige Vorteile. Denn diese Abgeordneten werden gegenüber der Exekutivgewalt viel besser und mächtiger auftreten können, als es das Volk in seiner Gesamtheit kann. Es sind auch meist erfahrene und verständige Männer, die im Gefühl ihrer Verantwortung nur nach reiflicher Überlegung und langer Beratung untereinander ihre Entschlüsse fassen. Die Freiheit bleibt dem Volk unbedingt gewahrt, dafür sorgen schon die Gesetze, denen die Abgeordneten unterstehen, und die Rechte, die der einzelne Staatsbürger besitzt, wie z. B. das Eigentumsrecht und das Recht auf Freizügigkeit. Diese Rechte sind wirksamer als das Privileg, direkt an der Regierung teilnehmen und seine Stimme in der Volksversammlung abgeben zu dürfen.

Rousseaus Ideal der unmittelbaren Demokratie ist für De Lolme eine Utopie, von der er sich, nachdem er die englischen Verfassungszustände kennen gelernt hatte, schroff abwendet. In England hatte De Lolme eine andere Ansicht vom demokratischen Staatsleben gewonnen, und die Grundsätze, die er in der Staatstheorie Montesquieus ausgedrückt fand, hatten ihn in dieser Abwehr von Rousseaus Staatsideal bestärkt. An die „*Volonté générale*“ Rousseaus konnte er nicht mehr glauben. Er war der Meinung, „daß der allgemeine Wille im Grund nichts anderes ist, als die Wirkung der Kunstgriffe einiger weniger verschlagener Männer, die sich im Geheimen noch darüber lustig machen. Wer mit republikanischen Regierungen bekannt ist und überhaupt die Art kennt, wie Geschäfte in sehr großen Versammlungen behandelt werden, wird es ohne Bedenken be-

stätigen, daß die wenigen Verbündeten, welche tätigen Anteil an öffentlichen Angelegenheiten nehmen und durch ihre Posten angesehen sind, einen so großen Vorteil über die Vielen haben, welche ihre Augen auf sie richten und untereinander verbunden sind, daß sie, selbst bei mittelmäßigen Talenten, zu jeder Zeit die allgemeinen Beschlüsse nach Gefallen lenken können“<sup>6</sup>.

De Lolme ist überzeugt, daß es keinen Staat von vollständiger Freiheit oder vollständiger Gleichheit geben wird. Auch in der griechischen und römischen Geschichte wird man vergebens danach suchen. Nur durch eine ideale Gesetzgebung und eine geschickte Staatsleitung, wie sie in England zu finden sind, wird die Freiheit des Volkes und des einzelnen Bürgers wirklich gewährleistet.

Für Rousseau war die Freiheit des Menschen der Kern seiner Weltanschauung. Jeder Mensch war nach Rousseaus Ansicht unbedingt frei, selbst wenn er als Sklave geboren wurde. Niemand hat ein Recht, seinen Nächsten zu unterjochen, oder sich irgendeine Gewalt über ihn anzumaßen. Nur der Selbsterhaltungstrieb und die Pflicht, die für jeden Menschen besteht, seinen eigenen Nutzen zu suchen und alles zu tun, um sein Leben zu erhalten, können die Veranlassung sein, daß der Mensch einen Teil seiner natürlichen Freiheit aufgibt. Durch Verträge wird er sich mit seinen Mitmenschen zusammentun, um die Hindernisse, die der Erfüllung seiner Pflicht im Wege stehen, mit ihrer Hilfe zu überwinden. Aber nur in der Republik, so wie sie Rousseau vorschwebt, in der der Einzelne sich dem „Allgemeinwillen“ unterwirft, wird der Mensch die ursprüngliche Freiheit bewahren. Jeder Bürger muß teilhaben an den politischen Rechten und muß mitwirken können an der Regierung seines Staates. So gibt es für Rousseau keine Trennung der Staatsgewalten, darum sind die Engländer nicht frei, da sie keinen Anteil an der Exekutive haben. Demgegenüber erscheint der Freiheitsbegriff De Lolmes viel mehr von den tatsächlichen Verhältnissen bestimmt. Für ihn kam es nicht so sehr darauf an, an weltanschaulichen Grundsätzen festzuhalten, die in der Wirklichkeit nicht durchzuführen waren. Er wollte dem Volk nicht politische Rechte geben, die es doch

---

6. Constitution, S. 255.



nicht ausüben konnte, sondern er wollte für jeden Bürger Sicherheit und Schutz gegen tyrannische Willkür und die bestimmte Zuversicht, daß er den Lohn seiner Mühen wirklich genießen könne. Er hielt es nicht für so wichtig, wie und durch wen die Freiheit erhalten blieb, die Hauptsache war vielmehr für ihn, daß die politische und persönliche Freiheit überhaupt bestand. In einem Staat zu leben, in dem die Gesetze für alle gleich waren und auch von allen geachtet wurden, das hieß für De Lolme frei sein.

Nur in einem Punkt waren De Lolme und Rousseau einer Auffassung, in der Anerkennung des Widerstandsrechts des Volkes gegen seinen vertragsbrüchigen Herrscher; denn auch nach De Lolme übte der König die Regierungsgewalt auf Grund einer Übereinkunft mit dem Volk aus. Wenn es ihm wohl entgegen der Ansicht Rousseaus für besser schien, daß die Exekutivgewalt einem Monarchen erblich übertragen werde und das Volk seine Souveränität nicht selbst ausübe, so stimmte er doch darin mit Rousseau überein, daß jeder Bürger ein Recht dazu habe, der Gewalt und Willkür zu begegnen, die sich der König unter Bruch der Verträge und gegen die Gesetze vielleicht anmaßen könnte. Wie Rousseau billigt auch De Lolme dem Volk das Recht des Widerstandes zu. Daß dieses Recht in der englischen Verfassung gesetzlich anerkannt war, das war für De Lolme ein weiterer Grund, diese Verfassung als die bestmögliche zu verherrlichen.

Eine wie große Bedeutung man dem Buch De Lolmes zuschrieb ersieht man daraus, daß seine Verbreitung in Frankreich verboten war. Aber gerade durch diese Zensur erregte das Werk, wie immer in einem solchen Fall, das besondere Interesse der französischen Leser und fand so bald in den Reformkreisen eine größere Beachtung. Im allgemeinen zollte man der Darstellung der englischen Verfassung, wie sie De Lolme gab, Anerkennung und lobende Zustimmung<sup>7</sup>. Doch den vielen Lobredner gegenüber stand ein scharfer Kritiker, der Physiokrat

---

7. Es seien hier nur erwähnt der ausführliche Artikel, den Mallet Du Pan im „*Mercure de France*“ am 17. Jan. 1789 erscheinen ließ, und der Aufsatz, der in der „*Monthly Review*“ schon im Jahre 1775 erschien.

Dupont de Nemours. In einem Brief an den Erbprinzen Karl Ludwig von Baden<sup>8</sup> unterzieht Dupont besonders die geschichtlichen Darlegungen De Lolmes einer eingehenden Kritik. Er weist die landläufige Ansicht von den großen Vorzügen der englischen Verfassung zurück und entwickelt demgegenüber das physiokratische Programm von einem gesunden, natürlichen Aufbau des Staates. Dupont trat für die Gleichberechtigung des dritten Standes neben Adel und Geistlichkeit ein, und selbstverständlich sah er, der ganz in den physiokratischen Ideen aufging, in der Heranziehung des Bauernstandes und der ländlichen Bevölkerung zur Regierung und in ihrer sozialen Besserstellung den ersten Schritt für die vorteilhafte Entwicklung eines jeden Staates.

Von der Wissenschaftlichkeit und Objektivität der geschichtlichen Darlegungen De Lolmes ist Dupont nicht sehr überzeugt. Er schreibt ihm keine große Kenntnis der Geschichte zu, zählt ihn vielmehr zu den Schriftstellern, die die Geschichte nur dazu benutzen, um ihre schon vorher gefaßten Ansichten zu beweisen und zu rechtfertigen. De Lolme, so meint Dupont, liefert sich viel zu sehr bei seinen Überlegungen dem allgemeinen Vorurteil aus, daß man in dem, was man als wirklich gewesen ansieht, die Ursache von dem zu finden glaubt, was ist. Solcher Leute gibt es viele, die aus allem eine Menge von Gründen ableiten, die in Wirklichkeit gar nichts sagen, ja die genau so gut das Gegenteil beweisen können. De Lolme weiß z. B. nicht, daß das Lehnswesen schon, ehe Wilhelm der Eroberer nach England kam, dort bestand, daß die großen englischen Teilfürsten genau so Vasallen des englischen Königs waren und in gleicher Weise wieder unter sich Vasallen hatten wie die französischen Territorialherren, daß also die Verhältnisse in beiden Ländern ziemlich gleich lagen. Überhaupt war das Lehnswesen in allen Reichen, die von Eroberern begründet wurden, die Grundlage der Verwaltung. In diesem System die Ursachen der englischen Freiheit zu finden, ist eine zu phantastische

---

8. Abgedr. in „Karl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und Dupont de Nemours“, hrsg. von K. Knies, 2. Bd. S. 214—231, Heidelberg, 1892.

Hypothese, die außerdem der Menschheit selbst nichts nützen kann. Wenn aber De Lolme meint, daß die politische Freiheit sich in England deswegen so herrlich habe entwickeln können, „weil sie zur Zeit der Eroberung sehr tief gepflanzt worden war“, so ist dazu zu sagen, daß ein Samen, der zu tief gesät ist, meist gar nicht aufgeht. Aber nach Duponts Meinung bestand in England überhaupt keine Freiheit, sondern die größte Sklaverei, wie in keinem anderen Staat Europas.

Was nützen aber die geschichtlichen Darlegungen, wenn man die englische Verfassung, so wie sie heute besteht, schildern will? Mit einer Geschicklichkeit und Unbefangenheit, die einem Advokaten alle Ehre gemacht hätten, benutzt De Lolme die Geschichte, um allen Einwänden, die man ihm machen könnte, sofort mit historischen Tatsachen zu begegnen. Dupont erhebt sogar den Vorwurf gegenüber De Lolme, daß er mit einer fertigen Ansicht an das Studium der englischen Verfassungsgeschichte herangetreten sei. Nichts kann schlimmer sein als eine solche Arbeitsweise, die von Anfang an nur eine Meinung gelten läßt und den Leser zu dieser Auffassung bekehren will, die aber nicht unparteiisch allein nur die Wahrheit sucht. So hat die Arbeit von De Lolme nur da Wert, wo sie Tatsachen berichtet, die wahr sind und vor allem für die Gegenwart Bedeutung haben. Ob die englische Verfassung in sich den Keim der politischen Freiheit trägt oder nicht, ist dabei unwesentlich, wichtig erscheint nur, ob sie wirklich in England existiert. De Lolme glaubt unbedingt an das Bestehen dieser politischen Freiheit in England. Er sieht das Parlament als die Organisation an, auf der sie sich aufbaut.

Aber was ist denn das für eine Freiheit, fragt Dupont. Es kann weder die Gewissensfreiheit sein, denn es herrscht keine religiöse Toleranz in England, noch die Handelsfreiheit, denn es besteht kein Handel, der gänzlich frei ist; alle Zweige des Handels sind staatlichen Regeln unterworfen. Ja die Engländer haben noch nicht einmal die persönliche Freiheit, denn z. B. für eine Flottenausrüstung werden alle Bürger zur Dienstleistung herangezogen. Zahlreiche Protestaktionen, die aber völlig erfolglos waren, beweisen, daß in der „englischen Verfassung die Freiheit der Bürger nicht genügend gesichert ist“. Besteht denn die Freiheit in England darin, daß die Regierung wohl nicht von

einem absoluten König, auch nicht von ebensolchen Ministern, aber dafür von einem genau so schlimmen Parlament ausgeübt wird?

Trotzdem aber gibt es in England einige Gesetze, die die Entwicklung der Freiheit mehr begünstigten, als es in allen andern Ländern Europas möglich ist und die das Land reich gemacht haben. Aber diese Gesetze haben sich im Laufe der Zeit aus sich selbst ergeben und gehen nicht auf die englische Verfassung zurück. Gesetze solcher Art sind z. B. diejenigen, die sich auf das Gerichtsverfahren beziehen oder dasjenige Gesetz, das die Preßfreiheit verbürgt. Vor allem aber das Gesetz, das dem Landbesitzer sein Eigentum unbedingt gegen die Übergriffe der Steuereinzahlung garantiert. Dieses Gesetz ist natürlich für den Physiokraten Dupont das wichtigste, und daß De Lolme es überhaupt nicht erwähnt, daraus macht er ihm einen besonderen Vorwurf. Dieser „Städter“, der „in einer Industrierepublik aufgewachsen ist“, und kein Interesse für die Landwirtschaft aufbringt, hat es wahrscheinlich gar nicht bemerkt, und doch ist gerade dieses Gesetz, nach Duponts Ansicht, überaus wichtig für den Wohlstand des Landes. Daß es in England Tag für Tag in der Praxis nicht beachtet und meist umgangen wird, daß man von Seiten der Regierung alles tut, um den bauerlichen Grundbesitz zu zerstückeln und zerstören, darin liegt für Dupont eben ein Beweis, wie schlecht die englische Verfassung ist. Die englische Regierung ist durchaus nicht dieser harmonisch arbeitende Organismus, wie De Lolme meint, sondern eine willkürliche Despotie. Auch eine Volksvertretung kann despotisch regieren. Werden denn tatsächlich die Interessen des Volkes im Parlament vertreten? Bildet das Unterhaus eine wirkliche Vertretung der Nation? Nur ein Teil des Volkes ist in England wahlberechtigt. Das Wahlrecht ist ein Privileg, und die Wahlkorruption macht es ganz unmöglich, daß das Land gegenüber den Städten, die immer das Übergewicht haben, wirksam vertreten wird. Alle schönen Vorrechte, die De Lolme dem englischen Volk zuschreibt, wodurch er die englische Freiheit gesichert glaubt, gelten nichts und haben gar keinen Wert. Das Volk muß immer die Lasten tragen, und zwar noch gemäß den Grundsätzen der Verfassung. Diese Verfassung ist gerade so schlecht und bietet dem Volk, besonders



auf dem Lande, gerade so wenig Unterstützung und Schutz wie die Verfassungen anderer Länder.

Nur durch die Anwendung der physiokratischen Gedanken, die Dupont in der zweiten Hälfte seines Briefes ausführlich darlegt, werden die Engländer zur wirklichen Freiheit gelangen. „Macht die Menschen frei! Macht vor allem den Grundbesitzer frei, erlöst ihn von dem schweren Druck, der durch die zollpolitischen Maßnahmen auf ihm lastet ...“! Die englische Regierung ist sehr reformbedürftig. Erst wenn eine Verfassung gegeben wird, in der die Interessen eines jeden Standes gewahrt sind und die ganz auf das Allgemeinwohl begründet ist, wird die wirkliche Freiheit und damit der dauernde Wohlstand in England einziehen. Mag die jetzige Verfassung auch De Lolme bewundernswert erscheinen, mag sie auch von den Engländern selbst gerühmt werden, ihr Glück werden sie nicht mit ihr machen.

Dupont wendet sich in seiner Kritik nicht so sehr gegen De Lolme, als gegen die seiner Ansicht nach durch nichts begründete Verherrlichung der englischen Verfassung, wie sie damals allgemein üblich war. Denn nach der Meinung Duponts war diese Verfassung auch nicht besser als die Verfassungen der Staaten auf dem Kontinent. Es war ganz überflüssig, sie als Vorbild zu nehmen, die wirkliche Freiheit war auch nicht in England zu finden. Erst nach Erfüllung des physiokratischen Programms wird die wahre Freiheit für die Menschen erreicht und dauernd gesichert, das war seine feste Überzeugung.

Auch Duponts Ansicht und Kritik der englischen Verfassung ist nicht in allen Punkten richtig beurteilt. Ja, man kann sagen, De Lolme geht zu weit im loben, Dupont dagegen im tadeln. Bei einigen Zuständen hatte der Physiokrat natürlich recht, er machte nur den einen Fehler, an die englische Verfassung die selben Maßstäbe anzulegen, wie an den französischen Staat, der von Grund aus reformiert werden sollte. So z. B. sein Eintreten für die Gleichberechtigung des dritten Standes! Eine Verfassung, die sich aus sich selbst entwickelte und sich den jeweiligen Bedürfnissen des Staatsganzen anpaßte, konnte noch nicht die kühnste Forderung des Aufklärungszeitalters erfüllen.

Dupont geht jedoch entschieden zu weit, wenn er behauptet, die Engländer erfreuten sich gar keiner Freiheit, sondern bei

ihnen herrsche die größte Sklaverei. Für das damalige Europa war England wirklich das Land der Freiheit. Im Vergleich zu anderen Völkern besaßen sie weit mehr Rechte und Vorzüge als irgend ein anderer Staat. De Lolme hob vielleicht den Besitz der Freiheit zu sehr hervor und betonte ihn immer und immer wieder; aber darum ihm einen Vorwurf zu machen und einzuwenden, daß er mit einem Vorurteil an die Darlegung der englischen Verfassungszustände geschritten sei, diesen Schluß zu ziehen ist doch Dupont keinesfalls berechtigt. Hier verliert er sich, und da kann man ihm dasselbe vorhalten wie er De Lolme, viel zu sehr in seinen physiokratischen Idealen, in Anschauungen, zu denen sich nur ein Teil der Aufklärer bekannten und die keinesfalls Allgemeingut im achtzehnten Jahrhundert waren.

---

## V.

### *Einfluß der „Constitution de l'Angleterre“ auf die Staatsauffassung des vormärzlichen deutschen Liberalismus.*

Der Staat, in dem die rein geistigen Kräfte des 18. Jahrhunderts in Deutschland sich hätten verwirklichen können, war, als die Nation die Schwelle des neunzehnten Jahrhunderts überschritt, noch nicht geschaffen. Der staatsphilosophischen Spekulation waren noch keinerlei Schranken gesetzt, und ohne die Schulung an konkreten Gegebenheiten kann man sich den besten Staat hemmungslos zurechtzimmern. Die Neigung, auf fremde Verfassungsbilder zurückzugreifen, war so stark, daß man ohne solche Muster keine deutsche Verfassung mehr bilden zu können glaubte. Durch Montesquieus Hinweis auf die englische Verfassung hatte das politische Denken, das sich vom Absolutismus abzuwenden begann, einen festen Halt bekommen. Die Verbreitung seiner Ideen in einer für die breitere Öffentlichkeit verständlichen Form war zum größten Teil das Verdienst De Lolmes. So wie er sie darstellte, betrachtete man die englische Verfassung und suchte ihre Hauptvorzüge in der Verfassung des eigenen Landes lebendig werden zu lassen. Alle deutschen Liberalen waren mehr oder weniger von diesem englischen Verfassungsbild beeinflußt, denn die meisten von ihnen hatten De Lolmes Werk gelesen. Die wenigsten hatten die Fehler und Schwächen darin erkannt, fast alle meinten, daß seine Darstellung eine genaue Wiedergabe der englischen Verfassung wäre, wie sie noch heute bestände.

Die hervorragendsten Vertreter des deutschen Liberalismus hatten ihre eigene Anschauung von den englischen Verfassungszuständen, aber sie standen immer unter dem Einfluß von Montesquieu—De Lolme.

In Erinnerung an die Montesquieusche Formulierung, daß politische Freiheit nichts anderes als Freiheit innerhalb des Gesetzes und der Verfassung sei, legte man alles Gewicht auf die verfassungsrechtliche Seite des englischen Staates. Daß hier das Gesetz seine souveräne Macht ausübte, das war es, was man an England schätzte. Man wollte keine schrankenlose Freiheit, sondern nur eine Freiheit in den Grenzen, die mit der Sicherheit zu vereinbaren waren. So schienen englische Freiheit und englische Verfassung unzertrennlich miteinander verbunden. Man war der festen Überzeugung, daß die ganze Größe des Inselreichs aus seiner Verfassung herzuleiten sei.

Als die beiden Grundpfeiler der englischen Freiheit, auf die jede freie Verfassung sich stützen müsse, galten die englischen Geschworenengerichte und die Preßfreiheit. Man faßte diese Preßfreiheit nicht als unumschränkt auf. Nein, man schätzte vornehmlich die im Sinne Montesquieus verfassungsgesetzlich beschränkte Preßfreiheit. Bezüglich der Legislative waren sich die Liberalen schon nicht mehr so einig. Bei der Frage, ob die Legislative zu teilen sei oder nicht, schieden sie sich in zwei Lager. Die einen blickten mehr nach Frankreich hin und fanden dort die ersten Anfänge zu einer wahren Volksrepräsentation in den revolutionären Stürmen von 1791 und bedauerten das alte England, dessen Oberhaus immer wieder die Entwicklung zur Freiheit zunichte machte. Den anderen war der ruhige Gang des englischen Staatsorganismus und das hemmende Verhältnis beider Häuser zueinander der schlagende Beweis für die Güte ihrer Zweikammertheorie. Auch taucht jetzt zum ersten Mal in der liberalen Publizistik der Gedanke auf, daß Zweck und Sinn des englischen Zweikammersystems der gegenseitige Ausgleich wäre — in offensichtlicher Anlehnung an die Darstellung De Lolmes, der in der Teilung der Legislative einen der Grundvorteile der englischen Verfassung gesehen hatte.

Das englische Unterhaus und die Zusammensetzung seiner Mitglieder wurde dabei recht verschieden gezeichnet. Zwar gingen sie alle von dem eigenen konstruktiven Verfassungsbild aus, das eine Volksvertretung im konstitutionellen Staat für notwendig erachtete; aber in der Art und Weise, wie sie von dieser Warte aus das englische Vorbild, das nun eben anders aussah,



sich zurechtlegten, es entschuldigten oder verdamnten, schied sich die mehr dogmatische von der mehr historischen Richtung. Montesquieus Interpretation des englischen Unterhauses als Vertretung des Volkes beherrschte, durch De Lolme eifrig gefördert, immer noch weithin die Geister. Den Gegnern des Zweikammersystems erschien das Oberhaus nur als eine Begünstigung der Aristokratie, als eine Stütze des Königs und Gefahr der Stockung alles Staatslebens. Die Anhänger des Oberhauses schrieben ihm als Mittelglied zwischen König und Volk die Aufgabe zu, beide innerhalb ihrer Kompetenzgrenzen zu halten und Übergriffe zu verhindern. Wenn von den Liberalen das Prinzip der Gewaltentrennung in der englischen Verfassung gepriesen wurde, so kam es ihnen dabei weniger auf die Gegenüberstellung von Exekutive und Legislative als auf die Absonderung der richterlichen Gewalt an. Die englische Verfassung bietet ihnen das Beispiel einer gänzlichen Trennung der Justiz von der Verwaltung. Über die Bedeutung der Parteien in England konnten sich die Liberalen kein richtiges Bild machen, besonders aber nicht über die parteilich organisierte parlamentarische Opposition. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Bild der Liberalen von der englischen Verfassung keineswegs einheitlich war. Je nach dem individuellen Ausgangspunkt des Betrachters erschien sie in verschiedenem Licht.

Im weiteren soll auf die Auffassung zweier deutscher Staatstheoretiker näher eingegangen werden, bei denen der Einfluß De Lolmes besonders deutlich zu spüren ist, und die zur Verbreitung seines Werkes in Deutschland vor allem beigetragen haben: Ernst Brandes und Friedrich Christoph Dahlmann. Brandes hat zum ersten Mal in Deutschland von einer bedeutenden und maßgebenden Stelle aus auf das Werk De Lolmes hingewiesen und zwar in der „Berliner Monatsschrift“ vom Jahre 1786, und Dahlmann schrieb zu der von seinem Schwager Colditz besorgten Übersetzung des Buches von De Lolme 1819 das Vorwort; hiermit stand dem Werk der Weg nach Deutschland offen.

Als Sohn des Göttinger Hochschuldezernenten, einem künstlerisch, wissenschaftlich und weltmännisch reich gebildeten Hause entstammend, hatte Brandes von früher Jugend auf im Umgang

mit gebildeten und politisch interessierten Engländern sich eine vorzügliche Kenntnis englischer Lebensformen erworben; auf dieser Grundlage systematisch weiterbauend wurde er später zum besten Kenner englischer Personalien und politischer Verhältnisse auf deutschem Boden. In dem Aufsatz „Über den politischen Geist Englands“, den er nach seinem englischen Aufenthalt 1784/85 in der Berliner Monatsschrift erscheinen ließ, äußert sich Brandes zum ersten Mal über die Verhältnisse in diesem Lande. Hierin betonte er, daß das beste Werk über die englische Verfassung unstreitig das von De Lolme sei. Daß ein Fremder so ein Buch geschrieben habe, sei sonderbar; aber vielleicht müsse es gerade ein auswärtiger Republikaner sein, der imstande war, ein solches Thema zu behandeln. Und wer konnte das besser als ein Genfer? „Jedem anderen würde das elektrische Feuer, das diesen Staatskörper erhält, ebenso schwer zu begreifen gewesen sein als einem Briten das Maschinenmäßige einer deutschen Armee<sup>1</sup>“. Nicht die Republik sei das Ideal De Lolmes, sondern als Anhänger der konstitutionellen Monarchie sei er fest überzeugt, daß keine Regierung ohne ein repräsentatives Oberhaupt bestehen könne. „Dieses Werk bleibt immer Leitfaden für den Engländer, der vorher nichts Ähnliches hatte, der sonst gewohnt ist, das, was er braucht ... nicht aus Büchern, sondern aus dem Umgange mit Menschen ... zu lernen.“ Wenn es auch schade sei, daß so wenige De Lolme kennen, so sollten doch „wenigstens alle periodischen Schriftsteller ihn lesen, wenn sie Ideen über England ins Publikum bringen wollen.“

Brandes blieb seiner ganzen geistigen Veranlagung nach nicht an der Darstellung De Lolmes haften, er konnte auf Montesquieu direkt zurückgehen. Zusammen mit seinen eigenen Eindrücken, die er in England erhalten hatte, schuf er sich sein eigenes Bild dieser Verfassung, wie er es in seinen „politischen Betrachtungen über die französische Revolution“ dargestellt hat. Aber trotzdem bekannte er sich als echten Schüler dieses großen Staatslehrers. „Montesquieu wirkte freilich nur in einem kleinen Haufen, aber mächtig und stark. Wir, die wir auf seinen Schultern stehen und jetzt manches anders und richtiger sehen müssen wie er, sollten

1. s. „Über den polit. Geist Englands“ S. 108 ff.

nie vergessen, was wir dem großen Manne schuldig sind, dessen „Geist der Gesetze“ an Reichtum von Ideen, Scharfsichtigkeit und Feinheit in Beobachtungen und Erklärung historischer Ereignisse nicht seinesgleichen hat<sup>2</sup> ..

Die Idee der Gewaltenteilung ist für Brandes die Grundlage einer guten Verfassung. „Jeder Staat, wo nicht das Volk entweder unmittelbar oder durch seine ... Vertreter einen Anteil an der gesetzgebenden Macht ausübt, hat eine schlechte Verfassung<sup>3</sup>“. Die exekutive Gewalt darf seiner Meinung nach ohne Zuziehung der Vertreter der Nation keine Gesetze geben, und sie muß in der Ausführung dieser Gesetze kontrolliert werden, sonst reißt sie alle Macht an sich. Das ganze Volk aber ist nicht imstande, diese Aufgabe zu erfüllen, da „zu zahlreiche Versammlungen zu wild, tumultuarisch, ohne gehörige Mäßigung zu verfahren pflegen, teils weil die Menge zu sehr nach den Eindrücken des Augenblicks handelt ...<sup>4</sup>“. Das ist ganz im Sinne Montesquieus gesprochen, ebenso das folgende: „Den Volksrepräsentanten und der exekutiven Gewalt muß die gesetzgebende Gewalt gemeinschaftlich zugehören. Wird die exekutive Gewalt von der Gesetzgebung ausgeschlossen, so läuft sie jeden Augenblick Gefahr, vernichtet zu werden<sup>5</sup>“. Hier zitiert er sogar die Stelle bei Montesquieu, auf die es ihm am meisten ankommt: „Si la puissance exécutrice n'a pas le droit d'arrêter les entreprises du corps législatif, celui-ci sera despotique; car comme il pourra se donner tout le pouvoir qu'il peut imaginer, il anéantira toutes les autres puissances<sup>6</sup>“.

Neben der Frage der Teilung der Gewalten interessiert Brandes am meisten die Organisation der Legislative. Dabei nimmt er auch Stellung zu der großen Streitfrage vom Wert und Unwert des Zweikammersystems. Er verwirft die in Frankreich getroffene Regelung und bleibt damit ganz seinem Vorbild treu. Schon aus allgemeinen Erwägungen heraus gibt er dem Zweikammersystem den Vorzug. Die Macht einer großen Versamm-

---

2. Polit. Betrachtungen üb. d. franz. Rev. 1790, S. 54.

3. ebda. S. 8.

4. ebda. S. 9.

5. ebda. S. 10 f.

6. Esprit des Lois Buch XI, Kap. VI.

lung könne nicht anders in Schranken gehalten werden als durch die Verteilung auf zwei Kammern. Wenn der Vorschlag zu jeder neuen Verfügung erst von zwei getrennten Versammlungen geprüft werden muß, ehe er in Kraft tritt, so wird die Wahrscheinlichkeit für die Weisheit der gemeinschaftlichen Beschlüsse der beiden Kammern ungleich größer. Der exekutiven Gewalt gegenüber ist das Zweikammersystem der beste Schutz, die einzige Bürgschaft dafür, daß sie ihren Anteil an der verfassungsmäßigen Gewalt auch erhält. Die Teilung der Legislative ist für die Behauptung der königlichen Autorität besser als ein absolutes Veto-recht, von dem doch nur selten Gebrauch gemacht werden kann, will der König nicht das Volk verletzen. Weitere Vorzüge der englischen Verfassung sind für Brandes die Geschworenengerichte, die Gleichheit der Besteuerung und die Preßfreiheit. Er freut sich an der klaren und bestimmten Sprache der englischen Grundrechte, die sich immer an bestimmte historische Tatsachen anschließen, und stellt sie der verschwommenen und ganz allgemein gehaltenen Ausdrucksweise der „Déclaration des droits de l'homme et de citoyen“ (1789) gegenüber. Den Grund der Vortrefflichkeit dieser Verfassung glaubt Brandes in der Art ihrer Entstehung erkennen zu können. Den Forderungen des historischen Augenblicks entsprechend sind ihre einzelnen Teile entstanden und aneinander gefügt worden. Trotzdem bleibt noch immer die Möglichkeit ihrer Weiterbildung, ihrer Anpassung an neue historische Gegebenheiten. Aber bei alledem ist er sich doch vollständig klar, daß auch in England manche Mißstände herrschen; trotz ihrer Unvollkommenheiten freilich ist ihm die englische Verfassung ein unerreichbares Vorbild.

Ebenso wie Brandes bewundert Dahlmann, der der nächsten Generation angehörte, die schon die Auswirkung der Aufklärungsideen erlebt hatte, die englische Verfassung. Schon frühzeitig wurde sein Blick auf England gerichtet. In Kiel, wo er zuerst dozierte, bildete die englische Verfassung für die jüngeren Gelehrten eine reichliche Quelle des Studiums. Die „Kieler Blätter“ waren das Sprachrohr ihrer Anschauungen. Dahlmann selbst vervollständigte, nachdem er Montesquieus „De l'Esprit des Lois“ gelesen hatte, sein Bild über die englische Verfassung durch das



Studium von De Lolmes Werk. Ja, er wünschte, daß sich ein allgemeiner Leserkreis die Kenntnisse dieses Buchs aneigne und veranlaßte seinen Schwager Colditz, eine neue Übersetzung (1819) herauszugeben, die sich auf die erweiterte Bearbeitung stützte. Er selbst versah sie mit einer anerkennenden Vorrede. Darin wies er die Allgemeinheit auf dieses Werk hin, das bisher noch nicht die gebührende Zustimmung in Deutschland gefunden habe, obwohl es „zu den mehr benutzten als angeführten Büchern“ gehöre. Den Hauptgrund für diese Nichtachtung glaubt Dahlmann darin zu finden, daß das Buch nicht richtig kritisch gewürdigt und verstanden worden sei. Sowohl im „Göttinger Gelehrten Anzeiger“ (1772) als in der „Allgemeinen Deutschen Bibliothek“ (Bd. XXX) und in den „Wiener Jahrbüchern der Literatur“ (1818) sei das Buch nur oberflächlich besprochen worden. Man könne daraus deutlich ersehen, daß man es bis jetzt noch nie recht verstanden habe. Denn es heiße darin, daß De Lolmes Darstellung nur aus der Bewunderung der englischen Verfassung entstanden sei und die wahren Verhältnisse gar nicht berücksichtige. Jetzt endlich sei es Zeit, meint Dahlmann, daß man darüber anders denkt, zumal sich Deutschland in einem vorher nie gesehenen „Augenblick allgemeiner innerer Umbildung“ befinde. Zuvor müsse man sich aber „an den Mustern früherer löblicher Wirksamkeit“ erziehen. Schon im Vorjahre hatte Dahlmann in den „Kieler Blättern“ geschrieben: „Der Genfer De Lolme steht neben Locke, Blackstone und Burke unter Englands konstitutionellen Klassikern<sup>7</sup>“. Für unsere heutige Auffassung ist diese Zusammenstellung mit Locke, dem Philosophen, Blackstone, dem Juristen, und Burke, dem Politiker, die in ihrer Bedeutung keineswegs gleichzustellen sind, nicht zutreffend. Daß Dahlmann De Lolme in diese Reihe englischer Denker einordnet, läßt erkennen, daß er den Genfer viel zu hoch eingeschätzt und ihm bleibenden Wert zugeschrieben hat.

Für Dahlmann bedeutete England mehr als nur das Muster einer guten Verfassung. Er glaubte dort die Freiheit unzertrennlich mit dem ganzen Staatsleben verwoben, nicht nur mit der Verfassung, die er lediglich als einen Teil dieses Staatslebens

7. Schriften S. 111 Anm.

auffaßte. Britische Freiheit ist germanische Freiheit, ist ur-germanisches Gemeingut. Nur die Entwicklung der beiden Länder ist verschieden. Darum können mit einiger [Vorsicht die englischen Verfassungsinstitutionen für Deutschland übernommen werden. Denn das behauptet Dahlmann fest, daß „verwandtes Volkstum, gemeinsam verlebte Staatsjugend, der durchschlagende Strahl gleicher Glaubenslehren und langes Zusammenleben ... Staatsgesellschaften gründen kann, welche sehr ähnlicher Verfassungen fähig sind<sup>8</sup>“. Aus dieser Einstellung heraus erhebt er gegen De Lolme den Vorwurf, daß er die Ursachen der englischen Freiheit nicht von der sächsischen Zeit an entwickle, sondern vielmehr alles wesentliche erst von der normannischen Eroberung aus betrachte. Dadurch „hat er die Grundlagen eines Gebäudes, dessen Inneres er (De Lolme) so vortrefflich beschreibt, gleichsam in die Luft gestellt<sup>9</sup>“.

Als grundlegend nimmt Dahlmann an, und darin stimmt er vor allem mit Montesquieu überein, daß die englische Verfassung aus einem Gemisch von monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen bestehe, und daß in England das Ideal einer „guten Verfassung“ verwirklicht sei. Denn daß „die Regierungsform eines großen Staates ... nicht aus gleichartigen, sondern aus verschiedenartigen ... Bestandteilen gebaut sein“ müsse<sup>10</sup>, dieser Gedanke kommt in erster Linie von seiner Auffassung Englands her. Vor allem lobt er das Zweikammersystem. Von De Lolmes Ansicht des gegenseitigen Ausgleichs beider Häuser war er derart fasziniert, daß er nicht mehr die wirklichen Kräfteverhältnisse im englischen Parlament klar erkannte. Für ihn wirkt das Zweikammersystem zugleich erhaltend und verbessernd. Nicht das vorhandensein des Adels fordert nach seiner Meinung im damaligen England zwei Kammern, sondern nur das Prinzip des gegenseitigen Ausgleichs. Das sei auch der Grund gewesen, warum in der amerikanischen Verfassung das Zweikammersystem übernommen worden sei, obwohl hier keinerlei Ansätze für einen Adelsstand vorhanden gewesen seien. Denn nur so, meint Dahl-

---

8. Die Politik § 26.

9. Ein Wort über Verfassung, Kieler Blätter Bd. 1, S. 250.

10. Die Politik § 99.

mann, werden bei den Verhandlungen des Parlaments „die Zufälligkeiten, welche stets an der Stimmenmehrzahl einer einzigen Versammlung haften“ vermieden, vermieden auch „die Gefahren leidenschaftlicher, häufig bald danach bereuter Beschlüsse, in dem der lobenswerte Ehrgeiz jeder Kammer dahin geht, auf ihre Amtsgenossin berichtigend einzuwirken<sup>11</sup>“. Erst durch das Zweikammersystem hört „das bloße Nebeneinander in der englischen Staatsverfassung auf; die Staatsgewalten treten in eine organische Verbindung<sup>12</sup>“.

Den englischen König hat Dahlmann germanisiert; er gibt ihm persönliches Leben. Obwohl sich der König an den politischen Auseinandersetzungen nicht beteiligen soll, so darf er doch auch nicht als König von Gottes Gnaden in unerreichbarer Ferne schweben. Die Persönlichkeit des Herrschers tritt für Dahlmann nie hinter der Gewalt, die er verkörpert, zurück. Auf diese Art wird für ihn der englische Monarch zum lebendigen deutschen Helden. Für einen solchen König ist nicht so sehr seine Unverletzbarkeit als das persönliche Verhältnis zu seinem Volk die wesentliche Garantie seiner Herrschaft. Der Monarch muß aber vor allem das absolute Veto haben, darauf beruht besonders seine Würde und sein Ansehen. „Ohne das absolute Veto des Königs würde dem Staat der Segen des echten Königtums gebrechen<sup>13</sup>“. Noch in der Nationalversammlung (14. Dez. 1848) tritt er für dieses königliche Recht ein. Zwar sei es bekannt, sagt er im Hinweis auf England, daß seit den Tagen der Königin Anna das Veto dort nicht mehr angewendet würde; „dennoch wage ich zu behaupten, es würde in England manches naturgemäßer, manches menschlich richtiger und auch staatsgemäßer gehen, wenn nicht die praktische Anwendung des Vetos dort fast unmöglich geworden wäre.“ Ohne das absolute Veto kann er sich keinen konstitutionellen Staat vorstellen. Den Satz „der König kann nicht Unrecht tun“ machte auch er sich zu eigen und fand darin „einen großen Wendepunkt des Staatslebens, deutlicher noch als die Primogenitur“<sup>14</sup>. Den

---

11. Geschichte der franz. Revolution, 1845, S. 143.

12. Die Politik, § 74.

13. Schriften, S. 465.

14. Die Politik, § 133.

Hauptvorzug der englischen Verfassung, und hierin erweist sich am deutlichsten seine Zugehörigkeit zum Liberalismus, bildet für ihn die Rede- und Preßfreiheit, außerordentlich wichtig für einen „freien Staat“. Dahlmann rechnet es „zu den ersten Rechten des Individuums, daß die Meinungsäußerung in einem mächtigen Staat, bei einem gebildeten Volk, frei sei“. Seine Forderung geht dahin, daß es jedem Untertan gestattet sei, in Wort und Schrift seine Meinung über alle öffentlichen Angelegenheiten zu äußern. Die öffentliche Meinung ist für ihn von großer Bedeutung, aus ihr lassen sich „die Herzensangelegenheiten des Volkes erklären“. Wo Preßfreiheit und Schwurgerichte walten, „da wird . . . die Volksfreiheit niemals rückwärtsgehen“<sup>15</sup>. Als dritte Forderung stellt er auf das Steuerbewilligungsrecht des Volkes, und zwar soll die Initiative vom Volk ausgehen. Denn diejenigen, die die Steuern bezahlen müssen, sollen sie auch bewilligen. Hierin ist er ganz der Ansicht des älteren Pitt<sup>16</sup>, dessen Äußerungen er wörtlich übernimmt: „das Recht, Steuern aufzuerlegen und das Recht, Repräsentanten zu schicken, ist unzertrennlich. Alle Zeit ist der Satz von den Bürgern dieses Reiches heilig gehalten worden, daß, was ein Mann rechtlich erworben hat, sein unbedingtes Eigentum ist, welches er nach freien Willen geben, was ihm, aber niemand nehmen kann, ohne seine Einwilligung“<sup>15</sup>.

Das englische Parteiwesen lehnt Dahlmann gänzlich ab. Da er nie selbst in England war und nicht die Bedeutung und Auswirkung der Parteien mit eigenen Augen gesehen hatte, wußte er nicht, was für einen politischen Einfluß die Opposition dort ausübte. Daran hatte zum Teil auch De Lolme Schuld, dem ja diese besondere Eigenart des englischen Verfassungslebens gleichfalls entgangen ist. Für Dahlmann bestand der englische Staatsorganismus eben nur im Zusammenwirken von König und Parlament, alle Reformen der eigentlichen Verfassung sind nur Versuche, die Konflikte zwischen diesen beiden Mächten zu ebnen. Daher läßt Dahlmann keine Opposition

---

15. Schriften, S. 460.

16. s. auch Taine, *Histoire de la littérature anglaise*, Bd. 3, S. 79.



gelten, die sich von vornherein mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, gegen die Regierung wendet, nur um sie zu stürzen. Die „systematische Opposition“, so wie sie sich in England herausgebildet hat, ist eine „Maßregel der noch in der Parteiung befangenen, ungeläuterten Verfassung“<sup>17</sup>, die beseitigt werden muß.

Die Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes, die selbst De Lolme für berechtigt hielt, erschien Dahlmann sehr bedenklich. Vor allem lehnte er es ab, „das Recht des gewaffneten Widerstandes verfassungsmäßig aufzustellen“<sup>18</sup>. Er glaubte vielmehr, wer „ein Bild des guten Staates in seiner Familie zeigt, der verbessert die öffentliche Sitte . . . und bewahrt auch unter einer Despotie ein unverletzliches Gebiet der Freiheit“<sup>19</sup>, und diene so dem Staat am besten. Hält man dieses Recht aber für unbedingt notwendig, so ist es seiner Überzeugung nach besser und richtiger, „in der Verfassung ein Recht erlaubten Widerstandes zu begründen“, als „hinter der Verfassung ein Recht des Volkes im Notfalle zu revolutionieren, aufzustellen, einstweilen aber, mit den Menschenrechten in der Tasche, der schrankenlosen Gewalt willig die Hände zu bieten“<sup>20</sup>, wie dies so viele seiner Zeitgenossen taten.

Auch Dahlmann hat seine Auffassung über das englische Staatswesen an Vorstellungen geknüpft, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmten. Vielleicht hätte sich seine Bewunderung für England, wie Treitschke hervorhebt<sup>21</sup>, etwas vermindert, wenn er die englische Verfassung gekannt hätte, so wie sie sich tatsächlich auswirkte. Wenn er auch das herkömmliche englische Verfassungsbild nicht kritiklos übernommen hat, so waren es doch kontinentale Maßstäbe, die er an die Geschichte und Politik des Inselreichs anlegte.

---

17. Die Politik, § 182.

18. Die Politik, § 203.

19. Die Politik, § 207.

20. Vorrede zu De Lolmes Constitution, S. XII.

21. Historisch-politische Aufsätze, S. 393.

## VI.

### *Die Bedeutung von De Lolmes „Constitution de l'Angleterre“.*

Versucht man rückblickend nochmals die Bedeutung De Lolmes klarzustellen, so kann man sagen, daß er heute nur noch als Verfasser seines Hauptwerks, der „Constitution“, Erwähnung verdient. Dadurch allein ist sein Name auf die Nachwelt gekommen. Von großer Begabung und hervorragenden Fähigkeiten gelangte De Lolme in Genf in raschen Aufstieg zu angesehener Stellung. In jugendlichem Ungestüm stürzte er sich in das Treiben der politischen Parteien in seiner Vaterstadt; aber gerade diese Beschäftigung mit der Politik brachte den Wendepunkt seines Lebens. Er nahm das freiwillige Exil auf sich und ging nach England. So entstand zwar sein Buch über die englische Verfassung, aber in der Fremde vergaß er seine Talente. Sein Genie ging in dem wilden Leben, das er zu führen begann, unter, und trotz hoher Gönner gelang es ihm nicht mehr, eine bedeutende und gesicherte Lebensstellung zu erreichen. Immer noch versuchte er durch seine Schriften in den Gang der Politik einzugreifen, doch immer mehr schwindet das Ansehen seines Namens dahin, er findet kaum noch Beachtung und stirbt verlassen und vergessen in der Fremde.

Nur sein Werk über die englische Verfassung hat ihn überlebt und das, wie im Verlauf dieser Studie gezeigt wurde, mit Recht. Denn wenn er auch ganz von Montesquieu'schen Staatsgrundsätzen ausging und vollständig unter dem Einfluß des Staatsschemas der Teilung der drei Gewalten bei seiner Darstellung der englischen Verfassung stand, so hat er doch über Montesquieu hinaus den Sinn für die englische Verfassung geweckt und einen größeren Kreis der Gelehrten in ganz Europa auf die Besonderheiten des englischen Staates hingewiesen. Er hat sich wohl ein eigenes Bild von der englischen Verfassung gemacht, das freilich unbewußt von den Anschauungen seines großen Lehrers beeinflußt war. Daß er aber einen

klaren Blick für die praktische Anwendung von Staatstheorien hatte, beweist sein Widerspruch gegen die Rousseau'sche Auffassung der Volkssouveränität. Von Rousseau ging der eigentliche Antrieb für De Lolme aus, in die politischen Streitigkeiten Genfs einzugreifen, Rousseaus Ideen hatten ihn in seiner Jugend ergriffen, für sie stritt er, und seine Stellungnahme für Rousseau war die Ursache seiner freiwilligen Verbannung. Dennoch wendet er sich gegen die Staatstheorien Rousseaus, als sie ihm für die Verwirklichung nutzlos erschienen. Das englische konstitutionelle Verfassungssystem mit seinem harmonischen Ausgleich der Staatsgewalten und seiner weitgehenden Beteiligung des Volkes an der Regierung lag der damaligen Zeit, die vom Absolutismus wegzukommen suchte und die Rechte des Volkes gegen die oft schrankenlose Willkür der Monarchen wieder aufrichten wollte, viel mehr als die straffe und konsequent aufgebaute Staatsform der Republik, so wie Rousseau sie wies. Das Interesse der Staatsmänner und Staatstheoretiker richtete sich allgemein auf England als das Land der idealen Verfassung, und diesem Bestreben kam De Lolme mit seinem Buch auf die glücklichste Weise entgegen. Viel besser als Montesquieu hat er es verstanden, die englische Verfassungsgeschichte populär darzustellen und die praktische Auswirkung und die großen Vorteile der Verfassung gebührend hervorzuheben, und so übte er mit seiner Darstellung auf seine Zeit eine viel größere Wirkung aus als Montesquieu. Überall wurde sein Buch gelesen, wo man eine Idealverfassung erstrebte. In der Verfassung der nordamerikanischen Kolonien ist sein Einfluß zu verspüren, Männer wie Adams, Madison, Wilson, Morris zogen sein Buch bei dem Verfassungswerk zu Rate und brachten in den Diskussionen über die Verfassung immer wieder Forderungen zum Ausdruck, wie sie De Lolme in seinem Buch gestellt hatte.

Natürlicherweise war der Eindruck des Buches am stärksten in Frankreich, wo man es eifrig las und auch kritisierte. Die Physiokraten, die vor allem eine Staats- und Finanzreform verlangten und durch Turgot sogar eine Zeitlang einen wesentlichen Einfluß auf die Regierung hatten, mußten ihre Grundsätze gegen die De Lolme'schen Anschauungen verteidigen. Die französische Revolution eröffnete dann die große Gelegenheit,

die bisher nur theoretisch erörterte Staatsreform in der Praxis auszuführen. Es ist klar, daß Politiker wie Mirabeau, Sieyès, Talleyrand, Barnave, Mounier u. a. De Lolmes Buch gelesen und sich durch ihn über die englische Verfassung unterrichtet hatten. Um so bedauerlicher ist es, daß wir von De Lolme selbst nicht die geringste Äußerung über die französische Revolution besitzen und so nicht in der Lage sind, auf seine Einstellung gegenüber den verschiedenen Verfassungen der Revolutionszeit schließen zu können. Briefe, in denen er sicherlich seine Ansichten über diese Jahre ausgesprochen hat, sind nicht nachweisbar, und so bleibt dieser Abschnitt seines Lebens im Dunkel. Zeitlich am spätesten, erst in den ersten Jahrzehnten des neuen Jahrhunderts, hat sich der Einfluß De Lolmes auf den deutschen Liberalismus ausgewirkt. Auch hier war sein Buch bestimmend für die Ausbildung des konstitutionellen Staatsgedankens, und als dann sein Werk noch in deutscher Übersetzung vorlag, wurde es die eigentliche Quelle, aus der die deutschen Liberalen ihre Anschauungen über England und seine ideale Staatsverfassung schöpften.

Montesquieu hatte in dem Englandkapitel des „Esprit des Lois“ nur die allgemeinen Grundzüge der englischen konstitutionellen Verfassung gegeben, er hatte die Grundtatsachen der englischen Verfassungszustände über die Wirklichkeit hinausgehoben und sie zu Prinzipien einer Staatslehre, des Konstitutionalismus, erhoben, und gerade deswegen überlebte er seine Zeit. Sein Buch hat für die Wissenschaft heute mehr als nur historische Bedeutung. Demgegenüber schilderte De Lolme die historisch gegebene englische Verfassungsentwicklung, wie sie ihm vorschwebte, und die englische Verfassung, wie er sie für seine Zeit wirksam glaubte. Damit ist der große Einfluß zu erklären, den er auf seine Zeitgenossen ausübte, und die weite Verbreitung, die sein Werk fand. Aber im Gegensatz zu Montesquieu war De Lolme viel mehr an seine Zeit gebunden, seine Bedeutung ist hauptsächlich nur historischer Art, da sein Werk die Auffassung, die man damals allgemein von der englischen Verfassung hatte, wiedergibt. Je mehr sich dieses Bild änderte, desto mehr geriet sein Werk und damit er selbst in Vergessenheit.



## Quellen- und Literaturverzeichnis.

### Quellen:

- Blackstone, Sir William: Commentaries on the laws of England  
4 Bde. Oxford, 1765—68.
- Bolingbroke, H.: The Idea of a Patriot King, London, 1738.
- Brandes, E.: Über den politischen Geist Englands. Berliner Monats-  
schrift, 1786, Bd. VII.
- Politische Betrachtungen über die französische Revolution, Jena, 1790.
- Burke, Ed.: Reflections on the Revolution in France. Reform on  
Representation, Works, Bd. I u. II.
- Dahlmann, Fr. Chr.: Kleine Schriften und Reden, Stuttgart, 1886.
- Die Politik, I. Bd. Leipzig, 1847.
- Kieler Blätter, Bd. I. Ein Wort über Verfassung.
- Dupont de Nemours: Brief an den Erbprinzen von Baden; abge-  
druckt in: Karl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau  
und Dupont de Nemours, bearbeitet und eingeleitet von K. Knies, Bd. II,  
Heidelberg, 1892.
- Locke, J.: Two treatises of government. Works Bd. II, London, 1714.
- Montesquieu, Ch.: De l'Esprit des Lois, Amsterdam, 1749.
- Rousseau, J. J.: Le Contrat social, Amsterdam, 1762.
- Schlözer, A. W.: Allgemeines Staatsrecht und Staatsverfassungslehre,  
Göttingen, 1793.

Das im Staatsarchiv zu Genf benutzte Quellenmaterial wird an Ort und  
Stelle zitiert.

### Literatur:

- Berney, A.: A. L. v. Schlözers Staatsauffassung, H. Z. Bd. 132.
- Biographie Universelle ancienne et moderne, Bd. XXIV, Paris, 1819.
- Bluntschli, J. C.: Geschichte des allgemeinen Staatsrechts und der  
Politik, München, 1864.
- Botzenhart, Fr.: Die Staats und Reformideen des Freiherrn vom  
Stein. Teil I: Die geistigen Grundlagen, Tübingen, 1927.
- Braune, Fr.: Burke in Deutschland, Heidelberger Abhandlungen, 1917,  
Heft 50.

- Brockerhoff, F.: J. J. Rousseau, Sein Leben und seine Werke, Leipzig, 1863—74.
- Busby, Th.: Arguments and facts demonstrating, that the Letters of Junius were written by J. L. De Lolme, London, 1816.
- Chalmers, M.: The general biographical Dictionnary, Bd. XI, London, 1864.
- Christern, H.: Fr. Chr. Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848, Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 50.
- Custance, G.: Tableau de la constitution du royaume d'Angleterre, Braunschweig, 1827.
- Dedieu, J.: Montesquieu et la tradition politique anglaise en France, Paris, 1909.
- Dibelius, W.: England, Stuttgart, 1929.
- Dictionary of National Biography, Bd. XIV, London, 1893.
- Dowell, St.: A history of taxations and taxes in England, London, 1884.
- Faguet, E.: La Politique comparée de Montesquieu, Rousseau et Voltaire, Paris, 1902.
- Fischer, K.: Geschichte der neueren Philosophie Bd. I, München, 1878—82.
- Fickert, H.: Montesquieus und Rousseaus Einfluß auf den vormärzlichen Liberalismus Badens, Leipziger historische Abhandlungen, Heft 37.
- Fueter, E.: Geschichte der neueren Historiographie, München-Berlin, 1911.
- Fürst, Fr.: A. L. v. Schlözer, Ein deutscher Aufklärer, Heidelberger Abhandlungen, 1928, Heft 57.
- Galiffe, J. A.: Matériaux pour l'histoire de Genève, Genf, 1829—30.
- Gierke, O.: Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien, Breslau, 1902.
- Grenus, F. Th.: Etrennes patriotiques ou Dictionnaire des Petit et Grand Conseils, à l'usage des élections, Genf, 1792.
- Geschichte der neuesten Genferischen Unruhen, Mannheim, 1782.
- Haag, Eug. u. Em.: La France protestante, ou vies des protestants français, Paris, 1846—58.
- Haller, G. E. v.: Bibliothek der Schweizer Geschichte, Bern, 1785—87.
- Hasbach, W.: Gewaltentrennung, Gewaltenteilung und gemischte Staatsform, Vierteljahresschrift für Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, Bd. XIII, 1916.
- Hatschek, Jul.: Englische Verfassungsgeschichte, München-Berlin, 1913.
- Haymann, Fr.: Der Begriff der volonté générale als Fundament der Rousseauschen Lehre von der Souveränität des Volkes, Hallenser jur. Diss. 1897.
- Höffding, H.: Rousseau und seine Philosophie, Stuttgart, 1910.
- D'Israeli, J.: The calamities and quarrels of authors, London, 1859.
- Jellineck, G.: Allgemeine Staatslehre, Berlin, 1900.

- Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, München-Leipzig, 1919. (3. Aufl.).
- Eine neue Theorie über die Lehre Montesquieus von den drei Staatsgewalten, Zeitschrift für öffentl. u. priv. Recht d. Gegenwart. Bd. 30. The letters of Junius, London, 1774.
- Klemperer, V.: Montesquieu, Heidelberg, 1914.
- Knust, H.: Montesquieu und die Verfassung der Vereinigten Staaten, München-Berlin, 1922.
- Koch, G.: Montesquieus Verfassungstheorie, Hallenser phil. Diss. 1883.
- Die Verfassung von Genf und Rousseaus Contrat Social, H. Z. Bd. 55.
- Landmann, M.: Der Souveränitätsbegriff bei den französischen Theoretikern von Jean Bodin bis auf J. J. Rousseau, Leipzig, 1896.
- Laski, W. H. J.: Political Thought in England from Locke to Bentham, London, 1919.
- Lecky, E. H.: A History of England in the 18.th., London, 1878.
- Lennox, R.: Edmund Burke und sein politisches Arbeitsfeld, München, 1923.
- Lessing, K.: Rehberg und die französische Revolution, Freiburg, 1910.
- Liepmann, M.: Die Rechtsphilosophie des J. J. Rousseau, Berlin, 1898.
- Ludwig, W.: Lord Bolingbroke und die Aufklärung, Heidelberger Abhandlungen, 1928, Heft 57.
- The Gentleman's Magazine for the year 1807, Bd. 77.
- Meier, E. v.: Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert, Leipzig, 1908.
- Meinecke, Fr.: Weltbürgertum und Nationalstaat, Berlin-München, 1908.
- Mercure de France, 1789.
- Möckli-Cellier, M.: La Revolution française et les écrivains Suisses romands, (1789—1814), Neuchâtel-Paris, 1931.
- Mohl, R. v.: Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften, Erlangen, 1855.
- Montet, A. de: Dictionaire biographique des Genèveois.
- Monthly Review, 1775, 1777, 1787, 1788, 1789, 1799.
- Nichols, J.: Literary Anecdotes in the 18.th., Bd. VIII, London, 1814.
- Pictet de Serzy: Genève, origine et developpement de cette république, Genf, 1845.
- Pietsch, Th.: Über das Verhältnis der politischen Theorie Lockes zu Montesquieus Lehre von der Teilung der Gewalten. Berliner phil. Diss., 1887.
- Précis historique de la dernière Révolution de Genève, Genf, 1782.
- Ranke, L. v.: Zur Geschichte der Doktrin von den drei Staatsgewalten, Werke Bd. 24, 1877.
- Recueil généalogique Suisse, Bd. I, Genf, 1902.
- Redlich, J.: Recht und Technik des englischen Parlamentarismus, Leipzig, 1905.



- Redslob, R.: Die Staatstheorien der französischen Nationalversammlung von 1789, Leipzig, 1912.
- Ritter, S.: Stein. Eine politische Biographie. Stuttgart-Berlin 1931.
- Freiherr vom Stein und die politischen Reformprogramme in Frankreich. Historische Zeitschrift, 137/138, 1928.
- Rossel, V.: Histoire littéraire de la Suisse Romande des origines à nos jours, Genf—Basel—Lion, 1889—92.
- Salomon, F.: William Pitt, Leipzig, 1901.
- Sayous, A.: Le dixhuitième siècle à l'étranger, Paris, 1861.
- Schelle, G.: Dupont de Nemours et l'école physiocratique, Paris, 1888.
- Seignobos, Ch.: Histoire politique de l'Europe contemporaine, Paris, 1899.
- Senebier, J.: Histoire littéraire de Genève, Genf, 1786.
- Sorel, A.: Montesquieu, (deutsch v. Kreßner, Geisteshelden Bd. 20, Berlin, 7. Auflage 1924 u. 1926.
- Springer, A.: Fr. Chr. Dahlmann, Leipzig, 1870—72.
- Sordet, L.: Dictionnaire des Familles Genevoises.
- Stavenow, K.: Die Geschichte Schwedens (1708—1772), Bd. VII, 1908.
- Stephen, L.: History of English Thought in the 18.th., London, 1881.
- Stillich, O.: Die politischen Parteien in Deutschland: Der Liberalismus, Leipzig, 1908.
- Taine, H.: Histoire de la littérature anglaise, Paris, 1863—64.
- Thourel, A.: L'histoire de Genève, Genf, 1832.
- Treitschke, H. v.: Historische und politische Aufsätze, Leipzig, 1865.
- Wahl, A.: Montesquieu als Vorläufer von Aktion und Reaktion, H. Z. Bd. 109.
- Weniger, E.: Rehberg und Stein, Niedersächs. Jahrbuch Bd. II, 1925.
- Western, Th. G.: Commentaries on the Constitution and Laws of England, incorporated with the political text of the late J. L. De Lolme, London, 1840.
- Wilhelm, Th.: Die englische Verfassung und der vormärzliche deutsche Liberalismus, Stuttgart, 1927.
- Windelband, W.: Geschichte der neueren Philosophie, Leipzig, 1922.

**Die in dieser Arbeit behandelten Schriften De Lolmes.  
französisch:**

- Les princes manqués. Lettre d'un Citoyen à J. J. Rousseau du 29 Mars 1765.
- Question d'un citoyen représentant adressés à Mr. l'avocat ... Genève le 18 Novembre.
- Purification des trois points de droits souillés par un anonyme, ou Réponse à l'examen des trois points de droits traités dans les Mémoires des Représentants du 19 Mai et 16 Octobre 1767.
- Reflexions politiques et critiques par un Citoyen Représentant, sur le projet d'arrangement, 25 janvier 1768.



(Lettre à un ami, traduite de l'anglais, le 20 Juin 1767.)

La Constitution de l'Angleterre ou état du gouvernement anglais comparé avec la forme republicaine et avec les autres Monarchies de l'Europe, Amsterdam 1771.

englisch :

A Parallel between the English Government and the former Government of Sweden; containing some Observations on the late Revolution in that kingdom, and an Examination of the Causes that secure us against both Aristocracy and Absolute Monarchy, London, 1772.

The History of the Flagellants; or the Advantage of Discipline. Being a Paraphrase and Commentary on the Historia Flagellantium of the abbé Boileau, Doktor of the Sorbonne, Canon of the Holy Chapel etc. By Somebody who is not Doktor of the Sorbonne. 1772.

In der zweiten Ausgabe 1782 unter dem Titel Memorials of Human Superstition by J. L. De Lolme, LL. D.

An Essay containing a few strictures on the Union of Scotland with England and the present situation of Ireland. Being an introduction to De Foë's History of the Union. By J. L. De Lolme, advocate, 1787.

The British Empire in Europe. Part the First containing an Account of the Connection between the Kingdoms of England, and Ireland previous to the year 1780. To which is prefixed, An Historical Sketch of the State of Rivalry between the kingdoms of England and Scotland in former Times. By J. L. De Lolme, LL. D. The Second and Third Part contain Accounts of the Changes which have, since the year 1780 been effected in the Constitution of Ireland — and of the influence these Changes may have on the Government and Constitution of Great Britain, London 1787.

Observations relative to the Taxes upon Windows or Lights; a Commutation of these Taxes being also suggested, and a Tax assessed from the internal Capaciousness or Tonnage of Houses, pointed out as a more eligible mode of Taxation. To which are added, Observations on the Shop-tax and the discontent caused by it, short Observations on the late Act relative to Hawkers and Pedlars, a hint for the improvement of the metropolis, 1788.

Observations on the late national embarassement, 1789.

General Observations on the power of Individuals to prescribe by testamentary dispositions, the particular future uses to be made of their proberly. Occasioned by the last Will of the late Mr. Peter Thellusson of London. By J. L. De Lolme, LL. D. Author of the book on the „Constitution of England“. 1798.

In der zweiten Ausgabe

General observations on executory devises to prescribe by testamentary Dispositions .... 1800.

Die wichtigsten Ausgaben der „Constitution de l'Angleterre“.

La Constitution de l'Angleterre, Amsterdam, 1771.

deutsch, Leipzig, 1776.

englisch (dem König gewidmet) 4. Ausgabe, London, 1784.

französisch in Genf und Paris, 1790.

englisch, Preface by Dr. Coote, 1807.

deutsch, mit Vorrede von Dahlmann, Altona, 1819.

The rise and progress of the English Constitution. Preface by A. J. Stephens, 1838.

deutsch, übersetzt und eingeleitet von Liebetreu, 1848.

new edition Bohn's Standard Library, with life and notes by Macgregor, 1853.